Informations-Dienst ZUR VERBREITUNG UNTERBLIEBENER NACHRICHTEN ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
D 1870 C 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt Nr.368 30.Januar 1981



EL SALVADOR

Dieses wunderliche Blatt wird herausgegeben vom Frankfurter Informationsdienst e.V.,Hamburger Allee,45, 6000 Frankfurt 90, Tel 0611 / 704352 und 702096 (Postfach 900343).
Gedruckt wird der ID vom Druckladen, gleiche Adresse, Tel. 705772.

Verantwortlicher Redakteur für diese Nummer ist Richard Herding.

Im Abonnement kostet der ID vierteljährlich 30, halbjährlich 60, jährlich 120 Mark. Als Bestellung gilt die Überweisung (Vorauskasse) auf das Postscheckkonto Frankfurt 52 52 28 – 602 (Bankleitzahl 500 100 60) des Frankfurter Informationsdienstes. Auf dem Überweisungsabschnitt bitte DEUTLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abo-Nummer vermerken; außerdem "Neuabo","Verlängerung","Adresswechsel". – Die Vorauskasse-Abonnenten bekommen keine Rechnungen oder Mahnungen; stattdessen taucht rechtzeitig das Zeichen !?! auf dem Adreßaufkleber auf, wenn das Abonnement auszulaufen droht und Geld überwiesen werden muß. Kein Geld auf'm Konto – kein ID im Kastn.
Auch so kann bestellt werden:

Ich will unbedingt den ID beziehen.(Ich will ein Gefangenen-Abo spenden). Das Geld habe ich auf euer Konto überwiesen.
Name...
Straße...
Wohnort...

(Ausschneiden,auf eine Postkarte kleben).

Folgende Schwerpunktnummern können nachbestellt werden:
Nr.338 "Anti-Militarismus"
Nr.346 "Atomland Hessen"
Nr.353 Vom Mythos der Indianer(Neuauflage)
Nr.357 Ergänzung: nordamerikanische Indianer
Nr.357 OTRAG:Westdeutsche Billigraketen für die Dritte Welt
Preis je Nummer 2,50 DM.Bei Vorauskasse bitte deutlich Anschrift und gewünschte Heft-Nummer notieren.

Darüber hinaus gibt es noch 'DAS RIESENGROSSE VERZEICHNIS ALLER ALTERNATIVZEITUNGEN' für lächerliche 7.- DM.

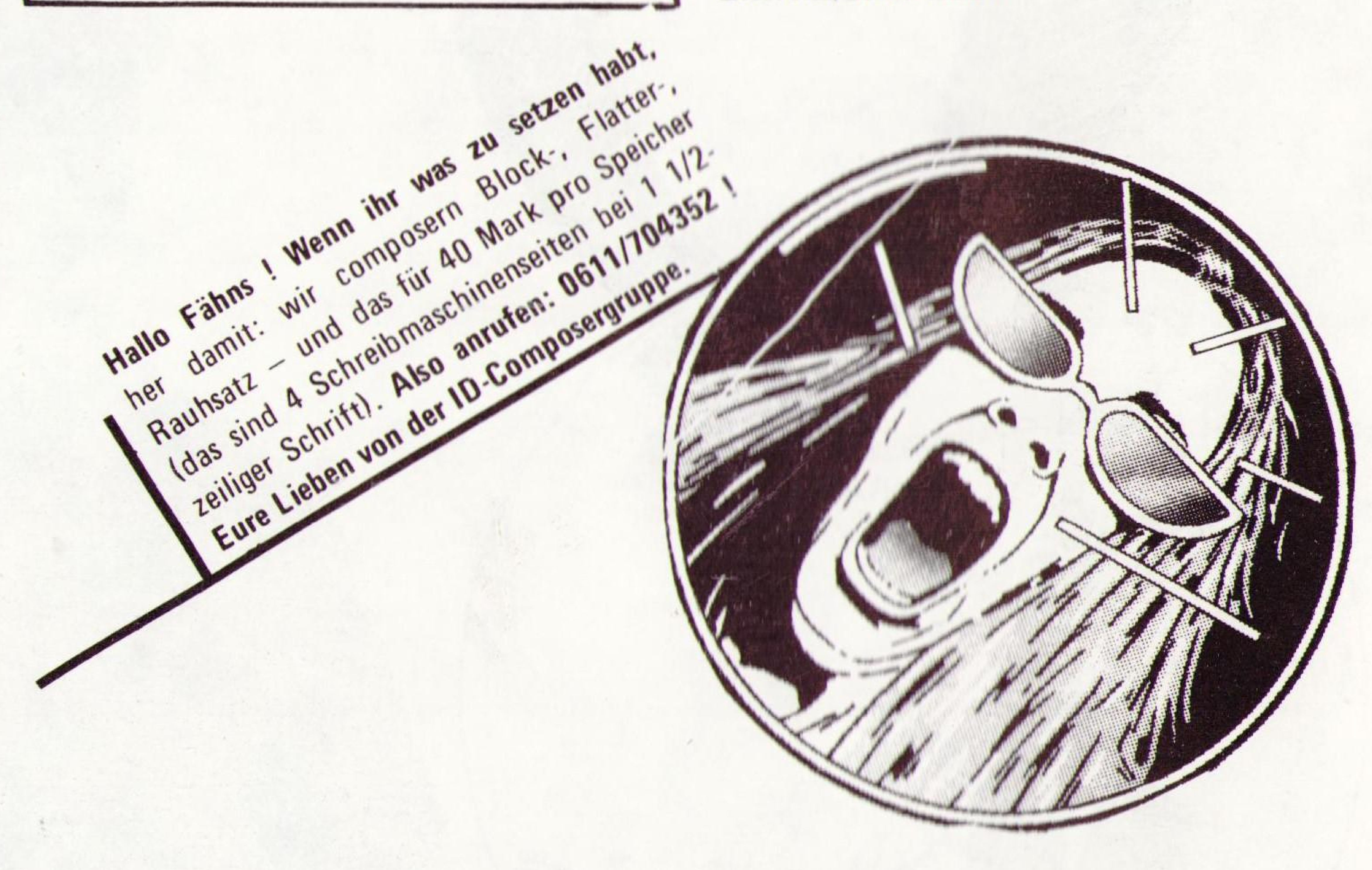
Der ID sucht dringend Spender für Freiabonnements, die an Gefangene und Insassen psychiatrischer Anstalten gehen, vor allem für die Gefängnisse Butzbach(Hessen),Diez(Rheinland-Pfalz),Berlin, Münster,Werl(Nordrhein-Westfalen), Köln, Aachen, München.
Für den Bezug des ID in den Gefängnissen ist folgender EIGENTUMSVORBEHALT zu beachten:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Abenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der ID ist eine leserbestimmte Zeitschrift und greift vorzugsweise Themen und Gesichtspunkte auf, die in den "ausgewogenen" Medien zu kurz kommen; sein Motto ist: "Die Wahrheit über Katzen erfährst du von den Mäusen".

Er wird redaktionell beraten und in der Öffentlichkeit, wenn nötig, verteidigt von einem Beirat, dem die folgenden Mitglieder angehören:

Arnfried Astel/Schriftsteller, Johannes Beck/Hochschullehrer, Horst Bingel/Schriftsteller, Heiner Boehnke/Hochschullehrer, Dr. Hans Christoph Buch/Schriftsteller, Peter O. Chotjewitz/Schriftsteller, Dr. Robert A. Dickler/Hochschullehrer, Christian Geissler/Schriftsteller, Dr. Helmut Gollwitzer/Theologe, Holger Heide/Hochschullehrer, Otto Jägersberg / Schriftsteller, Yaak Karsunke/Schriftsteller, Dr. Heinar Kipphardt/Schriftsteller, Jürgen Roth/Schriftsteller, Volker Schlöndorff/Regisseur, Erwin Sylvanus/Schriftsteller,Gerhard Zwerenz/Schriftsteller



INHALTSVERZEICHNIS

Repression

Am letzten Wochenende fand in Dortmund die offizielle Eröffnung des UNO Behindertenjahres statt.
Dabei versuchte die "Aktionsgruppe gegen das UNO-Jahr" auf dieser operettenhaften Veranstaltung das Wort den Behinderten zu geben.

BEHINDERTENPOLITIK UND BEHINDERNDE POLITIK

Dortmund, 24./25. Januar

Am Anfang stand Gewalt. Ordner der Wach- und Schließgesellschaft versuchten einen vor der Westfalenhalle 2 gebildeten "Krüppel- und Wohltäterzug" am Zutritt zur Halle zu hindern. Die etwa siebzig Krüppel und Nichtbehinderten griffen in dargestellten Bildern die Ausbeutung in Werkstätten, die Heimsituation, die Entrechtung in Rehabilitationseinrichtungen, das leere Geschwätz der Politikerreden und die verlogene Moral der ZDF Aktion Sorgenkind, die herrschenden Zustände in der Republik nach Art des „Anachronistischen Zuges" scharf an.

Es gelang ihnen mit zahlreicher Unterstützung die Ordnerkette zu durchbrechen und nach kurzer Zeit kam ein Vertreter der Veranstalter um sich für die Vorfälle zu entschuldigen: "Es war nicht so gemeint."

Die Räumung der Ernst-Mehlich-Strasse 1 am Vormittag zuvor war freilich wohl so gemeint. Hier hatte nämlich die Dortmunder Selbsthilfe (DSH) ein Haus besetzt, da der Rat der Stadt Dortmund beschlossen hatte, diese Initiative, in der zahlreiche Psychiatrieentlassene arbeiten, prinzipiell nicht zu unterstützen. So schloß sich die DSH dem Zuge mit einem großen Sarg und Grabkreuzen beladen an.

Gewachsen war dieser Widerstand gegen das Feier- und Verschleierungs UNO Jahr in der "Aktionsgruppe gegen das UNO Jahr des Behinderten", in der Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet und West-Berlin vertreten sind. Die Zusammenarbeit von Behinderten und Nichtbehinderten findet dort auf dem Konsens statt "jeder spricht für sich".

Im Gegensatz hierzu hatte Wanderspecht Karl Carstens geplant seinen lieben Untertanen seine neuesten Erkenntnisse über die armen Behinderten selbst kundzutun, ohne erst mit diesen zu sprechen. Die Folgen waren hart für ihn, die Bühne wurde von einer Gruppe von neun Behinderten besetzt, die aneinandergekettet wurden, um so vor Räumungen geschützt zu sein. Unterstützt wurde diese Aktion von Hans-Dieter Hüsch, der das Stichwort gab: "Wir haben Angst aber wir müssen mutig sein".

Auf der Bühne verlasen die Besetzer eine Resolution, in der gefordert wurde: "Keine Reden, keine Aussonderung, keine Menschenrechtsverletzungen". Zwischen Besetzern und Publikum entspann sich eine Diskussion , in der die Aktion begründet wurde und weitere Maßnahmen angesprochen wurden.



Im Herbst ist z.B. ein Krüppeltribunal geplant, auf dem Menschenrechtsverletzungen an Behinderten aufgedeckt werden sollen. Hierzu findet ein erstes Vorbereitungstreffen am 28.2./ 1.3 in Frankfurt statt (Kontaktadresse: Theresia Degener, Schwarzburgstrasse 20, 6 Ffm 1). Es soll z.B. um Entmündigung in Heimen, Entrechtung durch Behördenwillkür, die verschärfte Unterdrückung behinderter Frauen oder auch Diskriminierung durch Aussonderung in Sondereinrichtungen gehen. Auch hier sollen Behinderte für sich sprechen, und nicht Experten über Behinderte diskutieren.

Schwer enttäuscht waren vor allem die Betreuer geistig behinderter Kinder, die durch den Programmwechsel die Chance verpaßten, ihre dressierten Kleinen so richtig vorzuführen. Karl Carstens hatte es da besser, er durfte in Halle zwei — beim Markt der Möglichkeiten — dem geneigten Publikum so richtig einen vorfaseln, hätte er den Heidelbeerwein aus der "Feuerzan-

genbowle" vorher literweise geschluckt, hätte es nicht schlimmer kommen können: von junger Generation und den lieben behinderten Bürgern war da die Rede, Apelle an die Unternehmer und der Hinweis auf das ach so notwendige Verständnis, das man für die so schwer vom Schicksal geschlagenen aufbringen solle. Störende Behinderte wurden handgreiflich entfernt und Trillerpfeifen konfisziert, ein Bundespräsident darf nicht schweigen müssen. Um ihm das Publikum an der Stange zu halten, wurde Interessierten der Zutritt zur besetzten Halle verwehrt.

Am Sonntag versuchten die staatstragenden Saalordner allen mutmaßlichen Störenfrieden vom Vortage gleich ganz den Zutritt zu den Hallen zu verweigern, doch diese behielten in einem Handgemenge die Oberhand und konnten so als Premierenpublikum der Weltuaufführung des Pfarrer Sommerauers Stück "Schrittwechsel" beiwohnen, dieses auch kommentieren und in der anschließenden Diskussion in Grund und Boden diskutieren. Zumal sich die Badischen Kammerschauspiele nicht zu schade waren die Hauptrolle einer Rollstuhlfahrerin mit einer nichtbehinderten Schauspielerin zu besetzen. Stücktext und Inszenierung waren miesester Boulevard, finanziert war die Produktion teilweise von Geldern der Bundesanstalt für Arbeit. Gefährlich wurde die Schnulze dadurch, daß sie teilweise richtige Forderungen, wie mehr Solidarität zwar stellte aber derartig in Zuckerwatte und Gefühlsduselei verpackte, daß man lieber zum Reaktionär würde, als sich hinter sie zu stellen. Folgerichtig wurde in der hauptsächlich von Behinderten geführten Diskussion unter großem Beifall gefordert, das Stück nicht mehr aufzuführen. Die Schauspieler und ihr Autor konnten bei soviel massiver und fundierter Kritik sich nur auf Allgemeinplätze zurückzuziehen und die besten Absichten kundtun, aber spielen würde man es weiter, nun, wenn die Tourneetermine bekannt sind, wird's bei weiteren Vorstellungen gewiß noch Spaß geben.

Währenddessen zeigten in Halle 1 behinderte Sportler aller Schadensklassen (ähnlich wie bei Rennwagen die Hubraumklassen), daß sie zwar nicht ganz nichtbehindert, aber doch fast heileheile sind. In Halle 2 zeigten Amateurmannequins in Behindertenwerkstätten geschneiderte Mode und Weber aus einer Werkstätte führten neugierig gaffenden Zuschauern vor, daß nicht nur Schimpansen goldige Zootierchen sein können.

Die Integrationsoperette insgesamt zeigte deutlichst, wie zynisch die Funktionäre von Behindertenverbänden und ihre Freunde, die Politiker, mit Krüppeln umgehen, wie diese benutzt werden zu Schaustellungen und als Anlaß langweilige aber gewichtige Reden zu schwingen. Geschwafelt, dokumentiert und doziert wurde dort über Behinderte, als wären diese ein Objekt ähnlich dem Nachrüstungsbeschluß der NATO, nur weniger notwendig und dafür billiger.

Die verschreckten Reaktionen auf den Widerstand, den die Aktionsgruppe gegen das UNO Jahr dem entgegensetzte und die breite Wirkung, die sie hatte, zeigte jedoch einen Weg, diesen Zirkus pleite machen zu lassen. Behinderte werden als Dankbarkeitsempfänger verstanden, Nichtbehinderte als die caritativen Wohltäter — brechen beide Gruppen aus diesem Schema aus, herrscht heillose Verwirrung und hilfloses Kopfschütteln.

Die dpa machte dies deutlich, in einer ersten Meldung, die die Welt am Sonntag nachdruckte, war von mehreren tausend Demonstranten und Unterstützern die Rede, Bundesarbeitsminister Ehrenberg, wußte, daß es sich um eine "klitzekleine Minderheit" handelte. "DIE WELT" am Montag hatte brandheiße Kontakte zu Günter Wallraff entdeckt und die "Süddeutsche Zeitung" meldete am Montag, sich ebenfalls auf dpa berufend, nur noch einige hundert Störer. "Bild" freilich wußte gar nicht, was zu schreiben wäre, paßte diese Aktion doch in so gar kein Schema, schließlich weiß selbst der Frankfurter Richter Otto Tempel, daß Behinderte nicht linksradikal sind, aber wer, außer aus der DDR bezahlten Linksradikalen hindert sonst wandernde Bundespräsidenten am Reden halten?

Die Hoffnung auf göttergleiche Harmonie, Dankbarkeit und hoffende Augen all der 4 Millionen Musterkrüppelchen der BRD sind den offiziellen Gernegrößen jedenfalls geschwunden, nach Frauen, Negern, Schwulen werden nun auch Krüppel in die allmächtigen Datenbanken unseres Staatsschutzes aufgenommen werden müssen, schließlich ist das Gegenplakat der Aktionsgruppe gegen das offizielle Plakat doch eindeutig ein Aufruf zur Gewalt: Jedem Krüppel seinen Knüppel!

Kontakt: Oliver Tolmein, Praunheimer Landstrasse 152, 6 Frankfurt 90

Foto: Martin Schade



Rohe Eier auf Neonazis soll Udo Nüsken, ein kaufmännischer Angestellter, bei einer Kundgebung der „Jungen Nationaldemokraten" am 4. November 1978 in Kamen geworfen haben. Zuerst wurde er zu 240 Mark Geldstrafe plus Verfahrenskosten verurteilt. Im Berufungsverfahren dagegen wurde der Prozeß auf Kosten der Staatskasse eingestellt.

Kontakt: Udo Nüsken, Am Osttor 7, 4617 Bergkamen-Oberraden, Tel.: 02306/ 81 795.

Bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst, zieht die zentrale Anhörkommission des Landes Niedersachsen gelegentlich wissenschaftliche Hausarbeiten heran, um zu überprüfen, ob der Bewerber jederzeit für die freiheitlich - demokratische Grundordnung eintreten wird.

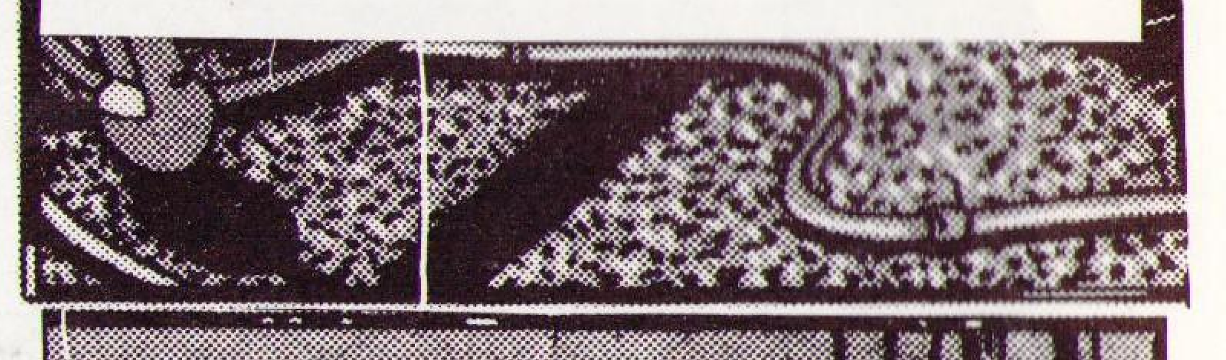
Herangezogen werden dabei die zur ersten Lehramtsprüfung gelieferten wissenschaftlichen Hausarbeiten mit historischem oder soziologischen Themen, deren Auswertung normalerweise nach wissenschaftlichen Beurteilungskriterien von Mitgliedern des Prüfungsamtes ausgewertet wird.

Na, dann schreibt mal schön.



Aus der Bundeswehr abgehauen, erst um als Discjockey arbeiten zu können, und dann, weil er diesem Staat nicht mehr mit gutem Gewissen dienen konnte, nachdem er aufgrund seines Abhauens immer schlechtere Erfahrungen mit diesem Staat gemacht hatte (unter anderem wurde er auf einen organischen Hirnschaden untersucht!) — und jetzt im Knast gelandet: das Schicksal Peter Bödigheimers, der 1972 als Zeitsoldat (Jargon: „Z-Sau") zum „Bund" gegangen war. Heute sitzt er im Außenlager Nordwalde des Münsteraner Gefängnisses. Seine Verteidigungsrede und Urteil (18 Monate Knast wegen Fahnenflucht in zwei Fällen) sind für Interessenten beim ID erhältlich (Kopie: 15 seiten drei Mark inclusive Porto).

Kontaktadresse: Peter Bödigheimer, Scheddebrock 76, Außenlager der JVA Münster, 4401 Nordwalde.

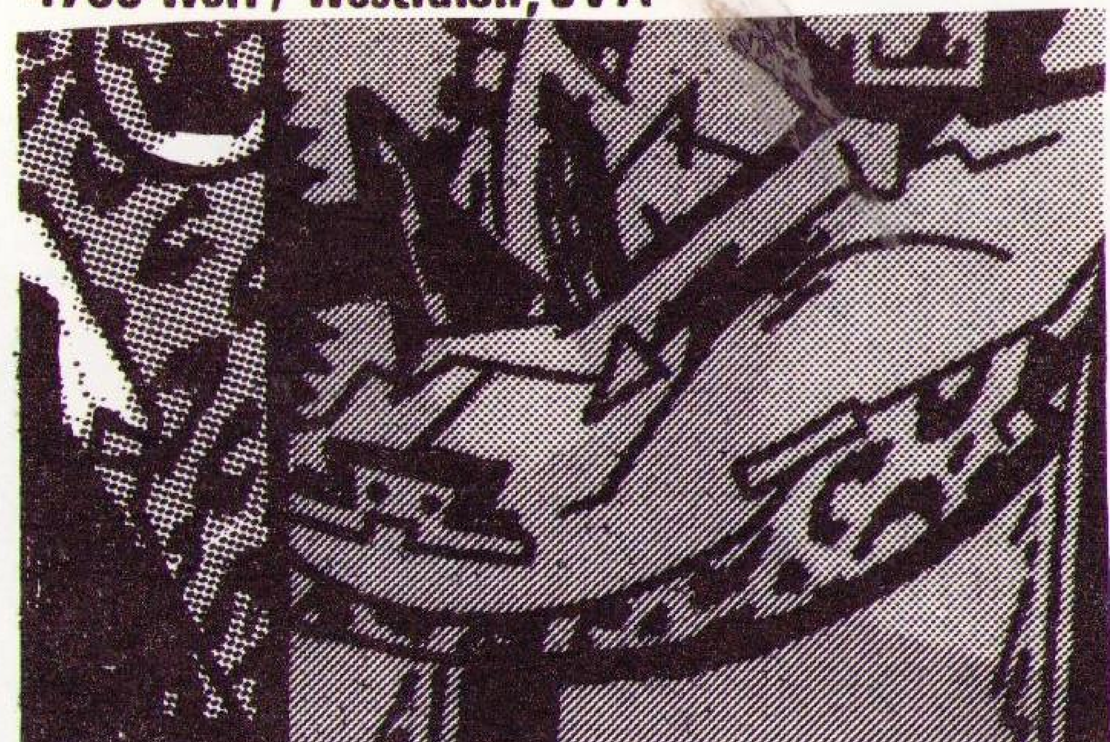


Einen Hungerstreik in Roms Sondergefängnis Rebibbia hat Horst Müller begonnen. Wegen Besitzes von Drogen wurde er zu zwei Jahren Knast verurteilt, das Urteil ihm aber noch nicht gezeigt — er soll 100 DM für eine Übersetzung ins Deutsche zahlen — und auch über eine Versetzung nach Sardinien bekommt er keinen Bescheid. In seinem Brief an den ID warnt er alle nach Rom mit dem Flugzeug Fliegenden: „Interessant ist, daß alle Flugzeuge, die in Rom auch nur zum Tanken landen, mit dem Haschpappi (Hündchen mit blauer Schleife und rosa Arschloch) abgeschnüffelt werden. Werden sie fündig, haben die Kofferbesitzer erst einmal genug Gelegenheit, in den Gefängnissen Roms über ihre Planungspannen zu grübeln." Adresse: **Horst Müller, Via Raffaelle maietti 165, Rom.**

„Du entführst am besten ein volbeladenes städtisches Kanalreinigungsfahrzeug und entlädst den Schlamm dort, wo er den beabsichtigten Zweck voll und ganz erfüllt", dieser Ratschlag ist in den „Tips für Aufständische" enthalten, den die Firma „Kraft durch Matsch" (eingetr. Markenzeichen) verdienstvollerweise übersetzt hat. Denn nichts verzögere den Vormarsch der Polizei bei Straßenschlachten so sehr wie dicker Schlamm, sagen die „Tips". Von welchen Richtungen her Steine am besten ihr Ziel erreichten, wie am leichtesten Barrikaden entstünden - derlei und vieles mehr wird in diesem echt angelsächsischen „Wie man / frau 's macht" - Artikel dem Laien verständlich erklärt. Der Artikel ist ursprünglich unter dem Titel „Riot Survival" (Überleben bei Straßenkämpfen) in der Londoner Zeitschrift "News from Nowhere - Anrchist Views" erschienen, aber die jeweilige Filiale von „Kraft durch Matsch" muß in jeder Stadt selbst gefunden werden. (Anm. d. verantw. Redakteurs: Ich verurteile von allen Tips am schärfsten den erstgenannten ! Als begeisterter Schlammsuhler mache ich mir rein gar nichts aus der Entführung dieses hedonistischen Rohstoffs.)

ID-Leser in Bielefeld dringendst gesucht! Dieter Wurm hat seinen Knasturlaub überzogen und zwar bis zum 12.12.80, als ihn eine MEK-Einheit wieder eingeloch hat. Jetzt wird behauptet und von Dieter heftigst bestritten, er hätte am 11.11.80 eine Bank um ihr schweres Beld erleichtert. Während dieser Zeit hat er sich in Bielefeld in einer Wohngemeinschaft aufgehalten, von der er weder Namen noch Adresse weiß. Einzig ist ihm in Erinnerung, daß einer der Bewohner dort regelmäßig den ID liest oder sogar abonniert hat. Es wäre ziemlich wichtig, daß sich dieser Mensch meldet, da der Dieter sonst - wie er schreibt - "zur Minna gemacht wird.".

Kontakt: Dieter Wurm, Langerwiedenweg 46, 4760 Werl / Westfalen, JVA



Die uns zugesandten Wiesniewski-Prozeßerklärung, die wir teilweise im ID 367 abdruckten und vollständig als Kopie für DM 3,80 anboten, war nicht ganz vollständig. Damit auch die vielen Interessenten, die sie vor uns bekamen, diese berichtigen können, hier die fehlenden Wörter bzw. Satzpassagen:

Seite 1, Anfang: „Zuerst will ich all denen, die gestern Wagners (der Richter) Versuch, die Öffentlichkeit hier im Saal zu selektieren, widerstanden haben, sagen. . . . daß es mich gefreut hat. . "

S. 10, 16. Zeile: „gush emunim" (zionistische Fanatiker)

S. 11, 21 Zeile: „Body Guard"

S. 13, 16. Zeile: „Bestie"

S. 15, 9. Zeile: „Dschibuti"

S. 18 (unten): (siehe auch im ID 367, S. 25: politische Aufarbeitung, auch der Fehler): „. . . politische Fehler der Stadtguerilla . . . ich sage ausdrücklich politische Fehler und nicht taktische Ausrutscher. Ein revolutionärer Kampf, insbesondere der Guerilla-Kampf, braucht das ständige Lernen, nicht nur aus sich heraus, sondern aus den Erfahrungen aller Kräfte auf der Seite der Revolution. Dazu gehört jene Eigenschaft der Besitzlosigkeit, sich an keine Aktion der Vergangenheit zu kleben, sondern sie immer und ausschließlich nur unter dem Gesichtspunkt neuer, stärkerer politisch effektiverer Aktionen und Aktivitäten gegenüber dem imperialistischen Staat zu untersuchen. ". . .

ID-Redaktion

alternatives Leben & Medien

DIE SELMIS VON HEUTE SIND MITTELSTÄNDLER

(und, pardon, sie radebrechen in unserer Sprache)

Frankfurt, 28. Januar 1981

Eine Hausbesetzung in Frankfurt bringt einen Konflikt ans Licht, der überall schwelt: früher machten die Ali Selmis, die großen Hausbesitzer und Spekulanten, den ärmeren Mietern zu schaffen. Heute gesellen sich die Käufer von Eigentumswohnungen dazu (steuerlich gefördert, die Armen können ja kaum anders !), soweit sie sich auf bewohnte, anstatt auf leerstehende Wohnungen stürzen. Sie sind keine Magnaten, sondern Anwälte, Lehrer, Ärzte, Angestellte; oft genug haben sie Verbindungen zur gleichen linken Szene wie ihre Opfer.

Nummer eins: eine Kurzmeldung über drohenden Rausschmiß

Alle Mieter rausschmeißen, darunter eine schwangere Frau im neunten Monat und einen Säugling von acht Monaten, und dann eine ambulante Entbindungspraxis einrichten: das hat ein Gynäkologe vor, der das Haus Eschersheimer Landstraße 79 in Frankfurt kaufen will. Im Zuge der Steigerung großstädtischer Wohnungsnot durch Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohungen scheint das ein besonders dickes Ei zu sein. Die Mieter des Hauses wehren sich gegen diese Pläne ebenso, wie die Leute, die drei leerstehende Wohnungen im Haus seit September 1980 besetzt halten. Der verkaufsinteressierte Noch - Eigentümer des Hauses, ein Bremer Rechtsanwalt, hat es jetzt sehr eilig: nachdem er die Besetzung fünf Monate stillschweigend geduldet hatte, steht am 29. Januar der Termin für ein Eilräumungsverfahren an. Die Besetzer sollen sofort raus, die Mieter höchstens ein halbes Jahr später.

Kontakt: Mieter der Eschersheimer Landstraße 79, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611 / 55 21 97 oder 55 15 27; B. Setzer (Parterre, II. und IV. Stock), Eschersheimer Landstr. 79, 6000 Frankfurt 1

Nummer zwei: ein Flugblattkrieg "bis zum fröhlichen Auszug, liebe Genossen !"

Der Streit um die Eschersheimer Landstraße 79 in Frankfurt ist kein "normaler" Streit um die Räumung eines besetzten Hauses. Der Hausbesitzer präsentiert sich als der größere Menschenfreund. Hier ist das Flugblatt der Hausbesetzer (auszugsweise):

"KEIN GÜÜNÄÄÄKOLOGENSTUHL IN FLIP'S ZIMMER !

"Im Februar 1978 kaufte ein Bremer Rechtsanwalt das Haus als Renditeobjekt. Er hatte nun das Objekt — die erhoffte Rendite blieb aber aus, was vielleicht an seiner widersprüchlichen Finanzpolitik gelegen hat. Er ließ den 2. Stock auch die nächsten 2 Jahre leerstehen. Da er sich als Anwalt wohl denken konnte, daß die Wohnung nicht ohne Genehmigung gewerblich genutzt werden kann, vermietete er sie kurzerhand an ein horizontales Gewerbe (Puff). Der erhoffte Geldsegen blieb jedoch aus. So endete

dieses Mietverhältnis schon nach 2 Monaten. Seitdem stand diese 6-Zimmer Wohnung wieder für 1 1/2 Jahre leer.

Seit über einem Jahr versuchte er nun das Haus zu verkaufen. Um das Haus möglichst leer verkaufen zu können, bot er allen Wohngemeinschaften eine Abfindungssumme von DM 20.000,-- für das Verlassen der Wohnung an. Das Erdgeschoß und der 4. Stock tappten Anfang des Jahres in die Falle — mit Ausnahme eines Mieters haben sie das Geld bis heute nicht gesehen.

Im September 1980 wurde der leerstehende 4. Stock besetzt; im Oktober das Erdgeschoß; im November folgte der 2. Stock. DAS HAUS WAR ENDLICH WIEDER BEWOHNT ! Die Firma Blumenauer (stadtbekannter Makler) zog nun einen Käufer an Land — den Gynäkologen Dr. Meinert, nebst 2 Kumpanen. Bei seinem Antrittsbesuch erklärte er den Mietern durch die Blume, daß er nicht nur die Besetzer, sondern auch die 3 Mietparteien baldmöglichst hinausbefördern will. Seine PLäne: Parterre und 1. Stock sollen Praxisräume werden.
Diesem Plan, nämlich 2 Stockwerke (oder mehr) als Praxis zu nutzen, steht ein Bescheid des Wohnungsamtes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum durch gewerbliche Nutzung entgegen. In diesem Bescheid vom Januar 1980 wird der Wohnraum in der Eschersheimer Landstr. 79 als schutzwürdig im Sinne des Mietrechtsverbesserungs-Gesetzes erklärt, "an dessen Erhaltung ein erhebliches öffentliches Interesse besteht", "da ein Bedarf an Großraumwohnungen dieser Art durchaus vorhanden ist."
Wir verlangen, daß sich das Amt für Wohnungswesen ein für alle mal an diese getroffene Entscheidung hält. UNSERE FORDERUNGEN: Kein Gewerbe in Wohnräumen ! (Wozu haben wir das leerstehende Westend-Center, einen Wolkenkratzer, gleich um die Ecke ?) Mietverträge für die Besetzer !

Darauf antwortete der Hausbesitzer (verantwortlich zeichnete sein Beauftragter Fiedler):

Grüßt euch, Genossen !

Ärzte sind für Euch keine wichtige soziale Sache ! Heißt es doch: "Keinen Gynäkologenstuhl in Flip's Zimmer." Flip steht wohl als Kürzel für Ausgeflippter ? Welcher Eurer (vermutlichen) Fixer oder Glatzköpfe ist es denn ? Das Zimmer gehört ihm aber nicht ! Verzeiht diesen aggerssiven Hinweis !

Es handelt sich um keine Instandbesetzung, sondern um eine Zerstörbesetzung. Renoviert wurde erst vergangenes Jahr. Es sind auch keine Billigwohnungen zu erschwinglichen Mieten. Bis jetzt müßt ihr ca. 12.000,-- DM nachzahlen — wo ihr doch keinen Pfennig auf der Naht habt ! — Im übrigen möchte diese Seite nicht dafür der Leidtragende sein, daß der soziale Wohnungsbau zu Lasten der Hochrüstung um 1,5 Milliarden gekürzt wurde. Dafür ist Euer Clan mitverantwortlich, von dem ihr abstammt, Kleinbürgerliche ! Bis zum fröhlichen Auszug aus der 79 (im Flugblatt ist die Hausnummer im Herzen mit der Faust gezeichnet - das Emblem der Besetzer) mit dem frohen Lied auf den Lippen: "Wacht auf Verdammte dieser Erde !" Von Euch natürlich fälschlicherweise gesungen.

Wenn ihr so um die 50 Jahre alt sein werdet, erhaltet ihr dann den 30 Jahre alten Rechtstitel präsentiert. Bei der Pfändung seufzt dann bitte: "Oh je, meine Jugendsünden !" (Die Fixer natürlich ausgenommen — die haben's früher geschafft !)

Der Hausbesitzer !

Nummer drei: Gespräch mit einem Radikalen (Name der Anruferin von der Redaktion geändert, sonst nichts)

Hier Berta von Setzer. Sprech' ich mit Herrn Fiedler ?
Ja.
Ich habe hier Ihr Flugblatt. Sprechen Sie die Genossen als Genosse an ?
Na ja, das war Sarkasmus.



Das ist er : Fiedler



Wie würden Sie sich denn politisch einordnen ?
Also auf jeden Fall bis ich fürs Abrüsten. Auch für soziale Leistungen, vor allem auch für sozialen Wohnungsbau. Das befürworte ich auf jeden Fall.

Was würden Sie wählen, wenn heute Wahltag wäre ?
Irgendeine radikale Partei. Keine Faschisten selbstverständlich, sondern eine linke, radikale Partei. Gewisse Kontrollen müssen einfach sein.
Dankeschön, Herr Fiedler.

Nummer vier: Nachwort
Machen wir's kurz. Gewisse Kontrollen müssen wirklich sein, zum Beispiel gegen die Vertreibungspolitik von Hausbesitzern. Sanfte Geburt oder Getöne gegen Kleinbürger — beides keine Begründung, um Leute aus der Wohnung zu werfen. Wer noch Fragen hat: *Hausbesitzer Eberhard Berger und Beauftragter D. Fiedler sind ansässig An der Weide 41/42, 2800 Bremen, Tel. 0421/321177.*

Richard/ID

FREIE RADIOS

FASZINIERENDE ILLEGALITÄT, ZWEIBAHNTELEFON UND AXELS BETT IN NEAPEL

Aus der ID-Diskussion über das Schwerpunktthema "Freie Radios"

Die Diskussion über Freie Radios ist nach drei oder vier Jahren von der Euphorie über eine gewisse Praxis zum Katzenjammer gelangt. Warum ?
Als die Diskussion anfing, war ganz klar gewesen: das Medium Radio "an sich", das Senden, gibt nichts her — der Reiz von Radio Alice bestand in den Telefonen. Dahinter sind die Piratensender jetzt gekommen. Du konntest jederzeit anrufen; Zweiseitigkeit der Kommunikation, Öffnung in alle Lebensbereiche war der Witz von Alice. Durch sie wuchs das Rhizom, die nichthierarchische Verästelung in viele Bevölkerungsgruppen, in vielen Lebensbereichen. Aber ein großstädtischer Piratensender, bei dem die Illegalität im Zentrum steht (als Abenteuer oder als Alptraum), verbreitet vielleicht Kommandos, doch keine Kommunikation.

Ein Radiosender ist einfach zu benutzen, er hat keine hohen Einstiegskosten, du kannst ihn stehen lassen, wenn du nichts zu sagen hast: all dies macht ihn angemessener als die Zeitungen. So sicher es heute, in der Illegalität, besser ist, nur sporadisch zu senden, so sicher braucht das Freie Radio auf die Dauer die volle Offenheit. Daher die Wendung mancher Pioniere der Freien Radios zur "Tageszeitung" im Herbst 1977. Gerade der Deutsche Herbst bewies ihnen ironischerweise die Notwendigkeit, das Medium zu benutzen, in dem heute noch am meisten Freiheit übrig blieb — die Presse.

Die öffentliche Diskussion über Freie Radios läuft in Deutschland nicht unter dem Thema Informationsfreiheit, sie läuft unter dem Thema Ökonomie. Die liberale Öffentlichkeit hat sich verschlissen in der Verteidigung der öffentlich-rechtlichen Anstalten gegen die Reaktion. Aber die Realität ist: die "freie" Presse ist seit Jahrzehnten Anhängsel der Werbung, und nur wenige der verstocktesten Staats-Sozialisten haben vorgeschlagen, gegen Axel Springer eine Staats-Zeitung zu setzen. Zurück zu uns selbst: wir lieben die Hochglanzzeitungen nicht, die sich in der alternativen Szene entwickelt haben, von "Zitty" über "Oxmox" bis zum "Spot",aber trotz Marlboro-Anzeigen bringen sie kritische Inhalte. Die Fernseh-Verkabelung ist ein Alptraum, aber sie wird das Staatsmonopol brechen. In ein paar Jahren ist diese Diskussion vorbei.

Die Vision von den Freien Radios: sie wollen offen, zweiseitig genutzt, lokal-familiär, alltäglich sein, die Brücke zwischen privat und öffentlich schlagen, den Alptraum von "1984" umkehren. Schulkinder bekamen die Lösungen ihrer Klassenarbeiten auf dem Klo von Radio Alice. Axel vom ID suchte in Neapel einen Platz, wo er pennen konnte — übers Freie Radio fand er sein Bett in fünf Minuten. Auf dem Land, bei Radio Freies Wendland und Radio Verte Fessenheim, kommt sowas zustande. Hier sind die aktionistischen Jugendlichen weniger abgetrennt von den Bürgerinitiativen. Hier lebt die Grauzone zwischen Legalität und Illegalität. In der Großstadt muß sich alle paar Wochen die Faszination der ersten 10 Minuten abnutzen — "Hier spricht UNSER Sender".

Über die technische Qualität freier Radios klagt jeder, sie ist grauenhaft. Radio Verte Fessenheim (hört mal die beim Network herausgekommene Kassette an) erreicht Südwestfunk-Qualität. Mehr Legalität heißt einfach: bessere Qualität.

Radio ID an Radio Zebra: bei euch scheint's zwei Tendenzen zu geben, eine fürs Aktions-Radio, eine fürs Alltägliche-aber-weil's-nicht-geht-gar-kein-Radio. Gibt's für euch die Perspektive der Legalisierung nicht mehr ? Das offene, legitime und massenhafte Durchbrechen der Verbote, wie in Frankreich mit der liberalen Prominenz, der Sozialistischen Partei, wie im Schutz des Regionalismus im Wendland oder im Dreiecksland ? Das ist eine Frage, kein Besserwissen — Radio Zebra, bitte kommen !

ID'ler am Montagabend

. . . PASST BLOSS AUF

Diskussion über unser Steppentier

Bremen, 10. Januar 1981



Freie Radios gibt es in Westdeutschland etwa eine Handvoll. Nach wie vor haben sie unter staatlichen Kriminalisierungen zu leiden, technisch ausgeführt von der Bundespost, und unter dem bestenfalls achselzuckenden Beiseitestehen der Linken und Liberalen im öffentlich rechtlichen Rundfunk, die auf die merkwürdige Komplizenschaft Ernst Albrechts, Franz-Josef Strauß und der geballten Werbebranche im Griff nach privaten Sendern verweisen. Das Bremer "Radio Zebrä" ist nicht das älteste, aber vielleicht gebührt ihm der Ruhm der ausführlichsten Diskussion mit der eigenen Basis. Im Bremer "Info undogmatischer (unbotmäßiger, unbezuschußter, uneingemachter) Gruppen", kurz Info BUG, diskutieren die Zebra-Leute die Alternative, die sich ihnen nach 10 Monaten Sende-Erfahrung stellt: unregelmäßiges aktionistisches Radio, für die Höhepunkte des Volkszorns, - oder regelmäßiges, alltägliches Radio zum Leben und Lernen?



AKTIONISTISCH ODER ALLTÄGLICH?

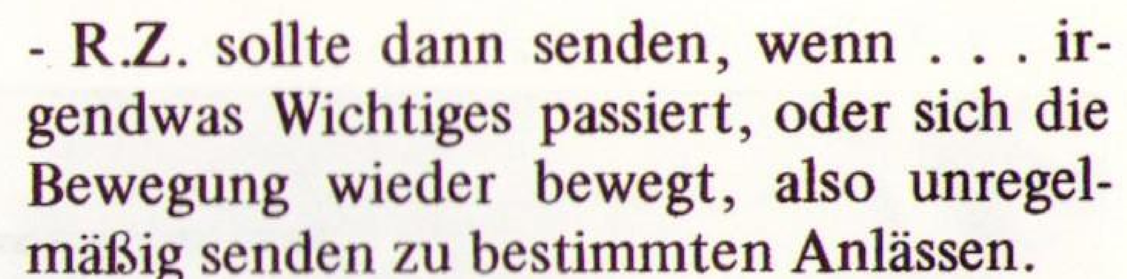
Nach langem Rumdrücken um die Diskussion über Sinn und Unsinn eines freien Radios jetzt und hier in Bremen haben wir . . . angefangen . . . zu klären, was das Radio im Moment für uns ist und vielleicht sein kann, wie es weitergehen könnte oder sollte, oder eben nicht.

Reichlich verschiedene Positionen wurden dargestellt:

- Radio Zebra hat im Moment so gut wie keine Funktion, weil der Höhrerkreis vermutlich sehr klein ist, die Sendung . . . kaum neue Sachen für einigermaßen informierte Leute rüberbringen und des-

„Radio Donna" in Rom – das freie Radio der Frauen, auf das 1979 ein faschistisches Bombenattentat verübt worden ist. (Aus: „Medienarbeit", Heft 17/18, herausgegeben vom Medienpädagogischen Zentrum, Thadenstr. 130 A, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/439-7259).





- R.Z. sollte dann senden, wenn . . . irgendwas Wichtiges passiert, oder sich die Bewegung wieder bewegt, also unregelmäßig senden zu bestimmten Anlässen.
- R.Z. sollte weiterhin kontinuierlich senden, weil es nur dann von vielen (außerhalb der Scene) benutzt und als ihr Mittel begriffen werden kann. Weil es als Radio eben viel schneller und breiter Informationen an viele Leute bringen kann als Flugblätter und Zeitungen, was in noch repressiveren bzw. von größeren Massenkämpfen bestimmten Zeiten erst recht wichtig ist, auch als Mittel zur Agitation.
- R.Z. sollte weitersenden, die Sendugen aber müßten eine politisch eindeutigere Stellung beziehen und nicht nur ganz allgemein die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung von unten bieten, damit das Risiko (5 Jahre Bunker) im Verhältnis zu den gesendeten Inhalten steht.
- R.Z. sollte weitermachen, es müssen sich aber mehr Leute an den Sendungen beteiligen, und die technischen Möglichkeiten (Lebendigkeit der Sendungen) müßten besser ausgenutzt werden.

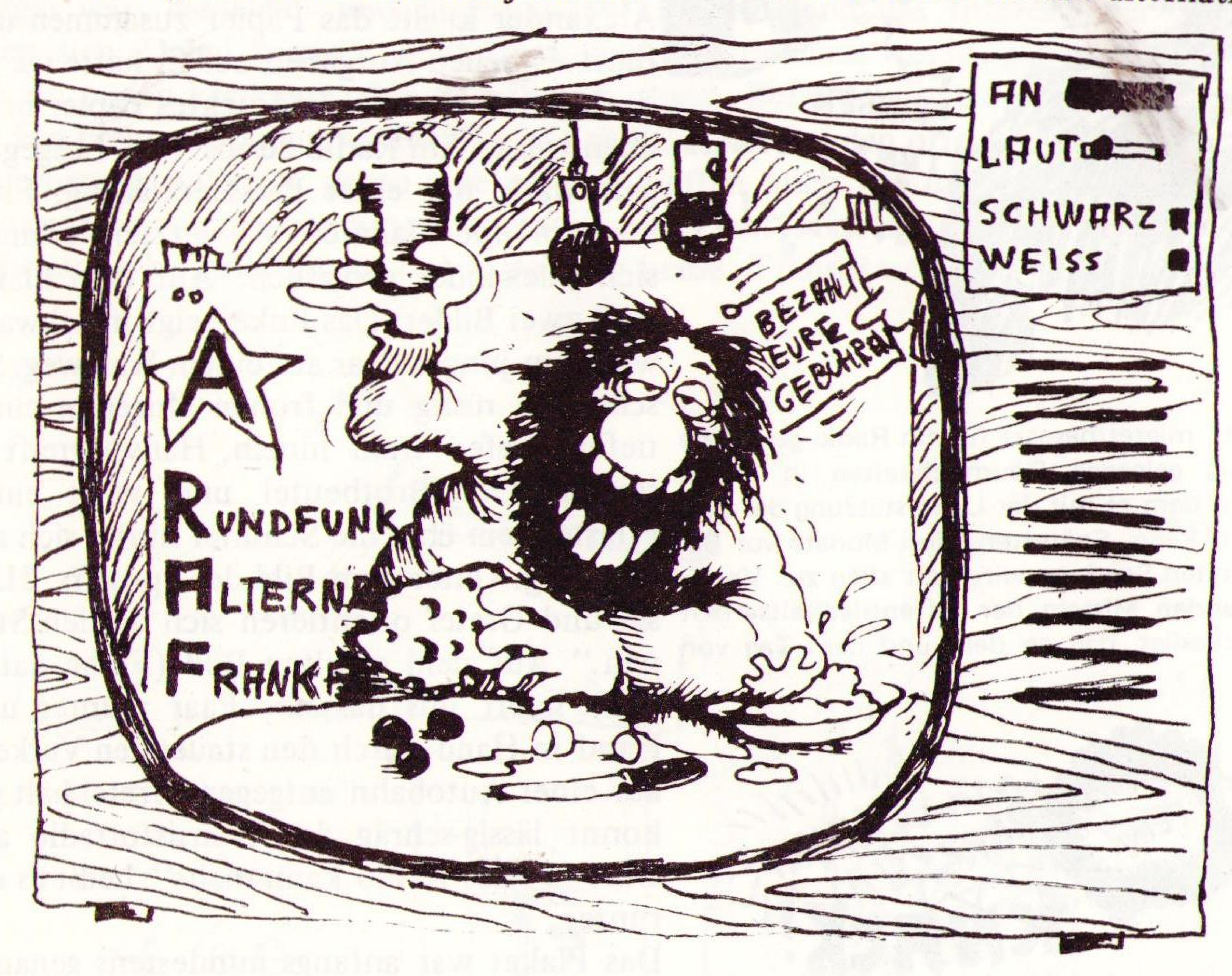
Grundsätzlich wurde . . . von allen vertreten, daß ein freies Radio an sich . . . nützlich , wirkungsvoll und lustvoll sein kann. Im Moment ist es das meistens nicht - nur: wie, wann und warum es verändern, darüber herrscht Unklarheit . . .

Verschiedene Möglichkeiten von Radiomachen wurden angesprochen. Zum Beispiel Radio Wendland und Radio Verte Fessenheim haben in ihren Regionen vermutlich eine stärkere Resonanz, weil sie Teil einer Auseinandersetzung sind, die die jeweilige Region existentiell betrifft. Dies trifft für ein Radio in der Stadt so grundsätzlich erst einmal nicht zu. Hier ist das Radio erstmal nur Kommunikationsmittel für einzelne Gruppen, die sich jeweils an bestimmten Punkten wehren. So entwickelte sich dann, daß einige Leute meinten, das Radio hat im Moment nicht die Funktionen, die das Risiko und den Stress lohnen würden, und sollte nur noch punktuell bei be-

stimmten Anlässen senden. Ein anderer Teil flog hinauf in die rebellischen Wellen Radio Utopias und versucht ... vom Ziel her zu erkennen, ob es ... in Ansätzen möglich sein kann, dieses zu realisieren (vergl. Radio im Großen Kaizer, Amsterdam; die haben z.B. bei den "Krönungsfeierlichkeiten" in Amsterdam die Koordinierung zwischen Tausenden von Demonstranten in Blitzesschnelle geleistet/ ID)...

Wenn alltäglich, dann von vielen für viele!

Wenn das Radio nur bei bestimmten Anlässen senden soll, welche Anlässe sind das? Wenn Einzelne oder Gruppen Sachen haben, die sie wichtig finden, ist das dann auch wichtig für andere? Wie soll jedesmal neu zum Hören mobilisiert werden? Ist das Kollektiv oder der Freundeskreis über längere sendefreie Zeit erhaltungsfähig? Ist ein Radio bei aktuellen Anlässen (z.B. Häuserräumungen) eventuell wichtig und handlungsfähig - für wen? Wenn das Radio in veränderter politischer Situation sinnvoll ist (z.B. vielleicht jetzt in Berlin; bei den Verhaftungen und Straßenschlachten um die Jahreswende 1980/81/ID), ist es dann plötzlich verfügbar und entsprechend seinen Möglichkeiten einsetzbar (Informieren, Mobilisieren, Antörnen, Gegenmacht durch Geginformation)? Nützen Radios überhaupt irgendwas, auch in anderen Situationen, oder stellen sie nur alternative Unterhaltung dar?



Wenn Radios wichtige Kommunikationsorgane sein könnten, wie müssen sie dann gestaltet sein? Welche Vorteile bietet es, daß ein Radio quasi unbegrenzt Teilnehmer haben kann, insbesondere in zugespitzten Situationen? Wie erreicht man, daß es dann auch von vielen benutzt wird? Ist das Risiko, bei einigermaßen platten oder auch sonst zugänglichen Informationen jetzt regelmäßig zu senden, angemessen (Chancen für viele zum Lernen, Sendungen zu machen, als Möglichkeit bewußt zu machen, gesicherter Umgang mit dem Medium)? Wie können die Sendungen jetzt gestaltet werden, damit sie das vermitteln, was an Chancen in einem mehrstündigen, täglichen Radio-Utopia-Programm steckt (gute Recherchen, hörfreundliche Gestaltung, direkte Beteiligung)?...

Die Positionen bei uns sind weit voneinander entfernt. Fest steht nur, daß wir uns entscheiden müssen, ob das Radio ruhig eingehen kann oder ob wir es wichtig finden. Das heißt natürlich für die, die das Zebra gut und wichtig finden) daß sie auch entsprechend viel dafür tun müssen, daß es weiter existieren kann und immer besser wird.

Schreibt mal eure Meinungen, Fragen, Unklarheiten und Beiträge auf und schickt sie rüber, damit es eine breite und aufschlußreiche Diskussion wird.

Wenn es wirklich stimmt, daß man nach 10 Monaten Radio-Machen nur so dürftig-abstrakte Fragen stellen kann wie in diesem Bericht, dann dürfte die Entscheidung klar sein: Schwarz-Senden bringt keine Erfahrungen, ist eine Sackgasse.

Conrad / ID

FASZINIERENDE ILLEGALITÄT, ZWEIBAHN-TELEFON, AXELS BETT IN NEAPEL

Ein "Projekt" auf dem Weg von der Kiffer-Idee zum Mischpult

Bremen/Frankfurt, 25 Januar 1981

Unter dem Titel "Was Sie schon immer über Freie Radios wissen wollten aber noch nie zu fragen wagten" hat der 2001-Verlag ein vielversprechendes Werk angekündigt. Zum Erscheinungstermin 15. Januar warteten wir vergeblich auf den Wälzer wie auch auf ein erklärendes Wort von "2001". Ob es mit der Illegalität freier Radios hierzulande zusammenhängt, daß die Druckmaschinen nichts ausspucken? Möglich – hier ist jedenfalls eine Kostprobe aus dem Buch. Sie macht deutlich: selten traf Kriminalisierung eine so selbstverständliche, 'sanfte' Kommunikationstechnik wie die freien Radios. Selten war die Legitimität ihrer "Radio-Vision" allen Beteiligten so klar, die Absurdität der staatlichen Verfolgung so offensichtlich. Dennoch ist die Euphorie der Anfangszeit verschwunden, wie die Diskussion von "Radio Zebra" in diesem Heft zeigt. Nach dem Gefängnisurteil gegen den Münchner Radio-Mann von de Loo heißt die Frage immer öfter: fünf Jahre Knast riskieren - wofür?

Karla überprüft zum so und sovielten Mal die Leitung vom Telefon ins Mischpult: Das Signal kommt gut herein. Bisher scheint die Bundespost keine Sabotage des ‚PROJEKTS' zu planen, zumindest nicht auf diesem Wege. Alexander geht noch mal die Programmskizzen für die nächsten Stunden durch: ‚PROJEKT' ist eigentlich schon Ereignis genug Aber es soll nicht mit einer Nabelschau losgehen, sondern mit einer Reportage aus dem ‚ALLES'-Supermarkt zum Kalbfleischboykott. Musik ist reichlich da, auf Kassetten und lebendig: Die ‚smarties' haben aufgebaut und der ‚Deutsche Michel' probt auf der Mundharmonika die Erkennungsmelodie.

Was in den Räumen des ‚PROJEKTS' nicht zu finden ist, ist Ruhe: die Klinken wedeln auf und ab – hallo – hast du mal... – letzte Hand und letzte Worte. In den restlichen, scheinbar ungenutzten Winkeln versuchen Leute, die ‚mit der Sache so direkt nichts zu tun haben', nicht im Wege zu sein. Die ‚Kollegen' aus den Anstalten und von der Presse wissen nicht, was sie von ‚PROJEKT' so genau halten sollen und kämpfen etwas zurückhaltender als üblich um die besten Plätze, zum Beispiel am Fenster.

Das „PROJEKT" – aus konspirativen Gründen so getauft – nahm Gestalt an.

Ein Ziviler, der sich als solcher verkleidet hat, wird durchschaut. Sein Funkgerät beschwert sich aufgeregt rückkoppelnd über die viele Elektronik im Raum. Er wird asylantenmäßig abgeschoben, freundlich, aber erbarmungslos und findet draußen auf der er Straße keine begeisterte Aufnahme unter den vielen FreundINNen des ‚PROJEKTS': Vor dem Gebäude, die ganze Straße rauf und runter drängeln sich Menschen, deren Alter stärker variiert als ihr Einkommen. Die Anzahl der am Kopf getragenen Transistor-Radios geht in die Hunderte. An Plakaten und Transparenten ist abzulesen, daß einige für ganze Gruppen dastehen wollen, so die ‚Piratenfreunde Nordstedt', von denen auch einige als Seeräuber verkleidet sind. Am Himmel aber kreisen keine Geier, sondern nur der übliche Hubschrauber. Ob er wohl eine Peilanlage an Bord hat? Die Fotografen und Kameraleute auf den Dächern nutzen ihn, um ihre Geräte anzuwärmen.

„Bullen sind keine zu sehen", bemerkt Alexander und zieht seinen Kopf aus dem Gedränge am Fenster zurück. Aus der momentanen Abwesenheit grüner Autos und Menschen lassen sich keine Vorhersagen für den weiteren Verlauf des ‚PROJEKTS' ableiten. Deshalb und weil noch zwanzig Minuten bis zum offiziellen Sendebeginn sind, geht Alexander aufs Klo. In der meditativen Ruhe und Konzentration dieses Raumes läßt er nochmal die Ereignisse der letzten Wochen und Monate Revue passieren.

Angefangen hat das Ganze beim abendlichen Drogengenuß an einem der einschlägigen Plätze. Ein Herr sprach vom Norddeutschen Rundfunk. Andere hörten hin und fingen an zu spinnen: „Selber Radio müßten wir machen!" – „Verboten!" – „Wichtig!" – „Spaß muß sein!". Kurz vor der Sperrstunde war dann nur noch die Frage umstritten, ob der Hörer, die Hörerin heute ein Recht auf Stereo hätten und ab welcher Höhe ein Sendemast die Umwelt verschandele. Alexander beugt sich weiter vor, um seinem Darm die Arbeit zu erleichtern.

Das Theater um den NDR und die öffentlich-rechtlichen Funkhäuser ging weiter, jeden Tag stand was dazu in den Zeitungen. Die Schnapsidee mauserte sich, manchen Erwartungen zum Trotze, zur ‚Arbeitsgruppe', in der die Fäden weitergesponnen wurden, nicht nur nachts. Das ‚PROJEKT' – aus konspirativen Gründen so getauft – nahm Gestalt an, zuerst die eines Drehbuchs, wie ein moderner Polizeibeamter sagen würde.

Alexander zieht ein leicht schmuddeliges aber saugfähiges Stück Papier aus der Gesäßtasche. Das ‚Drehbuch' kommt mal wieder genau im rechten Augenblick. Um die geistige Abwesenheit herzustellen, die der Körper für seine Arbeit braucht, liest Alexander, nicht zum ersten Mal:

‚Projekt' ist ein lokales freies Radio von unten. Einzelheiten zur inhaltlichen Zielsetzung finden sich in den Diskussionsprotokollen und in der künftigen Praxis -

„Ah, ja es kommt", muß Alexander nicht nur zu den Vorgängen in seinem Inneren anmerken.



– „Projekt" mietet/besetzt für ein Radio geeignete und günstig gelegene Räumlichkeiten in einem Stadtteil, in dem es mit der Unterstützung der Bürger rechnen kann. Spätestens drei Monate vor Beginn der ersten Sendung wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit groß angekündigt, daß an dem und dem Tag von



dem und dem Haus aus „Projekt" seine Sendungen beginnen wird. –

Es kommt ziemlich dünn.

– Die sich daraus ergebende Publizität und Diskussion über Freies Radio im allgemeinen und „Projekt" im besonderen kann, da das „illegale" Tun des tatsächlichen Sendebetriebs noch nicht begonnen hat, völlig offen und ohne Heimlichkeiten geführt werden.

Abbau der Angst vor dem speziellen Medium

Folgen für die offizielle bürgerliche Öffentlichkeit: Das Ereignis ist gegeben, weil „Illegales" angekündigt wird – keine Anonymität der Betreiber, Entkriminalisierung – Freies Radio als eine mögliche, diskutierbare Modifikation des öffentlich-rechtlichen Funks – Die Abwägung, welcher der scheinbar gleichberechtigten Vorstellungen (Springer oder „Projekt") der Vorzug zu geben ist, wird je nach Weltanschauung ausfallen – jedenfalls ist „Projekt" auf diese Weise als Diskussionspartner in pro und kontra, als Subjekt bürgerlicher Öffentlichkeit anerkannt und genießt entsprechenden Schutz (der „Meinungsfreiheit")

Die „bürgerlichen" Schlagzeilen, die Alexander bei den letzten Worten wieder vor Augen kommen, erfüllten allerdings „trotzdem" häufig die gesammelten Tatbestände der seit kurzem neu eingeführten Gewaltparagraphen.

Folgen in der „Linken Öffentlichkeit":

Abbau der Angst vor dem speziellen Medium, das in seinen bisherigen großtechnischen Ausformungen „natürlich" denen da oben oder vielleicht noch ein paar Kriminellen mit geheimen Kenntnissen zu gehören schien. Abbau des Vorurteils, daß Freie Radios Vorreiter des Kommerz sein müssen, den öffentlich-rechtlichen in den Rücken fallen. Gemeinsame Überlegungen zu den Inhalten und wie Freie Radios die Nase im Wind behalten können. Aufbau einer Radioszene mit eigener Sprache –

„Zumindest das letzte ist auf Anhieb rübergekommen", lobt Alexander bei sich.

„Dank der Vorankündigung und der durch sie ermöglichten öffentlichen Diskussion und Arbeit ist für den Beginn des tatsächlichen Sendebetriebs mit dem Verständnis und dem Schutz der „Öffentlichkeit" zu rechnen und auf ebenso breite wie lange Solidarität zu hoffen...–

Alexander knüllt das Papier zusammen und führt es neuen Aufgaben zu. Er hätte nie gedacht, daß es soviel bedrucktes Papier brauchen würde, um Radio zu machen. Losgegangen war's mit einer Presseerklärung, Flugblättern und Plakaten. An letztere erinnert sich Alexander genüßlich: Auf dem Plakat sind zwei Bilder. Das linke zeigt in schwarzweiß ein junges Paar auf einem Waldweg. Sie schreiten rüstig und frohen Mutes in einen tiefen, tiefen Wald hinein. Hänsel greift in seinen Army-Brotbeutel und wirft einen Pflasterstein über die Schulter hinter sich auf den Weg. Unter dem Bild der Spruch: „Hänsel und Gretel orientieren sich an den Steinen." Auf dem zweiten Bild (Farbe natürlich) hüpft uns dasselbe Paar munter und Hand in Hand durch den stauenden Verkehr auf einer Autobahn entgegen. Gretel hält gekonnt lässig-schräg das Transistorradio ans Ohr. „Freies Radio kann mehr", heißt es darunter.

Das Plakat war anfangs mindestens genauso umstritten wie das „Projekt" selbst.



Es folgten Pressekonferenzen, öffentliche Veranstaltungen, Radio-Bälle und Zeitungsartikel, zunächst in der befreundeten Presse. Später kamen die Schlagzeilen hinzu, die Alexander jetzt gerne in der Hand gehabt hätte. Interviews wurden gegeben und genommen. Ja, es lief sogar eine Fernsehdiskussion mit sechs Medienartisten aus fünf Lagern, bei der Werner H. Schwierigkeiten hatte, einen netten Schlußspruch zu finden und eine Kiste Wein gestohlen wurde.

Fernsehdiskussion mit sechs Medienartisten auf fünf Lagern

Unterschriften und mehr oder weniger honorige Mitglieder wurden gesammelt. Und, was wichtiger war, die Geld- und Sachspenden häuften sich. Dabei kam es allerdings auch schon zur ersten kommerziellen Feindberührung: Ein Elektronikladen wollte alles nötige zur Verfügung stellen – gegen eine geringe Erwähnung, versteht sich. Eine (der Redaktion bekannte) Chemiefirma bot sackweise Hustenbonbons für die Sprecherinnen an – kostenlos, versteht sich. Eine Illustrierte bot für die Exklusivstory („Aus der Traum, rein in den Knast") eine Summe an, die nicht mit Stellen geizte. Doch die ernst zu nehmenden Angebote und Spenden überwogen. Dazu gehörte auch der ausgediente Hochspannungsmast des Bauern W. aus der Gegend um Gorleben, der allerdings als Sendemast ungeeignet war, da er nicht in den Aufzug ging.

Immer mehr Leute wollten auch selbst aktiv werden und was tun. Dabei nervten allerdings die, die mehr wegen ihrer Organisation als „der Sache wegen" antraten. Feinfühlig zogen sie sich deshalb ‚von selbst' zurück.

Und während das Interesse der Öffentlichkeit zusehends wuchs, gaben sich die zuständigen Behörden nach wie vor gelangweilt. Klar war auf den öffentlichen Vorbereitungstreffen auch der unvermeidliche Spitzel da und bot seine Dienste an: „Ich kann ganz heiße Transistoren aus Poona besorgen!"

»Psst, der hört wieder diesen Sender!«

Aber auch er entspannte sich zusehends, da er so oder so den Überblick verlor.

Probleme machte auch die Raumbeschaffung. Von der Idee mit der Besetzung kam die Gruppe wieder runter: Wenn schon abgeräumt werden, dann wegen Radios und nicht unter irgendeinem Vorwand. Ein Geschenk des Himmels war da die Berufung eines zu Ansehen gelangten 68ers auf einen weit entfernten Lehrstuhls für Sexualtherapie. Seine Wohnung im fünften Stock an einer der höchsten Stellen der Stadt überließ er ‚Projekt' mit der Auflage, regelmäßig Blumen zu gießen.

Über den gesamten praktischen und technischen Kram waren die Inhalte der bevorstehenden Sendungen etwas zu kurz gekommen. Natürlich sollten die Betroffenen („Besoffenen"?) das Wort ergreifen können. Natürlich sollte es Radio von unten sein, offen und unvermittelt zugänglich für die, die sonst nicht zu Wort kommen. Natürlich sollte viel ‚life", direkt, übers Telefon kommen. Natürlich hatte niemand dieses Grundmuster abgelehnt. Aber wie's genau ausgefüllt werden sollte, ob die Betroffenen in Scharen ankommen würden, ob und wie professionell es zugehen sollte ... tausend offene Sachen. Alexander – in seiner bekannt leichtsinnigen Art – nahm sich vor, diese Fragen und Details in Zusammenarbeit mit der künftigen Praxis zu klären, anstatt sich an Wenns und Abers zu Tode zu diskutieren. Den meisten anderen gings da ähnlich. Im Übrigen hatten sie ja von Anfang an Leute und Gruppen auf Mitarbeit angesprochen, Themen, Adressen, Ideen, Aufnahmen usw. gesammelt. Und losgehen sollte es halt mit der Supermarktgeschichte – in ein paar Minuten.

Da kommen Alexander ganz andere Sorgen hoch! Was wird passieren? Werden Post und Polizei den Sender zu stürmen versuchen? Sofort oder erst später, wenn gerade nur ein paar Leute da sind? Oder werden sie es mit Stören versuchen?
Lautes Klopfen an der Tür reißt Alexander aus seinen Gedanken: „Ist da jemand?"
„Im Gegenteil!" faßt sich Alexander kurz. Er tut die letzten nötigen Handgriffe und entriegelt die Tür. Als er sich an der ungeduldigen Christel vorbeischiebt, wirft er einen Blick auf die cremefarbene Toilettentür. Der Filzschreiberling hat der „Toilette" ein „Toi, toi, toi" hinzugefügt und in jedem o ein säuberliches A untergebracht. „Wie witzig", denkt Alexander. Seine Uhr zeigt fünf vor zwölf.

Der Beitrag wurde dem Bremer INFO vom 10. Januar entnommen (Anschrift: c/o Buchladen Ostertor, Fehrfeld 60, 2800 Bremen, Tel. 0421/78528); den "Freundeskreis Freie Radios" aus Münster, Verfasser des legendären Radio-Buches, erreicht ihr über Zweitausendeins-Verlag, Postfach, 6000 Frankfurt 61, Tel. 0611/ 417081.

JAGT DIE MÄUSE

Wie die Staatsapparate nach freien Radios peilen. Eine Information mit viel praktischem Nutzen.

Frankfurt/Fessenheim, 20.Januar 1981

Die große Jagd . . .

Man muß sich eigentlich schon fragen, wovor sie denn solche Angst haben, jene Dutzende von Beamten, welche mit verbissenem Gesichtsausdruck tage- und nächtelang hinter hochkomplizierten Apparaturen den frechen Radiopiraten nachjagen. Ihre Erfolgsquote ist ja erstaunlich gering, vor allem auch, wenn man ihre technologische Überlegenheit in Betracht zieht: Ein paar alte Schuhschachteln voll Elektronik gegen Schränke ausgereiftester Big Brother Requisiten.
Hier einige Notizen aus der zivilen Funkaufklärer-Provinz.

Warum wir diesen, "nur" speziell für Radiobastler wichtigen Artikel hier abdrucken? Wir könnten getrost darauf verzichten, wenn es leicht zugängliche Literatur gäbe. Aber, wie schon erwähnt: aus mysteriösen Gründen gibt es zum Beispiel noch kein Radio-Buch bei Zweitausendeins!

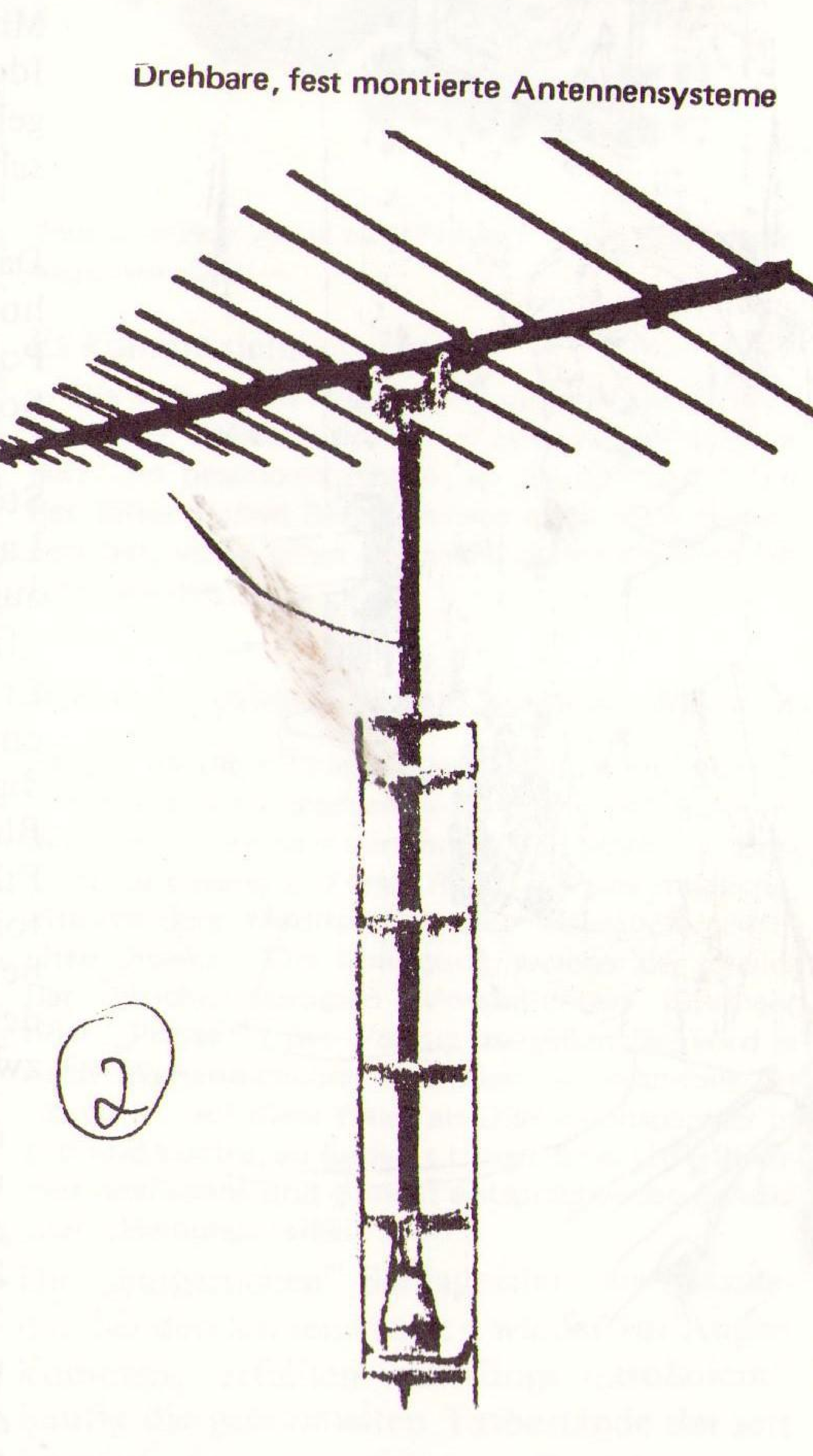


Logarithmisch periodische Breitbandantenne, hier in horizontaler Position (Bild 1: mit Rotor für Polarisationsebenenwechsel, Bild 2: zwei Sprechfunk-Rundstrahlantennen)

Fernpeilung

Um die Richtung eines einfallenden Senders zu erfassen, können verschiedene Methoden angewendet werden. Altbewährt sind drehbare, richtungsempfindliche Antennensysteme. Diese läßt man so lange um die Windrose kreisen, bis ein eindeutiges Empfangsmaximum (oder -minimum, je nach System) erreicht wird. Die Richtung, in welche die Antenne dann steht, kann auf einer Skala vom Peiloperateur abgelesen werden. Dieses Verfahren ist relativ zeitraubend, und drei Minuten dürften wohl ein Minimum an aufzuwendender Peildauer darstellen, besonders auch weil die Peiler ja nicht wissen können, ob horizontal oder vertikal polarisiert gesendet wird, sie müssen die Drehung also mit vertikal und mit horizontal gesteller Antenne durchführen. Der Vorteil dieser Methode liegt in ihrer hohen Zuverlässigkeit auch bei sich gegenseitig überlagernden Sendern oder starken Reflexionen. Es existieren auch schnelldrehende Antennensysteme (z.T. in den Messwagen der Deutschen Bundespost), welche aber in ihren Eigenschaften eher den automatischen Peilverfahren ähnlich sind. Bei diesen liefern die nicht drehbaren Antennen verschiedene Hochfrequenzsignale, welche die Richtungsinformation des angepeilten Senders als Phasendifferenzen enthalten. Diese Phasendifferenzen werden in speziellen Empfängern zu einem Meßwert verrechnet oder in etwas weniger komplizierten Systemen auf einem radarähnlichen Bildschirm mit Gradeinteilung als Strichmarke abgebildet. Auf jeden Fall ist das Peilergebnis bei guten Bedingungen sofort ablesbar. Die automatischen Verfahren haben den Nachteil, daß bei Reflexionen oder Interferenzen durch andere Sender die Interpretation des Peilergebnisses unmöglich sein kann.

Drehbare, fest montierte Antennensysteme

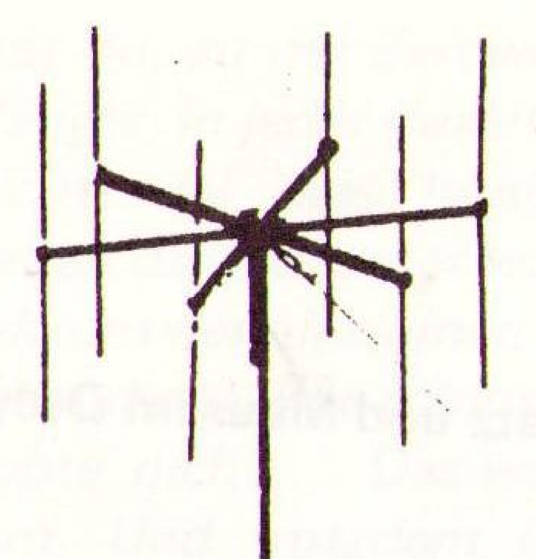


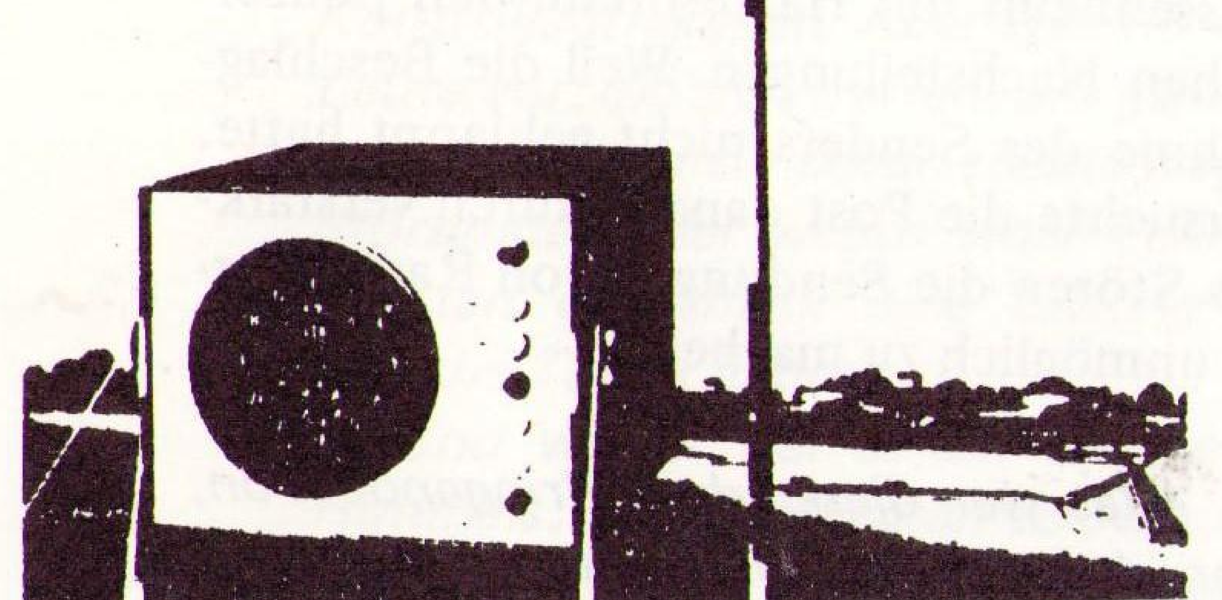
Zur Peilgenauigkeit: Die besten Resultate liefern die Drehantennen, welche an festen Standorten aufgebaut sind und komplett ausgemessen wurden, die störenden Einwirkungen von Gelände und Gebäuden können durch diese Messungen (sog. "Funkbeschichtung") teilweise kompensiert werden. Eine Genauigkeit von +/- 1 wird aber in keinem Fall unterschritten werden können. Unter mittleren Bedingungen muß eine Genauigkeit von 3 angenommen werden. Dieser Wert wird aber in Großstädten und gebirgigen Gegenden oft überschritten, da die topografischen Einflüsse nicht einberechnet werden können. Man darf hier davon ausgehen, daß in jedem Fall Nahbereichspeilungen durchgeführt werden müssen, da man sich auch auf zuerst eindeutig erscheinende Peilwerte nicht verlassen kann. Mit anderen Worten: wenn ein Pirat im Fadenkreuz dreier weniger Kilometer entfernter Peilstationen steht, müssen sie selber noch vorbeikommen und können die Polizei nicht gleich auf ein Haus loshetzen. Falls der Pirat von einem Funkturm aus sendet, sieht die Lage natürlich etwas anders aus, na ja.

Nahpeilung

Zur Nah- und Nächstpeilung können einfache Feldstärkemeßgeräte verwendet werden, mit denen solange durch die Gassen gewandert wird, bis der Zeiger wirklich nicht mehr hören will. Auffällig verhalten sich Benutzer solcher Geräte, wenn sie ihr Kästchen an Abflußrohre oder Blitzableiter halten, weil sie so recht eindeutig feststellen können, auf welchem Dach die Antenne steht. Die Radiowellen wandern nämlich mit Vorliebe metallischen Gebilden entlang. Auch das ständige Äugen nach Antennen ist ein gutes Erkennungsmerkmal, Ausreden wie "wir sind von der städtischen Schwalbennest-Schutzkommission" müssen auf jeden Fall genauestens geprüft werden. Die Feldstärkemesser können auch zusammen mit einfachen, richtungsempfindlichen Antennen verwendet werden. Es gibt Modelle, welche wie ein Gürtel um den Körper geschnallt werden. Die Anzeige kann dabei auf einer Armbanduhr-Attrappe erfolgen. Höchst verdächtig benimmt sich also auch, wer pirouettendrehend ständig die Uhrzeit kontrolliert (um schonendes Anhalten wird gebeten). Wesentlich angriffiger wirken Nahpeiler mit Ferritantennenstäben. Diese werden wie Richtmikrofone oder schalldämpfergeschützte Knarren unter dem Mantel getragen und lugen bald hier bald dort aus der meist ebenso unauffälligen Kleidung. Achtung: Besonders zu beachten sind langsam vorbeifahrende Wagen, auch wenn sie keine besonderen Aufbauten zeigen. Mit einer gewöhnlichen Autoantenne oder sogar vom Innern des Wagens aus können gut Feldstärkemessungen gemacht werden. Sehr verdächtig ist folgende Konstellation: zwei Personen im PKW, der eine sitzt allein auf dem Rücksitz (bei Rolls Royce ist diese Situation unverdächtig) und hantiert an irgendetwas.

Wenn man sich die Sendeantennen der verschiedenen Funkbenützer (Taxi, Streifenwagen, öffentliche Verkehrsmittel, Citizens Band und andere) ansieht, erkennt man leicht den Unterschied zwischen ihnen und normalen Radioantennen. In einer Broschüre über den Verfassungsschutz aus Hamburg sind einige 'Tarn'-Funkantennen abgebildet.





VHF-Kleinpeiler PA 002 (Fotomontage des Antennensystems zusammen mit dem Empfangs-, Auswerte- und Anzeigegerät)

Wie leicht aber bei der Erkennung von Antennen Irrtümer unterlaufen können, zeigt das Beispiel aus Bremen, wo Stadtpeilbullizanten einmal einen harmlosen CB-Funker für eine mobile Sendestation von 'Radio Zebra' hielten (der CB-Funker lebt glücklicherweise noch). Bei der Abkehr von Nahpeilern vereint sich technischer Verstand und psychologische Erfahrung zu einer unschlagbaren Waffe (natürlich außer, sie riegeln das Quartier mit Fallschirmspringern und Panzern ab!).

Diese Ausführungen erstrecken sich nur auf den technischen Teil der postalischen Aufstöberungsaktionen, peinlich kann es natürlich dann werden, wenn der den Peiloperateur begleitende Bulle seinem Kollegen von der Post, der gerade ins falsche Haus rennen will, auf die Schulter tippt und unmißverständlich auf den richtigen Standort zeigt, nur weil die höchst geschickt getarnte Sendeantenne auf dem Dachboden einer stadtbekannten Wohngemeinschaft aufgebaut ist. Neben allen technischen Überlegungen sollte man nicht vergessen, daß auch mit den altbewährten Methoden des Polizeistaates gearbeitet wird. Oder anders gesagt: Oft liefert der Computer ein genaueres Peilresultat als die hochempfindlichen Empfänger der Post.

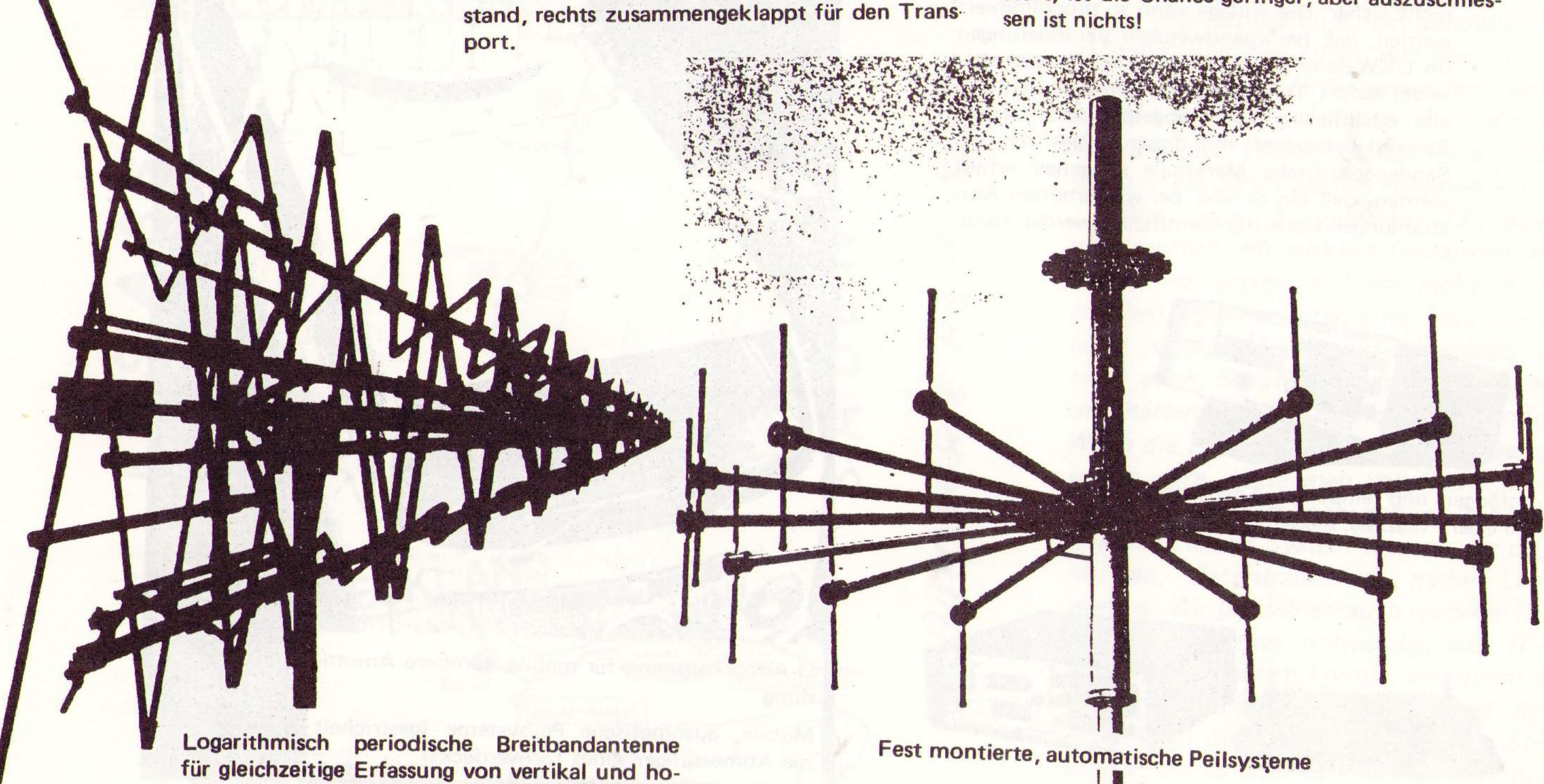
Peilantennensystem AP 015 für den Frequenzbereich 20 bis 200 MHz; oben im Betriebszustand, rechts zusammengeklappt für den Transport.



Einpolige Adcockantenne, montiert auf dem Dach eines Kleinwagens

Peilen und Stören

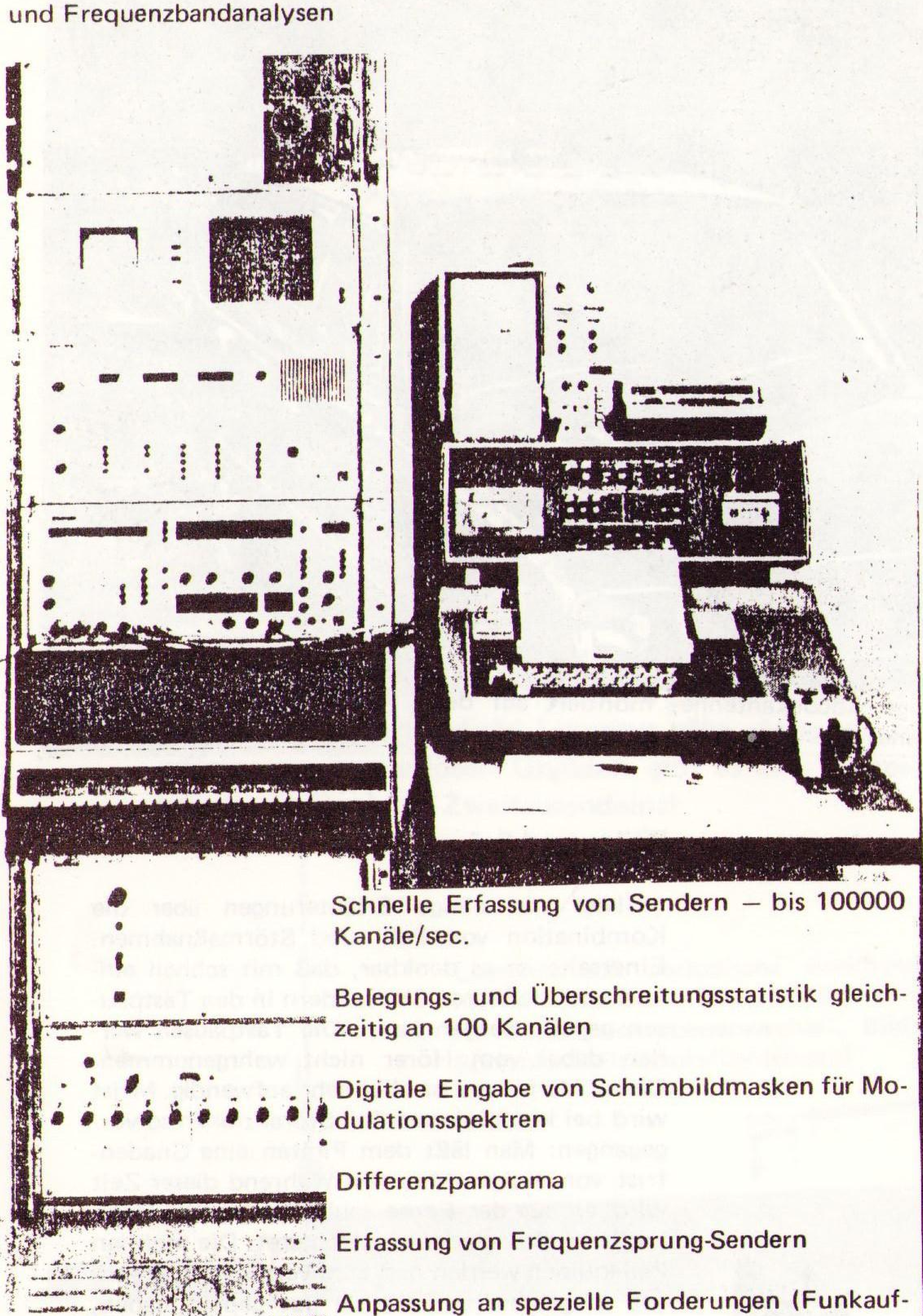
Hier nur einige Erläuterungen über die Kombination von Peil- und Störmaßnahmen. Einerseits ist es denkbar, daß mit schnell ein- und ausschaltbaren Störsendern in den Tastpausen gepeilt werden kann. Die Tastpausen werden dabei vom Hörer nicht wahrgenommen. Dieses Verfahren ist aber sehr aufwendig. Meist wird bei kombinierten Peil-Störaktionen so vorgegangen: Man läßt dem Piraten eine Gnadenfrist von einigen Minuten. Während dieser Zeit wird er aus der Ferne sauber angepeilt. Dann wird der Störsender eingeschaltet. Die mobilen Peilequipen werden nun zum vermuteten Standort vorgeschickt. Falls sie gut gepeilt haben, werden die Peilwagen das Nahfeld des Senders ohne weitere Peilungen aus mittlerer Distanz erreichen, was sich darin äußert, daß der Pirat trotz eingeschalteter Störer hörbar und peilbar wird. Wird das Zielgebiet verpaßt, muß die Störung noch einmal unterbrochen werden, um weitere Peildaten zu sammeln. Das heißt also: Wenn gestört wird, kann auch gepeilt werden. Wird der Sender von der ersten Sekunde weg gestört, ist die Chance geringer, aber auszuschliessen ist nichts!



Logarithmisch periodische Breitbandantenne für gleichzeitige Erfassung von vertikal und horizontal polarisierten Emissionen

Fest montierte, automatische Peilsysteme

Automatisches System für Funküberwachung und Frequenzbandanalysen



Schnelle Erfassung von Sendern – bis 100000 Kanäle/sec.

Belegungs- und Überschreitungsstatistik gleichzeitig an 100 Kanälen

Digitale Eingabe von Schirmbildmasken für Modulationsspektren

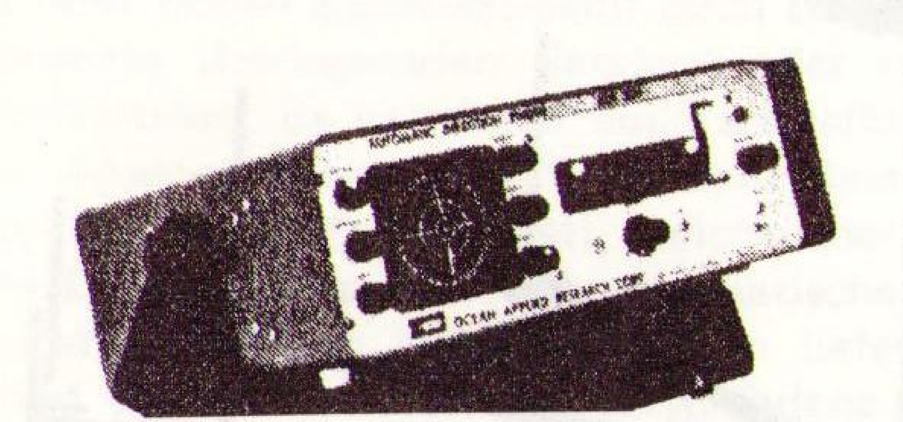
Differenzpanorama

Erfassung von Frequenzsprung-Sendern

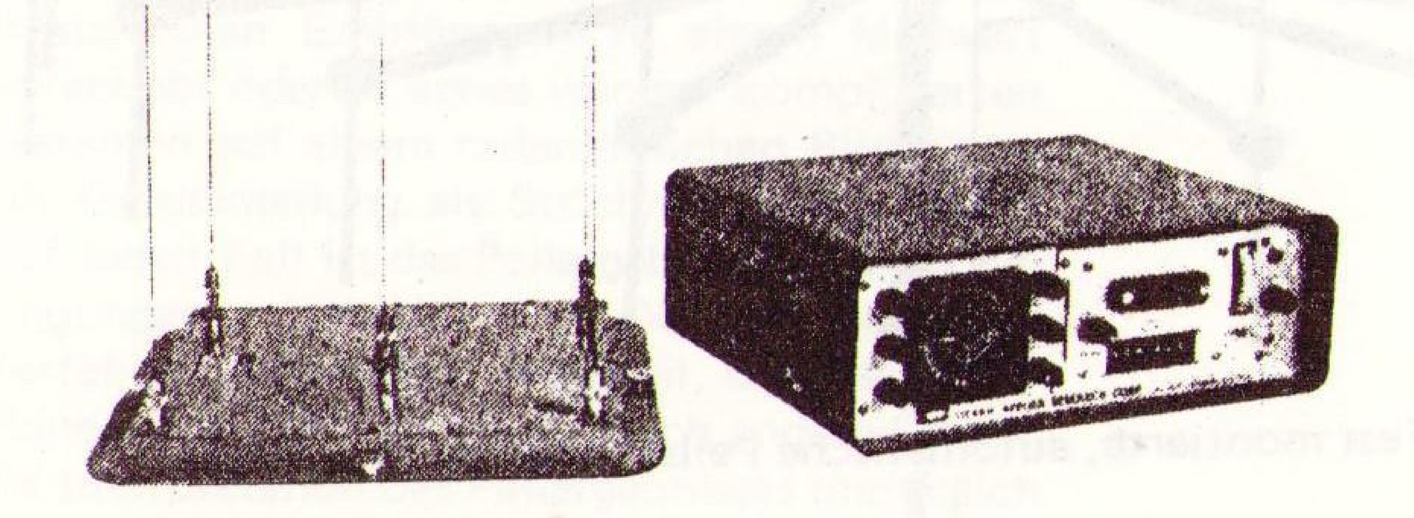
Anpassung an spezielle Forderungen (Funkaufklärung) durch Software

Ansicht einer vollautomatischen Funküberwachungsstation:

Sie ist computergesteuert und kann über Telefonleitungen von Außenstationen Peildaten abfragen. Bis jetzt sind bei der DBP mindestens vier solcher Anlagen in Betrieb (sicher je eine in München und Darmstadt). Ob fernbediente unbemannte Peiler bereits eingesetzt werden, ist nicht sicher. Die Anlage kann so programmiert werden, daß bei irgendwelchen Veränderungen im UKW-Band (oder sonst einem Frequenzbereich) sofort Tonaufzeichnungen anlaufen und alle erhältlichen Daten abgespeichert werden. Es wird behauptet, mit dieser Anlage könnten Sender-spezifische Merkmale so genau erfaßt werden, daß ein Sender bei wiederholten Ausstrahlungen eindeutig identifiziert werden kann.



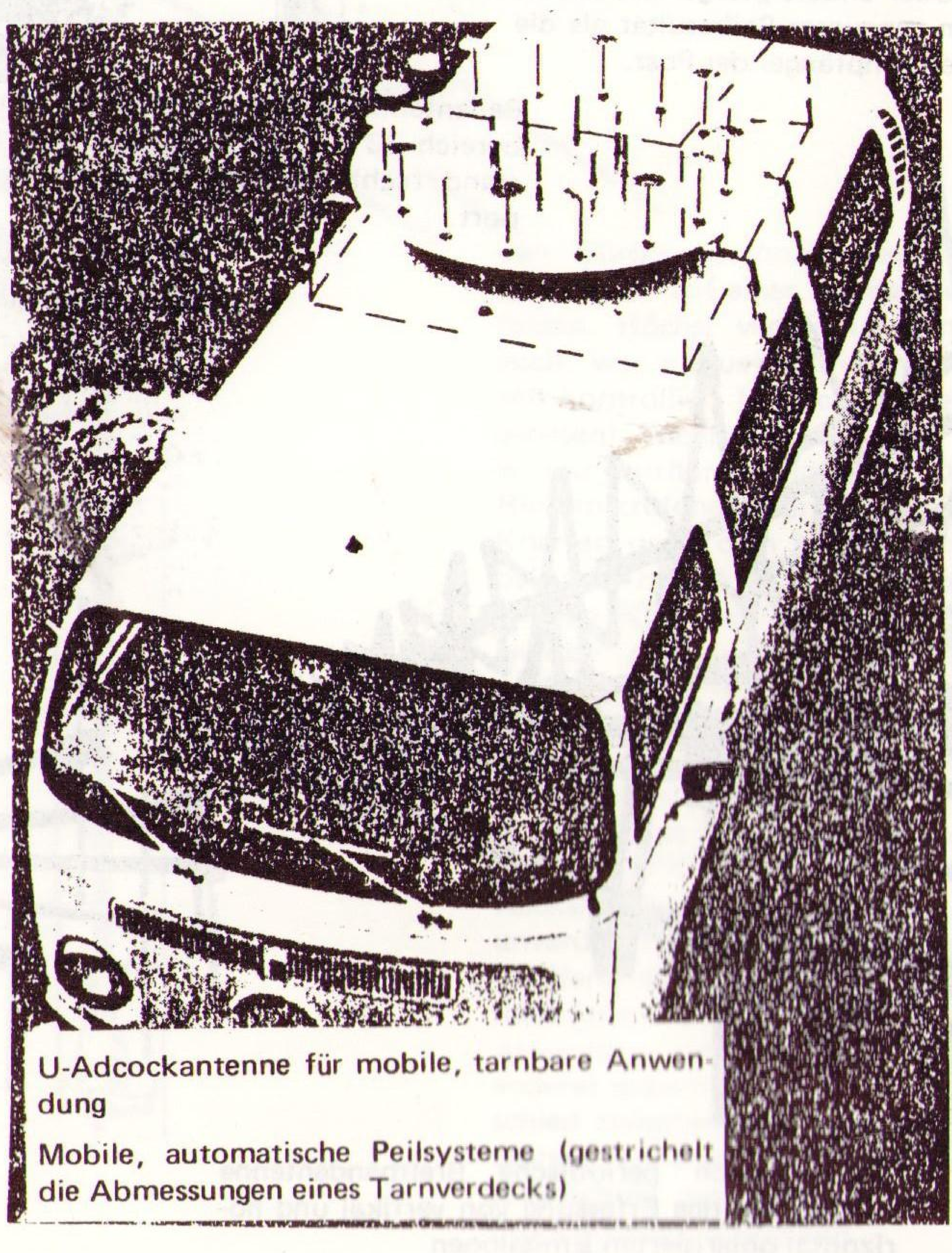
Empfänger und einpolige Adcockantenne für Auto oder Flugzeug, Modell 320



Katz und Maus im Dreyecksland

Am 3. September 1977 entgingen die Leute und der Sender von Radio Verte Fessenheim um Haaresbreite den polizeilichen Nachstellungen. Weil die Beschlagnahme des Senders nicht geklappt hatte, versuchte die Post danach durch verstärktes Stören die Sendungen von Radio Verte unmöglich zu machen.

"Das war dieser durchdringende Ton, den du ja kennst, und dagegen war nicht viel zu machen. Damals hatten wir immer noch nur den einen 15-Watt-Sender. Das dauerte mehrere Monate. Mal kamen unsere Sendungen rüber, mal nicht. Das war sehr entmutigend. Wir marschierten drei Stunden, um senden zu können, der erste Schnee fiel, der Winter kam, wir sendeten von Bergen aus ... Und wenn wir dann wieder runterkamen, hörten wir, daß es nicht geklappt hatte. Mal war's ne technische Panne, mal die Störsender. Das war wirklich eine sehr öde Zeit im Herbst '77. Zweimal hintereinander haben wir nicht gesendet, oder besser gesagt, wir haben gesendet, aber aus technischen Gründen hat's nicht geklappt. Einmal ist das Antennenkabel durchgeschmort, ein anderes Mal war ein Kurzer im Verstärker, aber wir wußten es nicht mal, hatten es nicht mitbekommen.



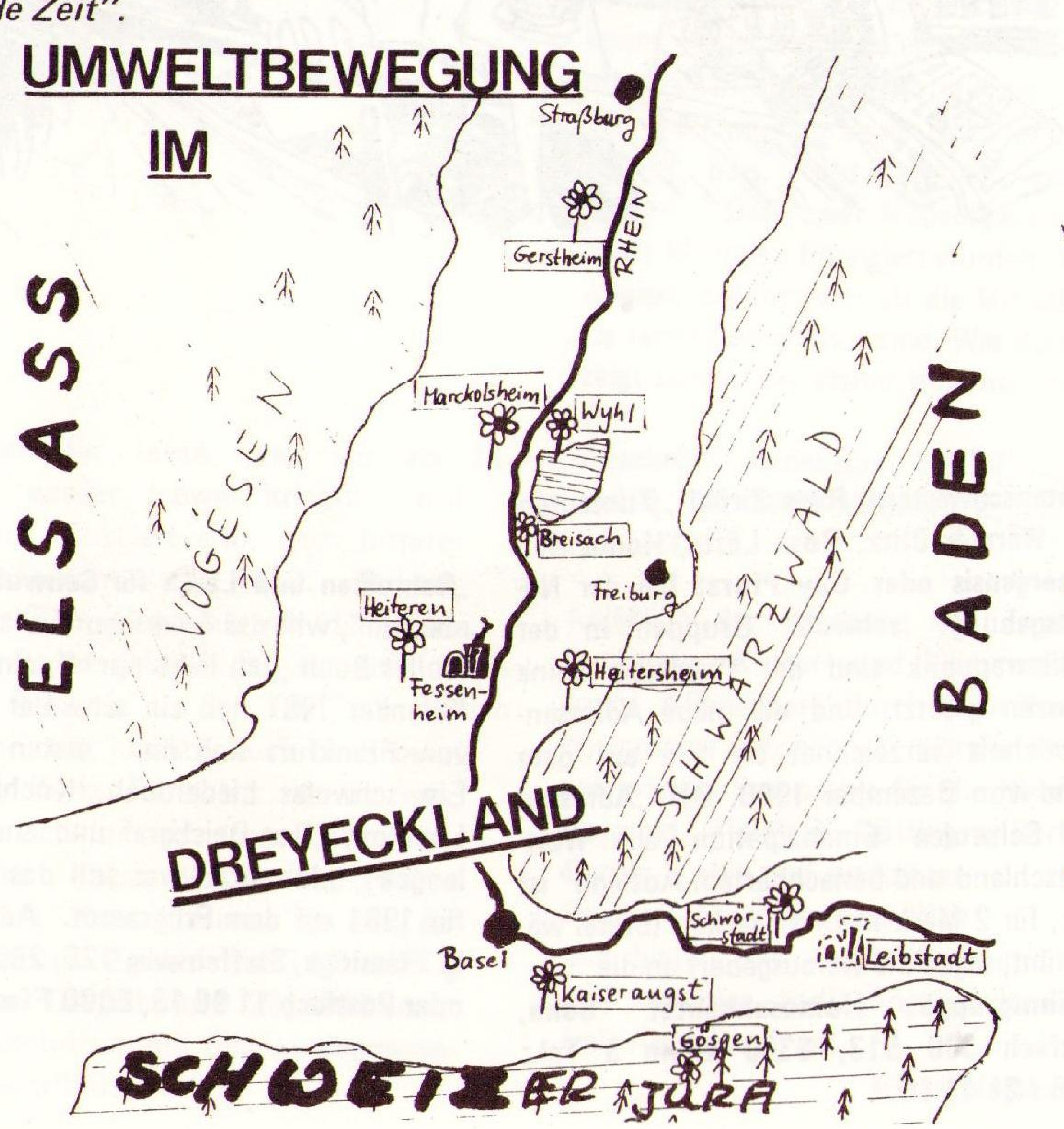
U-Adcockantenne für mobile, tarnbare Anwendung

Mobile, automatische Peilsysteme (gestrichelt die Abmessungen eines Tarnverdecks)

Weißt du, zu der Zeit waren wir richtige Anfänger, in jeder Beziehung. Wir wußten nicht mal, was Impedanz ist. Wir wechselten die Rekorder wie unser Hemd. Mal lieh uns der eine einen Rekorder, mal jemand anderes. Wir schlossen ihn an und es klappte nicht ... Das war wirklich Bastelkram. Und trotzdem hörten uns die Leute. Schon damals bekamen wir so 15 Briefe pro Woche, die sollten uns Mut machen, aus dem Elsaß, dem Badischen und der Schweiz. Einige Leute machten auch Kontrollaufnahmen. Aber stell dir mal die Leute vor, die sich treffen, um gemeinsam zu hören, und sie hören nichts wegen der Störsender oder wegen einer Panne. Wir mußten da schnell eine Lösung finden und die Taktik ändern.

Und wieder war es ein Geschenk des Himmels: Von Anfang an schrieb uns ein Typ jede Woche und schickte einen sehr genauen Empfangsbericht, mit dem wir damals nicht viel anfangen konnten, Sachen in der Art: "Eure Reichweite: gut, aber leichte Frequenzverschiebung. Modulation zu stark in der unteren Mitte. Ihr solltet die Höhen anheben, indem ihr die Quellen unterschiedlich behandelt, womit ihr die unterschiedliche Färbung jeder Sequenz ausgleicht". Anfangs waren wir sehr mißtrauisch und fragten uns, ob das nicht ein Bulle sein könnte. Wir waren da sehr vorsichtig und dann, nach einiger Zeit sind wir zu ihm gegangen. Die Woche drauf haben wir ihn mit zu uns genommen, um eine Aufnahme zu machen. Wir kannten ihn vorher überhaupt nicht, er war keiner von den Aktiven — wir nennen ihn übrigens "le pere tranquille" (stillen Vater) — nein, er war einfach von der Technik begeistert und an unseren Unternehmungen interessiert. Er wurde unser Techniker. Glücklicherweise, denn es wurde Zeit".





— "Was hat das an eurem Sendebetrieb geändert und, vor allem, wie seid ihr mit der Störsenderei fertig geworden? Denn ich nehme ja an, daß die nicht mit der Ankunft des Technikers aufhörte, selbst wenn er ein Sendbote des Himmels war".

"Was uns am 3. September '77 passiert war, machte uns wirklich Gedanken. Wir haben uns gesagt, daß wir nicht in der gleichen Weise weiterarbeiten konnten. Es hätte wenig gefehlt, und wir wären mit samt allen Geräten geschnappt worden und hätten uns im Knast wiedergefunden. Wenn die Polizei ein bißchen schlauer gewesen wäre, hätte man von Radio Verte Fessenheim nichts mehr gehört. Wir mußten ein anderes System finden, uns organisieren, dezentralisieren, mehr Leute werden. Wir brauchten auch mehrere Sender, denn es war notwendig, daß RVF auch weitermachen könnte, wenn mal ein Sender beschlagnahmt würde. Und dann gab's noch die Geschichte mit den Störsender, die so oder so gelöst werden mußte. Wir hatten zwei Möglichkeiten: end-

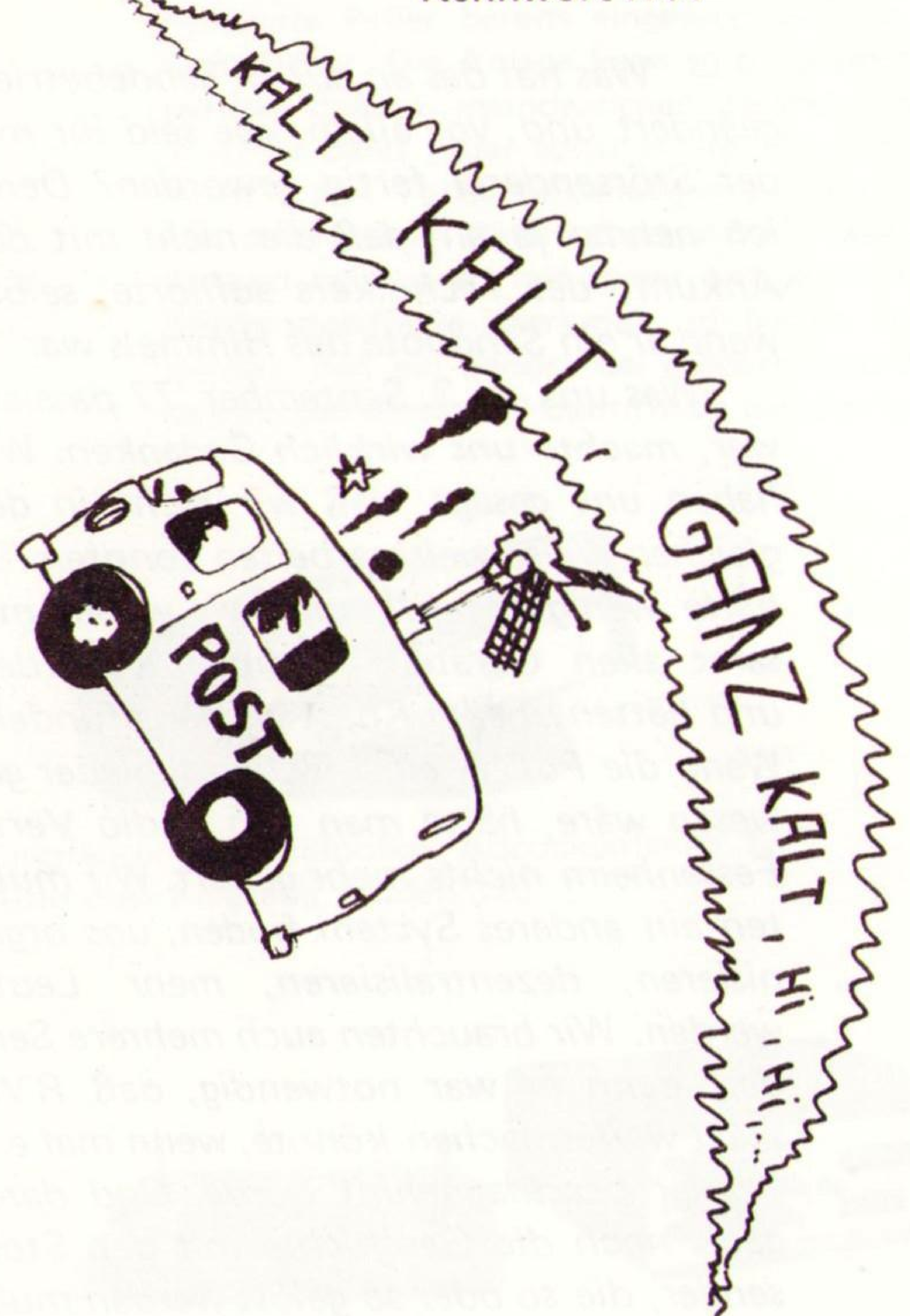
weder die Senderleistung zu erhöhen oder die Anzahl der Sender. Wir haben das lange mit dem Techniker besprochen. Er hat uns erklärt, daß wir, selbst wenn wir einen Sender von einem KW hätten, nicht gegen den Störsender ankönnten. Die einzige Möglichkeit war, eine große Anzahl kleiner Sender zu bauen und sie im ganzen Sendegebiet zu verteilen. Sie wären dann in den einzelnen Orten zu hören, denn der Störsender kann sich um so weniger durchsetzen, je kürzer die Entfernung zwischen Hörer(inne)n und Piratensender ist. Außerdem erlaubte uns das, auf verschiedenen Frequenzen zu senden, die dann nicht alle gleichzeitig gestört werden konnten. Das war hervorragend, denn es paßte außerdem genau zu unserer "Theorie": Einem zentralistischen System setzten wir ein dezentrales entgegen. Das erlaubte uns, näheren Kontakt zur Bevölkerung zu bekommen und sie aktiver an unserem Projekt teilhaben zu lassen. Unser Technikfreund machte sich an die Arbeit und fing an, kleine Sender zu bauen. Ende '77 hatten wir sechs Sender, heute haben wir 15"

Das war zum Zeitpunkt des Gesprächs im Jahre '79. Heute hat Radio Verte mehr als 20 Sender.

Kontakt zu Liebhabern der Diskussion über freie Radios, technisch-politisch-ästhetisch: Über ID.

Kontakt für Baden:
"Was Wir Wollen"
Wilhelmstr. 15
78 Freiburg

Spendenkonto:
L. Stärk
Postscheck Karlsruhe
Nr. 169628-750
Kennwort RVF



Printenschwestern, Rosa Zirbel , Tuntenterror, Warmer Blitz, Rosa Lüste, Homo Heidelbergensis oder Gay Pforz: bei der Namensgebung schwuler Gruppen in der Bundesrepublik sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt, und das neue Adressenverzeichnis verzeichnet sie alle auf dem Stand von Dezember 1980. Die „Adressen zur Schwulen Emanzipation aus Westdeutschland und benachbartem Ausland" ist euer, für 2 Mark in Briefmarken (besser wären fünf, sagen die Herausgeber) an die **Aktionsgruppe Homosexualität Bonn, Postfach 300 513, 5300 Bonn 3 Tel.: 0228 / 21 49 16**

„Schreiben und Lesen für Schwule nutzbar machen", will das Flamingo Kollektiv. Rolf Wolles Buch „Ich liebe mich", ein schwuler Kalender 1981 und ein schwuler Stadtplan von Frankfurt sind die ersten Arbeiten. Ein schwules Liederbuch, Kochbuch und Lexikon, „Der Deichgraf und anderes Verlangen", „Identität, was soll das ?" stehen für 1981 auf dem Programm. **Adresse: Villa Flamingo, Steffensweg 126, 2800 Bremen oder Postfach 11 90 13, 6000 Ffm 2**

Kurze



Zentralorgan für Ideen, „wie wir die Tageszeitung wieder schwul kriegen", will Thomas aus Stuttgart sein, nach bitterer Enttäuschung vom Herbst 1980: „ Seit der Posten des Schwulenredakteurs dem Rotstift zum Opfer gefallen ist, tut sich nichts mehr für Schwule in der TAZ". An einen ihrer Ansprüche, nämlich auch für Schwule, Trinen, Kerls, Pädos etc. da zu sein, erinnert sie sich nur noch ungern. Ähnlichen Zorn äussern sieben Männer und Frauen aus Würzburg. **Kontaktadresse für alle, denen „die schwule Zukunft der TAZ wichtig ist": Thomas Ott, Ahornstr. 26, 7000 Stuttgart 70** (Zuschriften mit Bild werden garantiert weggeworfen).

Ein Reiseführer für das Fahrradwandern soll im Frühsommer '81 erscheinen. Aus diesem Grund hat das Fahrradbüro Berlin einen Fragebogen entwickelt, der in einer Reihe von Komplexen (43 Fragen) die Erfahrungen vieler Einzelner, für die Urlaubsplanung aller Radwanderer nutzbar zu machen sucht. Gefragt wird nach den Erfahrungen beim Transport, nach den verschiedenen Gangschaltungen, mit denen das Fahrrad ausgerüstet war, nach Regenkleidung, Kartenmaterial, Unterbringung, Versicherung, Reaktionen der Autofahrer unterwegs und vieles andere mehr.

Wer den Fragebogen ausfüllt, oder statt dessen auch seine Fahrradroute – eine kurze oder längere Schilderung dazu – mitteilt und so das Schreiben des Fahrradreisebuchs unterstützt, der nimmt teil an der Verlosung von Damen- und Herren-Sporträdern der Firma Kalkhoff.

Einsendeschluß für die Verlosung ist der 20. Februar '81. Auch danach sind die ausgefüllten Fragebogen oder Routenschilderungen willkommen, nur bleiben sie von der Verlosung ausgeschlossen.

Bitte legt Euren Schreiben, um Zusendung eines Fragbogens, einen fertig adressierten und frankierten (0,60 DM) Briefumschlag bei.

Kontakt: Fahrradbüro Berlin, Bernhard Hartmann, Crellestr. 6, 1000 Berlin 62, Tel.: 030/781 49 28.

„Türspalt" soll eine neue Zeitung heißen, „die sich vorwiegend mit der Psychiatrie in Münchens 'Dunstkreis' auseinandersetzt". Die Gruppe von Profis, Laien und Betroffenen aus der Psychiatrie, die vierteljährlich den „Tütspalt' herausbringen wird, will „etwas mehr Licht ins Dunkel der Psychiatrie bringen, in dem wir den Türspalt dorthin groß und etwas größer machen" und „denen, die diese Psychiatrie erleiden mußten und müssen, Möglichkeiten zu bieten, ihre Erfahrungen, ihre Eindrücke und ihr Erlebtes einer interessierten Öffentlichkeit mitzuteilen"; schließlich will sie „über das 3as im Zusammenhang mit Psychiatrie geschieht, bzw. nicht geschieht, kritisch berichten". Daß zwei Nullausgaben von der Stadt München finanziert wurden, läßt nicht weniger aufhorchen, als die Mitteilung, daß sie restlos vergriffen sind. Was daraus wird, zeigt sich in der ersten Nummer im Februar 1981.

Anschrift: Redaktion TÜRSPALT, Westendstr. 18, 8000 München 2, Tel.: 089 / 50 97 37

Anläßlich der Räumung und Zerstörung des Detmolder Kultur- und Kommunikationszentrums **'Klingenberg'** durch einen Haufen Staatsbedienstete betonen wir hiermit unsere uneingeschränkte Sympathie für alle Hausbesetzer in Detmold, Bielefeld, Göttingen, Berlin, Zürich, Danzig, Tokio und Anderswo,
für alle Taten gegen diese Welt
und bieten den Regierungen und Stadträten ihre sofortige bedingungslose und gebührenfreie Abdankung an!

Glitterpinguins, Bielefeld

Die Atzmühle ist geräumt!Die seit Monaten besetzte Mühle, gelegen im Schwarzbachtal zwischen Hofheim und Lorabach im Taunus, wurde am 19. Januar 1981 von Polizeieinheiten geräumt. Zur Zeit der Räumung befanden sich gerade vier Besetzer auf dem Gelände, die angesichts der draußen versammelten Übermacht keinerlei Widerstand leisteten. Die Begründung der Baubehörde für den Abriß klingt wie ein Hohn („Baufälligkeit") – waren es doch gerade die Besetzer, die die alten, zum Teil noch sehr gut erhaltenen Gebäude (darunter ein Fachwerkhaus) herrichteten. Erst jetzt ist überhaupt ein lebensgefährlicher Zustand geschaffen worden: im Keller eines Gebäudes spielten zwei Tage später Kinder – über ihnen befanden sich Tonnen von Bauschutt (das Gelände ist völlig ungesichert)! Nach dem Willen des Besitzers soll, in gutem Einvernehmen mit der Stadt Hofheim, hier ein Freizeitzentrum (u.a. Tennis- und Squash-Anlagen) entstehen; auf ein Jugendzentrum hingegen werden die Hofheimer Jugendlichen weiter warten müssen. **Kontakt: Nanni Pfannkuch, 6238 Hofheim, Tel 06192 / 24 100**

Die erste Knastbesetzung in der Geschichte der Bundesrepublik fand am 4. Dezember 1980 in Marburg statt. Marburger Studenten und andere Wohnungssuchende instand- besetzten das seit langem leerstehende Gebäude des ehemaligen Marburger Stadtknasts (heute werden Gefangene in Schwalmstadt „untergebracht") und richteten sich bei Kerzenlicht und Plumpsklo wohnlich ein, denn die Stadt hatte Wasser und Strom schleunigst abgedreht. Außer zum Wohnen für ganze Gruppen eignet sich der „Knast - Palast" auch für alle möglichen Kultur-, Medien-, Handwerksgeschichten als Zentrum.

Soweit die euphorische Utopie. Jetzt die nackte Realität: Seit Montag, 26.1.81, steht der Knast wieder so da wie zuvor, nämlich leer. Wieder einmal hat die Hinhaltetaktik der Hausbesitzer (Unipräsident Kröll) zur Abschlaffung der Besetzer und Sympis geführt. Ohne konkretes Druckmittel in der Hand hofft man jetzt die zwei versprochenen Wohnungen (kleiner Teil des Gesamtknasts) zu bekommen.

Nun denn, Marbug ist (noch?) nicht Kreuzberg.

(Einen besonders schönen Gruß von Richard und Waldemar vom ID, die nach einer Medienveranstaltung der Marburger Sponti - Liste für eine Nacht in diesem Knast landeten).

Kontakt: Karl Nast, Wilhelmstrasse 17, 3550 Marburg, Tel.: 06421 / 1 46 10

BAYERN BRAUCHT SIEBEN AKW's.ODER?

Landeskonferenz der Atomgegner am 14.Februar in Nürnberg

Die bevorstehende Aufhebung des Baustops für Brokdorf, die Genehmigungsverfahren nach der sog. Baulinie '80 und die "Entsorgung" sind Probleme, mit denen sich die Anti-AKW-Bewegung auseinandersetzen muß. Dabei sollte nicht nur nach Norden geschaut werden, denn auch die Bayern lassen sich nicht alles gefallen. Der folgende Artikel zeigt das Atomprogramm für die BRD und Bayern, den Stand der Diskussion innerhalb der Anti-AKW-Bewegung und knüpft daran einen Aufruf für eine Landeskonferenz am 14. Februar in Nürnberg an.

Der erste Unfall, bei dem Arbeiter in einem AKW getötet wurden, geschah in Bayern. Nicht nur die Atomwirtschaft versucht aufzuholen, auch die bayerische Anti-Atom-Bewegung beginnt hoffentlich mit der Aufarbeitung ihres Nachholbedarfs.

Nach nunmehr drei mageren Jahren für die Atommafia, während denen kein einziges Atomkraftwerk (AKW) genehmigt wurde, sollen nun die fetten Jahre eingeläutet werden. An mehreren Fronten wollen sie den faktisch bestehenden Genehmigungsstop in einer Situation durchbrechen, die gekennzeichnet ist durch Ermüdungserscheinungen in der AKW-Bewegung und durch die sich abzeichnende größte Wirtschaftskrise nach dem zweiten Weltkrieg mit Millionen Arbeitsloser. Argumentiert wird nicht mit dem damit verbundenen geringeren Energieverbrauch, der alle diesbezüglichen Prognosen über den Haufen wirft und auch nicht mit Programmen zu Energieeinsparungen. Stattdessen wird versucht, mit der die Wirklichkeit auf den Kopf stellenden Behauptung, AKWs würden Arbeitsplätze schaffen, die Ängste der Menschen vor Verlust des Arbeitsplatzes skrupellos für ihre unverantwortlichen Atompläne zu mißbrauchen. Zudem soll Atomstrom des teure Öl ersetzen und damit über geringere Importe die negative Handelsbilanz ausgleichen helfen: Mehr AKWs, damit jeder Bundesbürger auch künftig im Ausland Urlaub machen kann! (Überlegungen des Bundesforschungsministeriums).

Vor diesem Hintergrund muß der atomare Angriff gesehen werden. Strategisch wichtigste Punkte sind hierbei Brokdorf, Baulinie 80 und die "Entsorgung".

Brokdorf - Weiterbau droht

Die Bundeskonferenz der Atomgegner war kaum beendet, da wurde schon der Weiterbau von Brokdorf seitens der Bundesregierung und der Kieler CDU-Landesregierung angekündigt. Das AKW, das zu einem Symbol des Widerstands geworden ist und gegen dessen Weiterbau sich auch die SPD Hamburgs und Schleswig-Holsteins ausgesprochen hat, rückte wieder in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Eine Demonstration mit 7-10000 Teilnehmern am 21. Dezember drückte die Entschlossenheit der AKW-Gegner aus, den Weiterbau zu verhindern. Entschieden wir hierrüber nach dem Hamburger SPD-Sonderparteitag Ende Januar 1981. Sollten dann die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) mit ihrer 50%-Beteiligung aussteigen, wollen die Genossen in Bonn mit der Preußen Elektra, eine Tochtergesellschaft des bundeseigenen Veba-Konzerns, für sie einspringen. Wenn der Weiterbau beschlossen werden sollte, wird Brokdorf sicherlich zu einem der Schwerpunkte des Widerstands in der nächsten Zeit werden. (Verwaltungsgericht Schleswig hat Einsprüche der AKW-Gegner zurückgewiesen/ID)

Sieben auf einen Streich

Mindestens sieben AKWs, darunter Ohu 2 und ein weiteres in Bayern, sollen mit Hilfe eines standardisierten Genehmigungsverfahren, der Baulinie '80, durchgesetzt werden. Danach soll nicht mehr wie bisher für jedes AKW ein gesondertes Genehmigungsverfahren durchgeführt werden, sondern für alle AKWs eines bestimmten Bautyps soll ein einheitliches Genehmigungsverfahren mit einem Sicherheitsbericht und einem Gutachten ausreichen. (siehe ID 354)

Ziel dieses Vorhabens ist es, an einer Stelle ein Mustergenehmigungsverfahren durchzubringen nach der Devise: "Wenn es an vielen Punkten versucht wird, muß es an einigen auch funktionieren." Ist dies gelungen, so ist die Durchsetzung der anderen bautypgleichen AKWs kein großes Problem mehr und der faktische Genehmigungsstop ist auf breiter Ebene durchbrochen.

Wohin mit dem Atommüll

Von nicht minderer Bedeutung ist die Frage der Beseitigung und Lagerung des Atommülls, was beschönigend als "Entsorgung" bezeichnet wird. Die AKW-Betreiber stehen vor dem Problem, daß sie nicht wissen, wo sie den Atommüll lagern können, und daß bei fehlendem Entsorgungsnachweis schon bestehende AKWs abgeschaltet werden müßten und neue keine Betriebsgenehmigung erhalten würden.

Kurzfristig sollen die abgebrannten Brennelemente in Kompaktlager kommen. Das sind Lagerbecken in den AKWs, die mit Bortrennscheiben versehen sind und ein Vielfaches der sonst üblichen Menge an abgebrannten Brennelementen aufnehmen müssen. Vier solche Lager sind bereits genehmigt: Biblis A und B, in Bayern Grafenrheinfeld und Ohu 1. Beantragt wurden Kompaktlager unter anderem für die bayerischen AKWs Ohu 2 und Grundremmingen 2. Mittel- und langfristig jedoch sind Zwischenlager, Endlager und Wiederaufbereitungsanlagen (WAAs) für die Betreiber unumgänglich.

Zwischenlagern . . .

Nachdem eine WAA in Gorleben politisch nicht durchsetzbar war, wird nun versucht, statt einer großen mehrere kleine WAAs zu bauen. In Hessen wurde bereits ein Kriterienkatalog für Standorte erstellt und 12 Orte sind in die engere Auswahl genommen worden. Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß derzeit Volksmarsen für dieses Projekt favorisiert wird. Der kleine Ort liegt etwa 40km westlich von Kassel und erfüllt alle wesentlichen Voraussetzungen. Während die Volksvertreter schon Berechnungen darüber anstellen, was für sie und die Gemeinde dabei finanziell herausspringen könnte, hat sich in dem Ort bereits eine Bürgerinitiative gegen die WAA gebildet und auf einer ersten Bürgerversammlung kamen über 500 Menschen. Der Baubeginn der WAA mit einer geplanten Jahreskapazität von 350 Tonnen soll noch vor 1985 sein.

Eine Anlage in der gleichen Größenordnung ist auch für Rheinland-Pfalz im Gespräch. 1984 soll hierfür der Standort bestimmt werden, der wahrscheinlich im Gebiet der Südpfalz oder im Westerwald liegen dürfte. In Bayern wird ebenfalls der Bau einer WAA verfolgt (siehe unten).

ATOMMÜLLAGER IN DER BUNDESREPUBLIK



Forciert vorangetrieben werden die Pläne für ein Trockenzwischenlager bei Gorleben, wo 1500 Tonnen abgebrannter Brennelemente in umgewandelten Transportbehältern lagern sollten. Am 28.1. 1981 findet hierüber eine öffentliche Anhörung statt, noch im selben Jahr soll mit dem Bau begonnen werden, um 1983 den Betrieb der ersten atomaren Müllkippe der BRD aufnehmen zu können.
Zweiter großer Atommüllabladeplatz soll Ahaus werden. Im Herbst dieses Jahres ist die Wiederaufnahme des 1978 abgebrochenen Erörterungstermins für ein Trockenzwischenlager vorgesehen. Kleinere Atommüllager sind noch für Würgassen, Stade, Jülich und Karlsruhe vorgesehen.

. . . oder versenken?

Nachdem sich der Atommüllberg Japans auf über 250 000 Fässer angehäuft hat und zudem noch die dortige WAA wegen Defekten außer Betrieb ist, will die dortige Atomindustrie sich des Problems durch Versenkung des Mülls in den Pazifik entledigen. Geplant ist eine "Probeversenkung" von 5-10000 Fässern bis März 1981. Die Folge davon wäre eine Verseuchung der Gewässer durch radioaktive Nahrungsketten für viele Generationen, die nicht mehr rückgängig zu machen ist. Wenn dies nicht verhindert wird, werden weitere Versenkungen vorgenommen werden, nicht nur durch Japan, sondern auch durch die USA und Europa. Dagegen läuft eine Briefaktion mit der Boykottdrohung japanischer Waren.

Bayern bleibt nicht verschont

Wie erst vor kurzem F.J. Strauß in seiner Regierungserklärung bekannt gab, soll auch Bayern eine eigene WAA bekommen. Mit einer jährlichen Kapazität von 700 Tonnen soll sie gleich doppelt so groß wie die in Hessen geplante werden. Ein Standort hierfür wurde offiziell noch nicht benannt, um möglichst keinen Widerstand aufkommen zu lassen.
Einem Bericht der Regensburger Zeitung "die Woche" vom 10.12.80 zufolge, sind jedoch Probebohrungen und geologische Untersuchungen für eine WAA im Raum Schwandorf-Wackersdorf bei Regensburg vorgenommen worden. Nach offiziellen unglaubwürdigen Angaben soll es sich hierbei um Untersuchungen über Kohlevorkommen handeln.
Ein Lager für schwach- und mittelaktiven Müll ist bei Mitterteich geplant. Dieses Vorhaben hat die Bevölkerung der betroffenen Umgebung aufgeschreckt und zur Bildung von Bürgerinitiativen dagegen geführt. Eine Demonstration mit über 5000 Teilnehmern aus der Region zeigte auf eindrucksvolle Weise, daß sich auch Bayern nicht alles gefallen lassen.

Energieplan für Bayern

Der Energieplan für Bayern gibt der Atomenergie eindeutig den Vorzug und sieht deren zügigen Ausbau vor. Während 1978 noch der Anteil der Atomenergie an der Primärenergie in Bayern 1,5% betrug, soll er bis 1995 auf 20% steigen und längerfristig 40% ausmachen. Realisiert werden sollen diese Pläne durch

- das AKW Grafenrheinfeld, das bereits im Probebetrieb ist und noch in diesem Jahr auch radioaktiv betrieben werden soll,
- die so gut wie fertiggestellten Blöcke B und C von Grundremmingen, die 1983 den Betrieb aufnehmen sollen (mit Kompaktlager),
- die geplanten AKWs Pfaffenhofen und Ohu 2, das nun nach der Baulinie '80 konzipiert wird und 1988 in Betrieb gehen soll.

Daneben sind für Bayern noch drei weitere AKW-Blöcke mit einer Leistung von jeweils 1300 MW vorgesehen. Mögliche Standorte hierfür sind: Pleinting, Marienberg Rosenheim, in Nordschwaben Dietenheim, Dettingen, Öpfingen oder Erbach, sowie eventuell ein zweiter Block in Grafenrheinfeld.

Aktionsvorschläge im Widerstand

Die bayerischen und bundesweiten Atombaupläne treffen auf eine derzeit schwache und konzeptionslose AKW-Bewegung. Nach den euphorischen Gorleben-Aktionen, die viel Energie und Kraft kosteten, jedoch nicht in eine kontinuierliche Widerstandsarbeit umgesetzt werden konnten, stand die AKW-Bewegung schwächer und ratloser da als zuvor.
Ein erster Schritt zur positiven Überwindung dieses Zustands war die Bundeskonferenz der AKW-Gegener Ende November in Bremen. Zwar konnte auch hier kein Patentrezept für den weiteren Kampf gegeben werden, wohl aber einige Informationen, Anregungen und Vorschläge.
Hauptstoßrichtung des Widerstands werden die AKWs Marke Baulinie '80 und die Entsorgungspläne sein. Für den letzten Punkt ist ein gestaffeltes Widerstandskonzept vorgeschlagen, das mit einer bereits laufenden Unterschriftensammlung gegen Zwischenlager beginnt. Dem sollen dezentrale Blockadeaktionen der Transportwege, möglichst zeitlich aufeinander abgestimmt , folgen.
Höhepunkt des Widerstands soll eine bundesweite Großdemonstration bei Baubeginn des ersten Zwischenlagers sein. Am 10./11. Januar fand eine Atommüllagerkonferenz und parallel dazu ein Treffen der Arbeitsgruppe Baulinie '80 statt, wo über das weitere Vorgehen beraten wurde.
Der Verbesserung der Information der Bevölkerung und der Aufklärung gegenüber dem Schreckgespenst einer drohenden Energielücke bei Verzicht auf weitere AKWs soll eine Broschüre der Arbeitsgruppe Energie dienen. Hierin soll nicht nur gezeigt werden, daß AKWs gefährlich, sondern daß sie zudem überflüssig sind. Ähnlich wie in Dänemark erfolgreich durchgeführt, soll diese Broschüre an alle Haushalte verteilt und durch einen beigelegten Spendenaufruf finanziert werden.
Ein wichtiger, in der Vergangenheit vernachlässigter Punkt, ist der Informationsfluß und die gemeinsame, inhaltlich aufeinander abgestimmte Arbeit der verschiedenen AKW-Initiativen.
Um dies zu verbe ssern, sollen zu den verschiedenen Themenbereichen Konferenzen organisiert werden (Entsorgung, Baulinie '80, Medienarbeit und Energiepolitik laufen bereits). Außerdem müßte in den Initiativen darüber diskutiert werden, ob ein Sekretariat als Koordinationsstelle oder gar ein ständiges Delegiertenplenum eingerichtet werden soll.

Antiatom-Landeskonferenz am 14. Februar in Nürnberg

Dem letzten Punkt, dem Informationsaustausch und der Schaffung eines Diskussionszusammenhanges, soll auch die Landeskonferenz der bayerischen Atomgegner dienen.
Wie oben schon erwähnt, ist gerade auch Bayern von den Atomausbauplänen sehr stark betroffen. Eine Reihe von Bauvorhaben, die entscheidend für das Schicksal des Atomprogramms sind, wie das jetzt auf die Baulinie '80 hin konzipiert Ohu 2, das Atommüllager bei Mitterteich und die WAA-Pläne, trafen auf weitgehend überraschte und unvorbereitete Atomgegner.
Auf der anderen Seite wurden auf der Bundeskonferenz in Bremen wichtige Informationen gegeben und Vorschläge für den weiteren Kampf gegen die zunehmende atomare Bedrohung gemacht.
Wir meinen, daß es in dieser Situation wichtiger denn je ist, über Informationsaustausch und Diskussionen zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen, und der Großoffensive der Atommafia mit einer noch größeren Offensive der AKW-Bewegung entgegenzutreten. Ein wichtiger Schritt hierzu soll die Bayerische Landeskonferenz der Atomgegner am 14. Februar 1981 in Nürnberg, Komm, Königstr. 93 sein. Alle interessierten und engagierten Atomgegner sind hierzu eingeladen.

Nürnberger Initative gegen Atomanlagen (NIgA). Klaus Ulpins, Zwickauer Str. 28, 8500 Nürnberg 20, Tel. 0911/516891

P.S. An alle AKW-Gruppen und Einzelkämpfer:
Bitte schickt eure Kontaktadresse wegen der Neuerstellung des AKW-Verteilers an folgende Adresse:
Hans Hunglinger
Fürther Str. 36
8500 Nürnberg 80
Tel. 0911/262141

. . . Wir wissen, daß das AKW nicht durch eine einzelne Kundgebung verhindert werden kann und stellen uns deshalb auf einen langfristigen Widerstand ein, der unseren ganzen Lebens- und Arbeitsbereich mit einbezieht. Das heißt auch, daß sich unser Kampf nicht auf den Bauzaun und auf Demonstrationen beschränken läßt. Auf diesem Hintergrund sehen wir die Demonstration vom 21.12.1980 gegen das AKW Brokdorf als erfolgreich an.

. . . Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, planen wir, auf den Sonderparteitag der SPD in Hamburg, der Anfang Februar stattfinden soll, zu reagieren, und falls in Brokdorf weitergebaut werden sollte, werden wir zu einer internationalen Großdemonstration unmittelbar nach Baubeginn aufrufen.

Wir fordern alle AKW-Gegner auf, sich an den Vorbereitungen zu diesen gemeinsamen Aktionen jetzt schon zu beteiligen und eigene Beiträge vorzubereiten. . .

Auszug aus einer Erklärung des bundesweiten Arbeitstreffens am 4.1.1981 in Kollmar. Anwesend waren ca. 200 Personen aus etwa 60 Bürgerinitiativen.

Am 17. Januar 1981 wurden 2 AKW-Gegner aus Kollmar/Brokdorf festgenommen. Einen Tag später wurden sie nach Itzehoe in Untersuchungshaft überführt. Ihnen wird vorgeworfen, Brandanschläge auf das Glückstädter Amtsgericht im November 1980 bzw. auf die Stadtwerke Glückstadt im Dezember 1980 verübt zu haben.

Die Teilnehmer des ständigen Vorbereitungstreffens werten dies als einen weiteren Versuch der Landesregierung, die Arbeit der Gegner des Atomprogramms zu behindern und fordern die sofortige Freilassung der Inhaftierten.

Kontakte: Ak. politische Ökologie, Postfach 202, Turnerstr. 9, 2 Hamburg 6, Tel.: 040/439 86 31 und 24 76 90; BI Krempe, Schrägstr. 2, 2209 Krempe, Tel.: 04824/2596; BUU Itzehoe & Bewegung weiße Rose, Talstr. 14, 211 Itzehoe, Tel.: 04821/3898.

Das Greenpeace - Schiff St. Antoine sucht noch freiwillige Helfer, die auch kräftig zupacken können, für eine Nordseeküstentour von Emden nach Hamburg. An Bord befindet sich eine Ausstellung, die über die Arbeit von Greenpeace in aller Welt informiert. Fahrtzeit 6. Januar bis ca. Ende April. (Ihr könnt auch unterwegs noch zusteigen). Wer vier oder mehr Wochen Zeit hat und mal aus dem täglichen Trott herauswill, der melde sich.

Kontakt: 040/27 67 10

Strovopoli, ein Langzeitspiel wird ein Arbeitsfilm für STROBO-Initiativen heißen, wenn seine Macher genug Geld fürs Weiterdrehen zusammenbringen! Für das 16mm-Werk über die verschiedenen Formen von Strom- und Stromzahlungsboykott, Motivationen der Teilnehmer, Aktionen, Weiterentwicklung der Strategien nach den Verurteilungen werden ca. 15 000 DM gebraucht. Spenden werden auf das Postscheckkonto Hamburg 434140 - 207 erbeten. **Rolf Karrer, Isestr. 55 - IV, 2000 Hamburg 13.**

Umweltschutz - Refaratedienst erschienen
Der erste Band des in der BRD einzigen Umweltschutz - Refaratedienstes ist nun herausgekommen. Die beiden Autoren Hans - Jürgen Lutz und Peter Weuster haben 354 Artikel aus 15 Zeitschriften (auch aus dem angelsächsischen Sprachraum) gelesen und in allgemeinverständlicher Form zusammengefasst. Jeder Umweltschützer, der einen aktuellen Wissensstand zu erreichen sucht, sollte das Werk eigentlich gelesen haben.
12,80 DM (pl. 70 Pfg Porto u. Verp.) überweisen auf PSchkto. Ffm 3920 83 - 600 (Lutz - Verlag /Kelkheim, Pf. 14 31), Kennwort: „UMRED" kostenlos beigelegt wird ein LuKi (aktuelle Umweltschützerzeitschrift)



Das Brot bekam ihnen gar nicht

„NG-350" ist nicht das nächste NATO-Manöver, sondern der Arbeitstitel einer Naturwissenschaftler-Gruppe gegen eine 350-Jahrestonnen-Wiederaufbereitungsanlage in Hessen, Rheinland-Pfalz und anderwo. Gründungstreffen ist am 7./8. Februar (Beginn Samstag zwischen elf und zwei) im Marburger KFZ (Kultur- und Freizeit-Zentrum), Schulstr. 6, 3550 Marburg. Kontaktadresse, an die sich vor allem interessierte Naturwissenschaftler(innen) schnellstens wenden sollen: **Helmut Burdorf, Mozartweg 12, 3553 Cölbe, Tel.: 06421/82827.**

Kurze

Das langerwartete Buch „Chemie in Lebensmitteln" der Katalyse - Umweltgruppe Köln (ID Leser bekamen Kostproben über Fleisch, Bier und Brot, wohl bekomm's, in den Nummern 344, 363, 364/5) hat sich verspätet, und wird erst im März herauskommen. Eine gute Chance, das Buch noch billig für 10,-- DM zu erwerben. (Hoffentlich ist's keine Ente). **Also schiebt 10,-- Mark rüber an die Katalyse Umweltgruppe Köln, Palmstr. 17, 5000 Köln 1, und wartet auf den März.**

Zum Brotartikel aus ID 364/65 hier die Ergänzung für die, die nicht allein vom Müsli leben wollen.

Tips zum Brot:

Verbrauchertips

- **Schutz vor Schimmel**
  Brot nicht in Plastiktüten aufbewahren;
  statt dessen Papiertüte oder Alufolie verwenden;
  und diese dann in einen sauberen Brotkasten oder auch in den Kühlschrank;
  Brot möglichst nicht länger als drei Tage lagern;
  Bei Schimmelgeruch und erst recht, wenn Schimmelflecken auftreten, das g a n z e Brot wegschmeißen;
  Kein Brot in Plastikfolie kaufen; wenn's sich nicht vermeiden läßt, zuhause sofort umpacken.
- **Vielseitige Ernährung, abwechselnd Roggen- und Weißbrot.**
- **Verzehr von Weißbrot, Toastbrot und Brötchen einschränken.**
- **Überlegen, ob selber backen mit frisch gemahlenem Mehl nicht doch ab und zu die Mühe wert ist.**
- **Wenn erreichbar, Brot im Bioladen kaufen.**
- **Kein Brot mit schwarzer Kruste kaufen.**

Notwendige Maßnahmen

—Verbot von quecksilberhaltigen Saatbeizen
—Verbot des Getreideanbaus an Autobahnen und Bundesstraßen
—Deklarationpflicht für alle Konservierungsmittel
—Verbot wachstumsregulierender Chemikalien
—Senkung der Höchstgrenzen für Aflatoxine
—Senkung der zulässigen Wassermenge im Brot
—Kennzeichnungspflicht für die verwendete Mehlsorte
—Abschaffung der minderwertigen Mehlsorten

Internationales

STOP - STOP - STOPERA - AUCH AMSTERDAM WILL EINE OPER

In Amsterdam geht der Kampf gegen die Wegsanierung eines ganzen Stadtteils weiter (ID. 358 - Metro-Unruhen). Auf dem Waterlooplein soll in Kürze mit dem Bau des kombinierten Rathauses (Stadhuis) + Oper - genannt Stopera - begonnen werden.

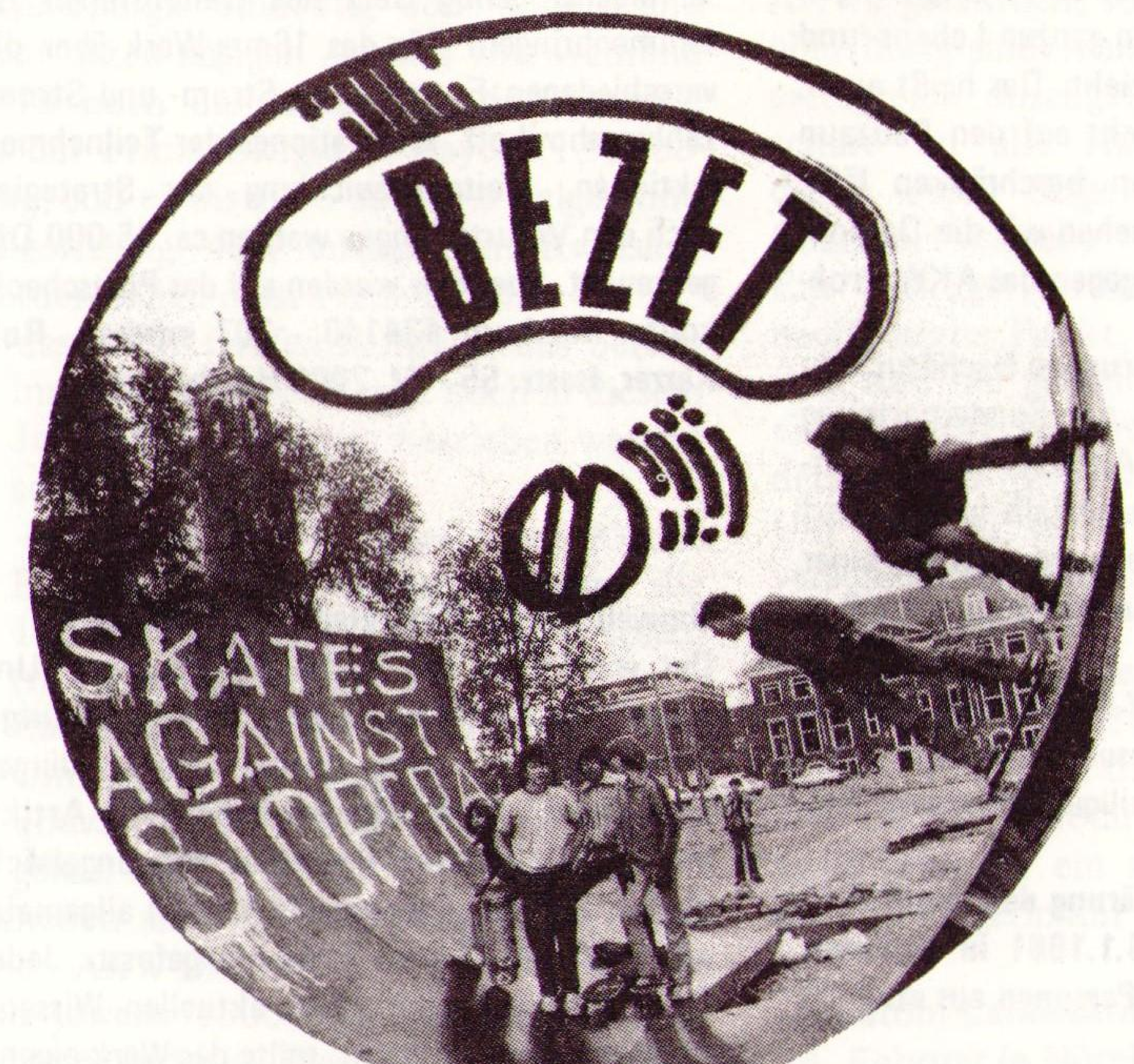
50 Krakers besetzen am 3. Januar das sogenannte Cemsto-Gebäude am Waterlooplein. Auf diesem Platz soll der schon seit Jahren geplante Oper/Rathaus-Komplex gebaut werden, ein 300 Millionen Prestigeobjekt. Dieses alte Fabrikgebäude ist das letzte, was im Augenblick auf diesem Platz noch steht. In jahrelangen Auseinandersetzungen hat die Stadt Amsterdam für dieses Projekt bereits über 300 Wohnungen wegsaniert - die erste Metrolinie wurde aus dem Boden gestampft (ID 358) - ein ganzes, altes Viertel ist zerstört worden. Und dafür soll ein gigantischer, abscheulicher Betonklotz hingesetzt werden, 175 m lang, 140 m breit und 30 m hoch.

Frankfurt, Zürich, Amsterdam - wie sich die Prestigeprojekte doch gleichen - bei über 60.000 wohnungssuchenden hat die Stadt Amsterdam nichts anderes zu tun, als 300 Millionen aus dem Fenster zu schmeißen und obendrein noch Wohnungen zu zerstören.

Zur Geschichte dieses Platzes, der auch vielen von uns bekannt ist (dort war früher der Flohmarkt, in den letzten Jahren der Anti-City-Circus), hier ein etwas gekürzter Bericht aus der gerade erschienenen Waterlooplein-Zeitung:

"Frühjahr 1978 - Nachdem im Jahr zuvor der Platz wegsaniert worden und ein riesiger Parkplatz bzw. eine trostlose Baustelle entstanden ist, nehmen die Menschen die Zukunft des Platzes selber in die Hand, ein Anti-City-Circus wird aufgebaut, Feste werden gemacht, ein großer Garten wird gepflanzt. Ein Jahr später kommt ein 'Stadtbauernhof' dazu, aus dem Garten wird ein Park, dazwischen eine Scateboardbahn, viele Spieler und Zuschauer. Im Frühjahr 1980 sind Stadtnomaden mit ihren Zelten auf dem Platz, Kinder , die spielen können, ein Kinderzelt, der dritte Anti-City-Circus.

Sommer 1980 - eine Impression: . . . der Sommer gab, um nur etwas zu nennen, einen Überfluß an weißem Honigklee und anderen Kleesorten, die menschhoch wuchsen und herrlich dufteten. Auch die gelbe Kamille (sehr selten) blühte fantastisch. Zahlreiche andere Pflanzen blühten auch wunderbar. Bäume, vor allen Dingen Weiden verschönerten den Platz. Kraker, die Boule spielen, Kinder, die auf

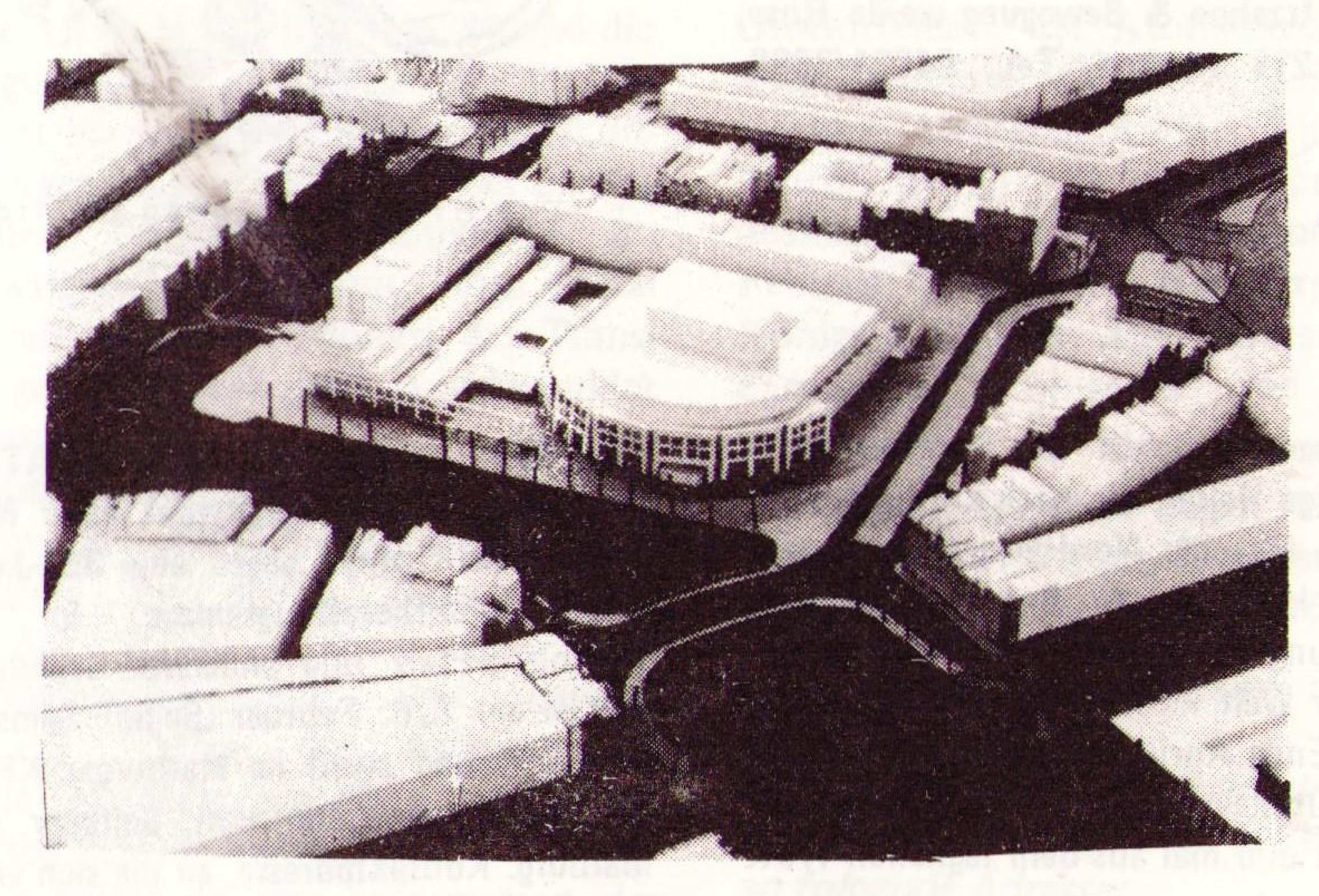


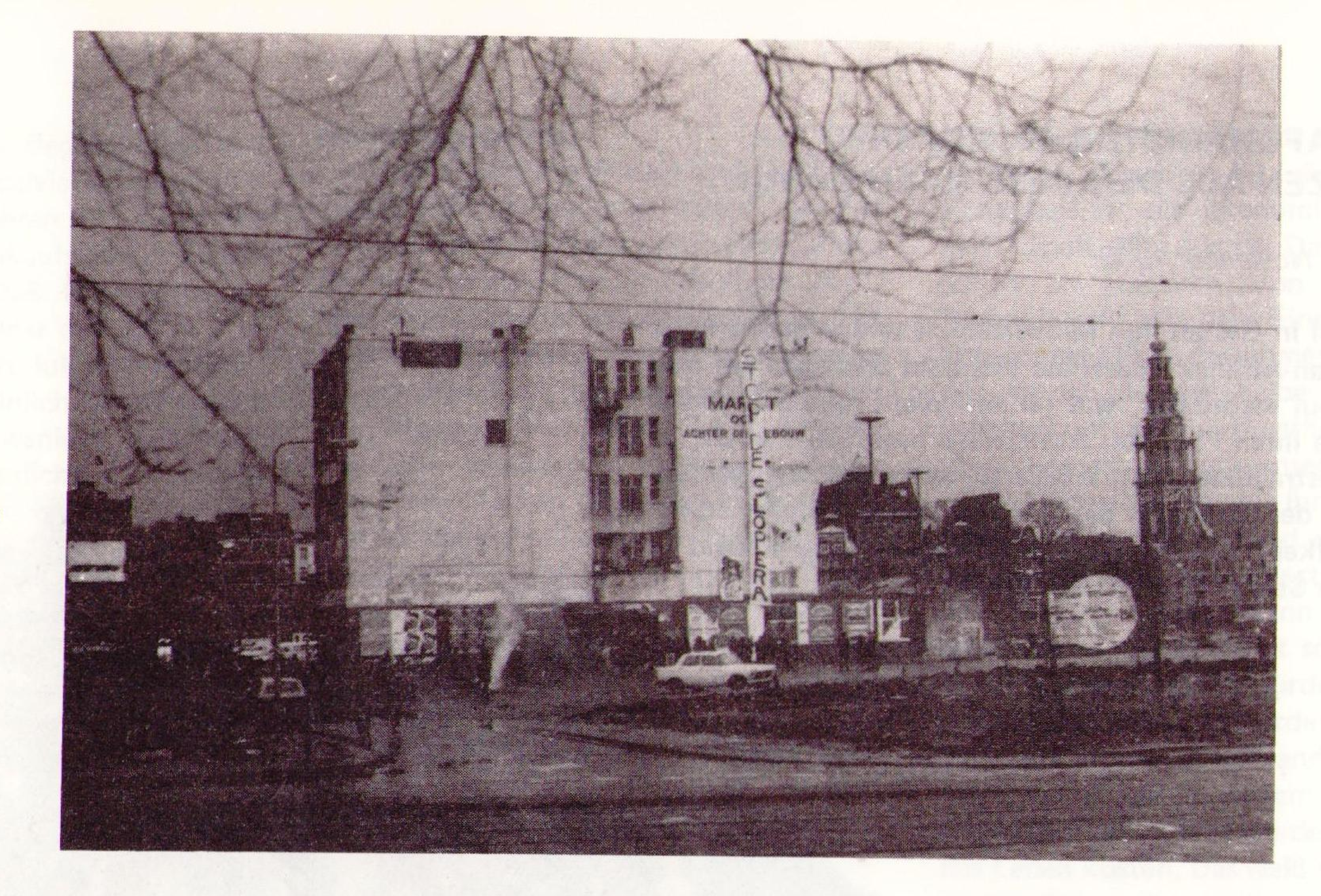
Skateboard-Fahrer gegen die St-Opera

alles klettern dürfen, ein Fahrrad, daß nicht fährt, aber Musik macht, ein Kinderbauernhof, Nomaden, die nicht wegziehen. Ein durch Fehlplanung wegsanierter Platz, früher dicht bevölkert mit einem blühenden Markt, nun ein Treffpunkt von Initiativen, Festen, der größte Spielplatz von Amsterdam. Leider machen neue Pläne aus dem Platz eine Steinwüste.

Im Dezember kommen Bulldozer und zerstören einen Teil des Parks. Für die Stopera. Zehntausende sind auf den Platz gekommen, um ihren Widerstand zu zeigen, Beschwerden werden eingereicht, Verwehren uns entschieden gegen den geplanten Betonkoloß, der uns allein vom ansehen her in Schrecken versetzt. Man hat uns schon weggeplant mit allem, was der Platz für uns bedeutete. Das Lachen ist uns vergangen, wieder mal werden wir vor die Alternative gestellt, bleiben oder wegrennen. Auch wenn wir wenig Illusionen haben, bleiben ist besser. Die Zeit für Feste scheint vorbei zu sein. Sicher wird es hart werden, vielleicht schaffen wirs. Lachend sind wir am stärksten, im Frühling werden die Blumen wieder blühen. Wenn die Stopera nicht kommt, muß sie auch nicht von uns zugemacht werden.

Am 6. Januar '81 wird das Gebäude auf dem Waterlooplein geräumt. Es kommt zu keinen größeren Auseinandersetzungen, die Stadt ist sehr geschickt vorgegangen, indem sie den 4 Bewohnern des Hauses Ersatzwohnungen besorgt hat. Es war auch nicht das Ziel , das Gebäude zu halten - die Krakaktion war lediglich ein Auftakt einer totalen Sabotage der Stopera-Pläne, weitere Aktionen werden folgen.


Die geplante Oper



Das besetzte Haus auf dem Waterloopleen

Neue Aktionsformen: Prikakties/Nadelstiche

Seit einiger Zeit setzt sich bei vielen Kraakgruppen die Auffassung durch, daß die großen Konfrontationen mit dem Staatsapparat (wie Vondelstraat, Krönungsunruhen etc.) auf die Dauer nicht ausreichen, und eher zermürbend wirken können. Bei jeder drohenden Häuserräumung muß untersucht werden, mit welchen Konzernen, Banken, Vereinen etc. der Spekulant in Verbindung steht, überall wo der Spekulant und seine Helfershelfer sitzen, können dann mit etwas Phantasie kleinere, aber sehr wirksame Prikakties (Nadelstichaktionen) ausgedacht werden. Kleine Aktionsgruppen entscheiden selber, was zu tun ist und wählen ihre eigenen Mittel. Keine langen Versammlungen, keine langen Vorbereitungen. Mit einer kleinen Gruppe bist du ungreifbar und fällst nicht auf. Bei der letzten großen Räumung in der Weteringsschans (vor sechs Wochen) sah das folgendermaßen aus: Es gab nicht nur die 4000-Leute Demo, es wurde überall "geprikt": ein dutzend Banken wurden besucht (mit Farbe, Steinen, Rauchbomben), weiter die verschiedenen Anwälte des Spekulanten Bakker, der Betrieb, der die ME-Busse (Einsatzpolizei) vermietet. Die Auslieferung der Freßpakete für die MEers wurde aufgehalten, es kam zu einigen Spitzel Knockouts usw.

Auch Großspekulant Bakker selber wurde natürlich besucht. Zuerst einmal direkt, um ihn zu warnen und zu zeigen, daß seine Alarmanlage nicht immer funktioniert, dann wurde eine Geschenkaktion ausgedacht. Allerlei Dinge sind auf seinen Namen bestellt worden. So bekam er ein kaltes Buffet für 12 Personen nach Hause geschickt, eine halbe Stunde später kam eine Disco-Show frei Haus für 1500 Gulden, am Samstag schließlich ein Friedhofskranz. Jeder kann im Branchenverzeichnis was schönes raussuchen."

(Tip aus Frankfurt: "Schickt doch dem Bakker mal ein Abrißkommando in seine Wohnung!)

Kontakt:
Bücherladen
Het Fort van Sjakoo
Jodenbreestraat 24
AMSTERDAMM
Tel. 258979



Und noch einmal: das besetzte Haus auf dem Waterloopleen

"AFGHANISTAN IS FINISHED" – NOTIZEN AUS DEM BESETZTEN KABUL

Kabul/Delhi, November 1980

Der Zufall in Gestalt von Mißwirtschaft und schierem Pech ihrer "Afghan-Airlines"-Maschine ließ zwei Deutsche ein paar Tage in Kabul verbringen, was sie sich nicht hätten träumen lassen, als sie ihren Flug von Amsterdam nach Delhi buchten. Mit ihren gestrandeten Mitpassagieren waren sie die einzigen Touristen in der Stadt. Sie berichten von zwei Themen: Rückständigkeit (kein anderes Wort trifft da) und Widerstand – mitten in der Stadt, mitten in der Armee.



Karge, bizarre Landschaft. Schneebedeckte Berge um die Stadt herum, in der wir zur Landung ansetzen. Die Zeit: 9.15. Wir landen in Kabul.

Russische Hubschrauber, Aufklärer und Soldaten umringen das Flugfeld. Erst später werden wir erfahren, daß wir in Kabul die einzigen Touristen sind – eine Attraktion.

Sofort nach der Landung werden wir in den Wartesaal des Flughafens dirigiert. Unsere Pässe werden uns abgenommen, im Handgepäck dürfen wir nur unpolitische Schriften mitführen. Alles andere wird verwahrt. Ein undurchsichtiges Treiben spielt sich auf dem Flughafen ab, einem Platz russischer Machtdemonstration. Fragen stehen uns nicht zu, aber in den nächsten Tagen werden wir nach einigen Antworten suchen.

Warum landen wir in Kabul? Unser Flugticket Amsterdam – Delhi führte uns mit Aufenthalten über Paris, Istanbul und Dubai an der Straße von Hormuz zur Heimat der "Afghan Airlines". Eine defekte Langstreckenmaschine (eine der drei überhaupt), geflüchtete Crews und die Überflugverweigerung über Pakistan ließ uns (60 Passagiere) mit einigen Ersatzteilen einen aufreibenden und undurchsichtigen Jet-Trip durch einige Krisenherde der Welt machen. Wir sind erst mal geschafft.

Als nächstes werden wir mit einem uns fremden Straßentreiben konfrontiert, mit hygienischen Abnormitäten, wenn man westliche Keimfreiheit als Maßstab setzt. Nichts scheint mehr den festen Gewohnheiten zu entsprechen. Der durch die ungewohnte Flugreise verabreichte Stress beginnt bei vielen Leuten Ventile zu suchen. Und da sind eben die dreckigen Zimmer im Hotel, das lange Warten auf die Mahlzeiten, ja die westliche Ungeduld gegenüber dem hilfsbereiten "Dienstpersonal" Möglichkeiten genug. So trampelt jeder auf den Zuständen herum. "Anti-touristische" Ansprüche beginnen sich

zu entwickeln. Erste Begegnungen mit Land und Leuten motivieren uns, mehr über Afghanistan erfahren zu wollen. Sogar die günstigen Einkaufsmöglichkeiten locken uns wenig. Daß Radiorekorder, Kameras, Taschenrechner mit 300 % Profit das Tauschgeschäft lukrativ machen, wirkt auf uns eher peinlich als anziehend. Es gibt bedeutend weniger Kaufkraft, denn Afghanistan ist dicht. Die 30.000 Touristen im Monat — vor der Russeninvasion eine bedeutende Geldquelle — bleiben seitdem aus. Die Menschen sind daher oft gezwungen, ihre Produkte unter ihrem bisherigen Wert "abzugeben".

Wir lernen ein paar Deutsche kennen, die schon länger im Land leben. Wir versuchen unsere Neugier zu befriedigen. Und das erscheint bei einer Tasse Tee in deren Wohnung möglich zu sein. An der Tür begrüßt uns ein Diener. Unsere Mienen werden argwöhnisch. Das Wort "Diener" hat für uns längst überholte Bedeutung. Was sollen uns also Leute, die einen Diener haben, Bedeutsames erzählen? Welches Interesse haben sie überhaupt am afghanischen Volk, welche Bedeutung hat für sie der "Mann auf der Straße"? Doch wir sollten uns täuschen. Für uns wird dieses Gespräch eine Lehrstunde in Sachen "Brauchtum, Moral und Sitte" Afghanistans. Ein Volk, das fast 500 Jahre in seinen Wertigkeiten hinter westlichen Gepflogenheiten zurückhängt, fordert andere Maßstäbe.

Der Deutsche erzählt fast anekdotenhaft. Streifzüge durch multinationale Entwicklungsperspektive von Dritte-Welt-Ländern werden durch knallharte Beispiele belegt. Unser Rekorder muß abgeschaltet bleiben. Er kann die Fülle an Informationen nicht aufnehmen, die unserem Gesprächspartner bei unserem Zollübertritt seinen Job kosten würde. Wir willigen ein, sind dankbar für seine Offenheit, beginnen seine besondere Situation zu begreifen. "Ich habe einmal gewagt, die afghanische Frau eines Freundes bei mir baden zu lassen", erzählt der Deutsche, "und das hat böses Blut gemacht. Diese Frau hat die Ehre aller afghanischen Frauen verletzt, wurde mir vorgeworfen, denn eine afghanische Frau badet nicht bei Ausländern. Hätte ich es dem Diener erlaubt, er hätte die Frau umgebracht." Dieses Land ist in seinen Moralvorstellungen oft unerbittlich. Da muß man sein westliches Normenpaket über Bord werfen. Diese scheinbaren Kleinigkeiten sind es, die das Leben als Ausländer in diesem Land erschweren. Diese Dinge sind es, die einen oft gegen eine Wand laufen lassen, gegen eine Wand scheinbar unüberwindlicher Tabus. Allerdings haben dabei viele Kulturbesserwisser nichts anderes im Sinne als zum Teil erhaltenswerte, alte, gewachsene Strukturen einer Welt aufzuweichen, in der Westwie auch Ostimperialismus nur lohnendes Einflußgebiet und absatzträchtige Märkte erschließen wollen.

"Alphabetisierte Frauen sind für afghanische Männer ein rotes Tuch", erzählt uns der Deutsche, "sie stellen eine Gefahr für die hiesige Familienideologie dar". Überhaupt sind es diese Realitäten, die unseren deutschen Gesprächspartner in seinem Bemühen, Kulturarbeit zu betreiben, oft resignieren lassen. Schon Ansätze scheitern, spürbare Enttäuschung macht sich breit. "Durch meine Arbeit habe ich Vergleichsmöglichkeiten zum Entwicklungsland Afghanistan, denn ich konnte mich in Staaten wie Japan und China sowie in Südostasien umsehen", meint unser Gesprächspartner. "Ich kann nach wie vor nicht eindeutig festmachen, warum Länder wie Japan oder China im Vergleich zu Afghanistan oder auch Indien so enorm viel weiter in ihrem Entwicklungsergebnis sind".

Hier in Afghanistan zeigt sich, daß die russischen Parolen von Gleichheit, Sozialismus (als Begriff ohnehin verschieden interpretierbar) und Parteiprogramme auf taube Ohren bei breiten Teilen der Bevölkerung stoßen. Versuche den Brautpreis abzuschaffen (er beträgt ca. fünf Jahresgehälter eines Dieners), scheiterten beispielsweise schon im Ansatz genauso, wie eine anvisierte Landreform. Im Ausland geschulte einheimische Kräfte erfahren bei Rückkehr oft die afghanische Wirklichkeit. Sie müssen schnell ihre Ansprüche zurückschrauben, denn in diesem Land gilt es eben noch als absolut natürlich, einem Herrn dienen zu "dürfen". Alle dogmatisch-wissenschaftlichen Theorien vom Sozialismus scheinen sich hier in Bedeutungslosigkeit umzuwandeln. Die politischen Auseinandersetzungen um die Zukunft dieses Landes scheinen sich meist nur in den Köpfen der "Intelligenzler" abzuspielen. Oft abgehoben genug von der eigentlichen Wirklichkeit.

Der Großteil der Bevölkerung hat sich mit sehr viel akuteren Alltagsproblemen rumzuschlagen. So ist die Alphabetisierungsquote im Lande bei höchstens 30 % anzusetzen. In diesem Staat gibt es viel zu tun, aber nur in Zusammenarbeit und Kommunikation mit den Betroffenen, der afghanischen Bevölkerung.

Einen Tag später werden wir bei einem Sight-Seeing-Spaziergang in der Kabuler "Chicken Street", der Haupteinkaufsstraße, von einem Händler in dessen Laden gebeten, zu einer Tasse Tee. Er schildert in einigermaßen verständlichem Englisch die Situation in Afghanistan seit dem Russeneinmarsch, sowie die Situation des afghanischen Widerstandes außerhalb der Festung Kabul in den Bergen dieses Landes: 1. Im Umkreis von 30 km ist die Stadt dicht; 2. Ausgangssperre ab 22 Uhr; 3. das sowieso knappe Holz für die harten Winter verteuerte sich bis zu 70 %; 4. die Lebenshaltungskosten stiegen um ein Vielfaches; 5. der staatlich festgelegte Brotpreis bedingt nunmehr immer kleinere Brote. Ursache für die allgemeine Knappheit ist die ökonomische Isoliertheit Kabuls vom Lande. Das afghanische Militär ist gespalten. Von 10 Millionen Afghanis sind seit dem Einmarsch 2 Millionen ums Leben gekommen oder ermordet worden, je eine halbe Million nach Pakistan und dem Iran geflüchtet. So die Situationsbeschreibung unseres Händlers.

Eine Frau betritt mit ihrem Kind den Laden. Während das Kind eine Felljacke für den Winter ausprobiert, erzählt uns der Händler: „Der Mann dieser Frau arbeitete seit einiger Zeit schon mit den Russen zusammen. Er wurde deshalb von meinen Freunden ermordet." Die Frau kennt die Mörder ihres Mannes. Trotzdem kauft sie weiter in diesem Laden. Eine Preisgabe der Namen würde nur ihr eigenes Leben kosten. Das weiß sie.

Im Gegensatz zu unserem deutschen Gesprächspartner, dem kein bedeutsamer Widerstand sichtbar geworden ist, berichtet uns der Händler von einer Widerstandsstrategie: Afghanische Soldaten, die sich offiziell dem pro-sowjetischen Teil der Armee verschrieben haben, arbeiten tatsächlich mit Widerständlern zusammen. Sie erhalten damit Uniformen, Bewaffnung und das Codewort für die nächste Nacht. Nur hiermit ist es möglich, nach 22 Uhr auf die Straße zu gehen bzw. einen sowjetischen Posten zu passieren. Die in der Nacht aktiv werdenden Widerständler erreichen mit Uniformen, Bewaffnung und dem aktuellen Codewort den russischen Posten. Nachdem sie diesen passiert haben, eröffnen sie das Feuer auf die ahnungslosen russischen Soldaten aus dem Hinterhalt.

Diese Form des Widerstandes gegen die eingeschleusten Soldaten ist nur möglich, weil die Sowjetunion auf eine vollständige Integration der Afghanischen Armee angewiesen ist. Dies ist notwendig, damit die internationale Invasionstheorie gegenstandslos wird. Die Vereinnahmung des Militärs spielt eine tragende Rolle, um den Staatsapparat in den Griff zu bekommen.

Der Händler macht uns glaubhaft, daß der Widerstand in Afhanistan sehr lebendig ist. Nur die beschränkten Möglichkeiten der Afghanis selber setzen diesem seine Grenzen. Afghanistan braucht auch Hilfe von außen. Nicht als Almosen, sondern als tatkräftige Unterstützung zur Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit.

„Afghanistan is finished", wie der Händler sagt, „aber unsere Seele werden die Besetzer nie besiegen."

Walter Fulde, Heribert Dünnes

Kontakt: bis die großen Reisenden aus Indien zurück sind (Anfang Februar): über Uwe Heikamp, Horstmarer Landweg 68a, 4400 Münster, Tel.: 0251/80 400.

IRISCHER HUNGERSTREIK DOCH KEIN ERFOLG?

Long Kesh/ Oberursel, 20. Januar

Unterschiedliche Meinungen gibt es zur Beendigung des Hungerstreiks in Nordirland. Heidelberger Irlandfreunde hatten im ID 364/ 365 von einem Erfolg geredet, das Oberurseler Irlandkomitee (WISK) ist skeptischer.

Den einzelnen Forderungen (z.B. Zivilkleidung, Vereinigungsfreiheit) der Gefangenen hat die britische Regierung zwar zugestimmt, aber nicht gerade auf eindeutige Weise: z.B. gelten "zivile" Knastklamotten als Zivilkleidung, oder: Schulungskurse gelten als Arbeit; es kommt also sehr auf den Einzelfall an, inwieweit derartige Kompromisse als Erfolg anzusehen sind.

Davon ganz abgesehen, steht noch in den Sternen, ob die britische Regierung ihre gegebenen Versprechen einlöst. Das WISK schreibt in seiner Dokumentation:

"Noch immer ist das Zustandekommen des schließlichen Endes des 53tägigen Hungerstreikes jedoch nicht vollständig zu rekonstruieren. So sind wir denn auch heute noch im unklaren, ob es vielleicht nur ein kalkuliertes pragmatisches Einlassen der Provos auf die Zugeständnisse war – verständlich vor dem Hintergrund, daß Sean McKenna bereits im Koma lag.

Die Verhandlungen der Nordirlandadministration haben – folgt man Andeutungen in der irischen Presse – nicht nur mit den Sprechern der Gefangenen stattgefunden, sondern genauso mit der Führung der republikanischen Bewegung, was Thatchers natürlich nicht zugeben können, da man es ja mit Paten, Mafiosi, Terroristen und einer gigantischen kriminellen Konspiration im übrigen zu tun hat, die öffentlich keine Verhandlungspartner sein können. Schon bei den ersten Initiativen des Kardinals O' Fiaich war durchgesickert, daß dieser sich mit Repräsentanten der Provos traf. Diese Akzeptanz kann und will die republikanische Bewegung für sich nicht öffentlich verwerten, da offenbar gewisse zusätzliche Garantien bei Abbruch des Hungerstreiks in aller Klandestinität zugesichert worden sind und Personen benennt, die die Einhaltung und Abwicklung dieser Garantien kontrollieren sollen ...

In intimer Kenntnis der Praktiken und Doppenzüngigkeit des britischen Feindes hatten sowohl die Gefangenen, als auch die republikanische Bewegung gewarnt, ja nicht sich dem Glauben hinzugeben, alles sei ausgestanden. Nein, vielmehr gelte es, wachsam zu sein und genauestens zu verfolgen, ob und in welcher Form die Briten ihre Zusagen umzusetzen gedenken.

Und bis heute ist der „Blanket-Protest" nicht beendet, da die Briten jetzt wohl wieder viel Zeit zu haben glauben, weswegen die IRA in den jüngsten Tagen mit einer Reihe von Anschlägen im britischen Mutterland selber wieder etwas drängt.

Die Angehörigen der Gefangenen wollten natürlich kurz vor Weihnachten und danach den Gefangenen eigene Kleidung bringen und wurden an den Toren des Kesh zurückgewiesen. Ebenso verweigerte die Knastadministration einem jungen Gefangenen den Besuch bei seinem Bruder, der, an Leukämie erkrankt, im Sterben liegt."

Am 16. Januar wurden Bernadette Devlin/Mc Aliskey, die zur Zeit Sprecherin des National H-Block/Armagh-Comitees ist, und ihr Mann Opfer eines Anschlags irischer „Loyalisten". Das WISK schreibt dazu:

„Mehrere führende Mitglieder der H-Block-Kampagne wurden im vergangenen Jahr ermordet: MIRIAM DALY, JOHN TURLY, NOEL LYTTLE und RONNIE BUNTING; andere wurden verletzt, etwa als am 19.10.80 in Twinbrook, Belfast, 20 staatsoffizielle Terroristen des Special Air Services (SAS) – per Vorschlaghammer – sich Zugang zu zwei von H-Block-Aktivisten bewohnten Häusern verschafften. Nur die Wachsamkeit der Nachbarn in Twinbrook verhinderte damals Morde an den in den beiden Häusern Anwesenden. Blitzschnell hatten sich die Nachbarn bei den Häusern versammelt. Neben den Killern des SAS, die wohl verantwortlich waren für den Mord an Noel Lyttle und Ronnie Bunting, hatten loyalistische Killergangs, etwa die ULSTER DEFENCE ASSOCIATION, wiederholt verkündet, sämtliche H-Block-Aktivisten „liquidieren" zu wollen.

Im Falle McAliskey wurden die vermeintlichen Täter umgehend von einer Patrouille des 3. Parachute Regiments der britischen Armee gestellt, deren Waffen sichergestellt. Der kommandierende Offizier Col. HEW PIKE dementierte sofort, daß die Täter dem SAS angehörten und wollte sich nicht dazu äußern, ob das Anwesen McAliskeys unter Armeeobservation stand. . . .

Am 5. Januar hatte Bernadette McAliskey auf einer Pressekonferenz eine erneute Kampagne zur Unterstützung der Gefangenen angekündigt, da die am 18. Dezember von den Briten gemachten Zusagen, die zum Ende des Hungerstreiks führten, bislang nicht realisiert wurden.

Bernadette sagte, daß die Gefangenen insofern verloren hätten, als sie den uralten Fehler begangen hätten, den Worten der Engländer Glauben zu schenken."

Jetzt plant das National H-Block/Armagh Comitee eine weitere Kampagne, um die Briten zur Verwirklichung ihrer Versprechen zu zwingen.

Kontakt: WISK, Postfach 35, 6375 Oberursel.



Durch Trommeln auf Mülleimerdeckeln warnen Hausfrauen vor anrükkenden britischen Soldaten.

EL SALVADOR

Statt eines Artikels Teile unserer Diskussion:

Vor einem Jahr war es noch sehr mühsam, die Linke hier wachzurütteln angesichts der Situation in El Salvador: dem bevorstehenden revolutionären Volksaufstand und der drohenden militärischen US-Intervention. Heute wird in weiten linken und kirchlichen Kreisen über El Salvador diskutiert; ein neuer Internationalismus scheint erwacht zu sein, seit dem Spendenaufruf der „TAZ", der die Linke nicht nur bei ihrem „moralischen" Verständnis, sondern bei ihrem antiimperialistischen Bewußtsein gepackt hat. Die Diskussionen während der Solidaritätsveranstaltungen zu El Salvador in den letzten Wochen gingen nicht nur um die realen Kräfteverhältnisse und Perspektiven in diesem Land, sondern immer mehr in die Richtung der Frage nach den „Gemeinsamkeiten" des Kampfes in Ländern der Dritten Welt und hier — gemeinsamen Utopien von einer besseren, menschlicheren Gesellschaft. In diesen Diskussionen schienen mir die Fragen, die die Linke sich hier (seit Vietnam) stellt nach falschen oder enttäuschten Erwartungen an die Befreiungsbewegungen anderer Länder, teilweise beantwortet oder überwunden zu werden: El Salvador ist der Versuch der Selbstbestimmung eines Volkes innerhalb Bedingungen, die der Imperialismus diktiert und von daher nicht Objekt unserer Wünsche und Projektionen von Problemen hier bei uns.

Für die Redakteure des „Pflasterstrands" (Frankfurter Szene-Blatt) scheint die Internationalismus-Diskussion auf ihrem alten Stand festgefroren zu sein: wie sie im Vorwort zum neuesten „Pflasterstrand" sagen, haben sie Probleme, für El Salvador auf die Straße zu gehen und beschäftigen sich lieber weiterhin mit ihrer Antiimperialismus-Kritik — bzw. gehen lieber ins Cafe. Sie begnügen sich jedoch nicht damit, diese altbekannten Positionen wieder mal anzubringen, auch der „TAZ"-Spendenaufruf bzw. die enorme Spendenbereitschaft der Linken hier ist ihnen suspekt und wird folgendermaßen kommentiert:

„Innerhalb zweier Monate kamen fast eine Million Mark auf ein Spendenkonto der TAZ zustande. Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte spendeten vierstellige Summen. Für Waffen. Eine moderne Form des Ablaßbriefes, aus wohlklimatisierten Praxisräumen."

Es ist zu hoffen, daß ein solcher Kommentar eine entsprechende Antwort aus der Solidaritätsbewegung finden wird. (Auch unsere Eltern haben lieber den Mund gehalten und sind ins Cafe gegangen).

Ruth/ID



Ob die richtige Solidarität mit den Leidenden und Kämpfenden in El Salvador uns am Samstag zur Demonstration bringt, ist für mich dahingestellt.

Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der dritten Welt hat lange Zeit eine Identitätssuche für uns bedeutet, bei der das Interesse in erster Linie auf Militanz gerichtet war, und sonst kaum Fragen nur Projektion.

Und daß wir enttäuscht sind, wieviel hat es mit den Bewegungen dort zu tun? Sie haben uns nie was versprochen.

Waffen für El Salvador?!

Steht hinter der überraschenden Menge von Geldspenden der schweigsame, aber massive Protest gegen die Antiimperialismus-Kritik der vergangenen Jahre, ein billiges Abfahren, ein Waffen-Ja?!

Oder steht dahinter die Einsicht, daß egal wie verschieden die Wege sind, die wir bestreiten, es dort wie hier um die elementarsten Lebensbedürfnisse geht, um Liebe, Essen, Wohnen?

Und wir sind auf der El Salvador-Demo, weil wir uns mit dem Wunsch solidarisieren, ein Stück mehr an erfülltem Leben zu haben!

Aber die Unterschiede sind uns von vornherein klar. Klar, daß wir hier das Ersatz-Essen verweigern, uns um eine alternative Lebensgestaltung bemühen, und sie dort in Coca Cola-Fabriken als Arbeiter nicht erschossen werden wollen.

Solidarität ist mehr als Selbstaufgabe oder Verleugnung des Anderen.

Enikö / ID



KINDERHILFE – WAFFEN FÜR EL SALVADOR

In einem offenen Brief, der sich an alle Freunde und Unterstützer richtet, nimmt die Kinderhilfe Lateinamerika dazu Stellung, warum sie mit dazu aufgerufen hat, Geld für Waffen für El Salvador zu spenden (Auszug).

Wir haben als Kinderhilfe Lateinamerika im Dezember den Aufruf der TAZ herausgeschickt, in dem dazu aufgerufen wird, Geld für „Waffen für El Salvador" zu spenden. Es war uns durchaus klar, daß wir mit Schwierigkeiten rechnen mußten, evtl. auch mit juristischen Konsequenzen, und daß auch sicher einige derer, die unsere Arbeit bisher unterstützt haben, diesen Schritt für falsch halten würden. Wir haben den Spendenaufruf trotzdem herausgeschickt, und wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht.

Die Reaktionen auf den Aufruf waren sehr unterschiedlich und z.T. völlig anders, als wir erwartet hatten: unerwartet hohe Spenden (auf dem TAZ-Sonderkonto waren bis zum 16.1. eingegangen: 720 038 DM), wenige böse Briefe, deren Verfasser „unserer Organisation den Untergang wünschen" und Stellungnahmen einzelner Freunde, die uns mitteilen, daß sie sich gezwungen sehen, sich von uns zu distanzieren.

Die Argumentation gegen den Spendenaufruf kam in erster Linie aus zwei Richtungen: zum einen aufgrund eines prinzipiellen Pazifismus, zum anderen aus politisch-taktischen Überlegungen heraus, wonach es unklug sei, offen Geld für Waffen zu fordern.

Wir achten die Haltung aller, die grundsätzlich das Prinzip einer absoluten Gewaltlosigkeit vertreten, auch wenn wir diese Haltung nicht teilen. Aber wir nehmen dieses Argument von niemandem an, der nicht mit mindestens der gleichen Empörung beispielsweise gegen die öffentlichen Rekrutenvereidigungen der Bundeswehr hier und gegen die Brutalität der Machthaber in El Salvador, gegen die Unterstützung der Junta durch die Waffenlieferungen der USA gesprochen und gehandelt hat. Seit Beginn der Endoffensive in El Salvador wiederholen sich die Meldungen, daß die Vereinigten Staaten nach wie vor große Mengen an militärischen Material nach San Salvador einfliegen, Lieferungen, ohne die die Gewalt in El Salvador wohl schon ein Ende hätte.

Wenn wir im Fall von El Salvador und in der augenblicklichen Situation in diesem Land unter anderem AUCH Geld für Waffen sammeln, bedeutet das selbstverständlich nicht, daß wir darin in Zukunft unsere einzige Aufgabe sehen.

Wir arbeiten für das Recht der Kinder, in Lateinamerika zu leben. —In der extremen Situation in El Salvador, wo eine sogenannte „Regierung" ihr eigenes Volk bombadiert, kann dies für uns momentan nichts anderes heißen als ohne Einschränkungen den Befreiungskampf zu unterstützen. Das bedeutet nicht einen allgemeinen Wechsel unserer Arbeit hin zu einer „Waffenbeschaffungsorganisation" der lateinamerikanischen Guerilla.

In Argentinien unterstützen wir mit dem „Milchprojekt" eine Selbsthilfegruppe, die auf dem Weg der Nachbarschaftshilfe ein Zentrum für unterernährte Kinder aufbaut. Wir arbeiten eng zusammen mit den „Müttern der Plaza de Moya" und der „Kommission der Familienangehörigen" zu den Verschwundenen und politischen Gefangenen in Argentinien. Wir unterstützen den Aufbau eines freien Landes in Nicaragua. . . Der Waffen-

aufruf für El Salvador gliedert sich ein in diese Solidaritätsarbeit so wie der Befreiungskampf El Salvadors Teil der Geschichte dieses Kontinents ist.

Man schrieb uns, wir sollten „humanitäre Hilfe" leisten, diese humanitäre Hilfe „kann und soll politisch sein", „durchaus parteilich für die Bedrängten, Verfolgten und Unterdrückten". Was ist „humanitäre Hilfe "? Wo sind ihre Grenzen? Wir können uns diese Frage nicht so einfach beantworten, angesichts der alltäglichen Gewalt der Herrschenden in jenen Ländern. — Aber wir sind überzeugt, es gibt ein Recht auf Widerstand. . . .

Kinderhilfe Lateinamerika/aus dem Kölner Volksblatt.

RECHTSRADIKALER TERROR IN GUATEMALA

Über Verbindungen von Regierungsmitgliedern und rechtradikalen Terrorgruppen berichtet der ehemalige Pressesekretär im guamaltekischen Innenministerium, Elias Barahona y Barahona. Der 37 jährige Barahona, der zuvor Leiter der Journalistengewerkschaft war, hatte vor 4 Jahren den Job im Innenministerium mit Billigung der guamaltekischen Guerillaarmee übernommen + sich das Vertrauen der Regierung Guatemals erworben.

Der Artikel stammt von John Clemente, einem Mitarbeiter von People's Translation Service und von Newsfront International. Er wurde von Gerd Albartus im Knast Köln-Ossendorf (Rochusstr. 350) übersetzt. Danke schön!

Der Rücktritt von Vize-Präsident Franzisco Villagran Kramer Anfang September 1980 - der nicht unerwartet kam - hat die Legitimität der Regierung im In- und Ausland erschüttert. Als er seinen Rücktritt bekanntgab (weil er um sein Leben fürchtete, aus Washington, D.C.), wies Villagran auf fortgesetzte und massive Menschenrechtsverletzungen als Grund für seinen Abschied hin. Der frühere Vize-Präsident - in Guatemala als gemäßigt angesehen - hatte die Militärregierung von General Romeo Lucas Garcia oft beschuldigt, die politische Opposition zu lequidieren. Im März 1980 erzählte Villagran der Presse, daß "es in Guatemala keine politischen Gefangenen gibt, sondern nur politische Morde." Amnesty International hat dieselben Anschuldigungen mehrere Male erhoben. Villagran kündigte seinen Rücktritt an, nachdem kurz zuvor die Nachricht von einer weiteren Blitz-Razzia gegen die Gewerkschaften vom guatemaltekischen Militär bekannt geworden war.

Der Pressesekretär des G. Innenministers, Elias Barahona y Barahona, enthüllte auf einer Pressekonferenz in Panama am 4. September 1980, daß er von der 'Guerilla-Armee der Armen' (EGP), einer bewaffneten linken Organsation eingeschleust wurde. Die Pressekonferenz wurde von Inter Press Service gemacht, einer Nachrichtenagentur der 3. Welt; der frühere Vertraute hoher Regierungsbeamter der Militärregierung erzählte dem IPS-Korrespondenten, daß er den Job im Innenministerium mit Billigung der EGP-Führung übernommen habe, um der Welt zu sagen, was in seinem Land passiert.

Er macht folgende Anschuldigungen: vor vier Jahren, als er seine Arbeit im Innenministerium begann, schrieb Barahona - wie er sagt - auf Anordnung des Innenministers Colonel Donaldo Alvarez Ruiz Kommuniques der 'Geheimen Anti-Kommunistischen Armee' (ESA) und benutzte Papier mit dem ESA-Briefkopf. Alvarez zeigte ihm auch Briefpapier mit dem Zeichen der 'Todesschwadron', der anderen rechtsradikalen Hauptgruppierung. Diese beiden Gruppen sind für etwa 2000 Tote in den letzten drei Monaten verantwortlich.

Die Führer der Terrorgruppen

Barahona sagt, daß die Führung der Terror-Gruppen von der Führung der Regierung fast nicht mehr zu unterscheiden ist. Er bezeichnet den Präsidenten des Landes, General Romeo Lucas Garcia, den Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber



der Streitkräfte, General Rene Mendoza Palomo, Innenminister Alvarez, ehemalige Präsidenten wie General Kjell Langerud Garcia und General Carlos Arana Osorio und General Anibal Guevara Rodriguez als Hauptführer der Terror-Organisationen,

Barahona sagt, daß er einen sehr genauen Einblick in die CIA-Aktivitäten in Guatemala hatte. Barahona sagt weiter, daß der rechtsradikale Führer Mario Sandoval Alarcon, ehemals Präsident des Landes, sowie der Kongreßabgeordnete Lionel Sisnero Otero der Ex-Präsident des Gerichtshofes Miguel Ortiz Pasarelli und die Journalisten Mario David Garcia und Antonio Najera Cia-Agenten in Guatemala sind.

Barahona zufolge "organisiert und bildet die Regierung Lucas Barcia etwa 2000 ehemalige Nationalgardisten aus Nicaragua aus, um Nicaragua anzugreifen." Er sagt, daß sie wahrscheinlich zuerst die Kämpfe in El Salvador abwarten, um zu sehen, ob die fortschrittlichen Kräfte dort den Bürgerkrieg gewinnen. Er fügt hinzu, daß " . . . der Direktor der Einwanderungsbehörde, Colonel Raul Alvarez Baltatan, mir erzahlt hat, daß Präsident Lucas Garcia ihm befohlen habe, den 2000 Nationalgardisten die guamaltekische Staatsbürgerschaft zu geben und ihnen zu erlauben, sich Guatemalas Armee anzuschließen." Barahona versichert weiterhin, daß die Regierung und das Militär Guatemalas die Vorreiter eines Planes sind, dessen erste Stufe eine Intervention in El Salvador sein wird, dessen strategisches Ziel aber auf Nicaragua gerichtet ist.

Er sagt auch, daß die von der guamaltekischen Regierung kontrollierten und von etwa 250 Plantagenbesitzern finanzierten Terrororganisationen etwa 5000 Söldner in ihrem Kampf gegen die 'Subversion' ausgebildet haben.

200 G. Eliteoffiziere, in Austandsbekämpfung trainiert, wurden an der Grenze von El Salvador und Guatemala eingesetzt, um mit der Armee von El Salvador zusammenzuarbeiten.

Innenminister Alvarez erzählte ihm - sagt Barahona - , daß Präsident Lucas Garcia Garantien von den USA erhalten hat, daß ". . . - wenn in El Salvador eine kritische Situation entsteht - sich Guatemala auf geheimes Material, ökonomische und logistische Unterstützung für eine Intervention in dem Land verlassen kann."

Durch ein Übereinkommen mit den USA sagt er, liefert Israel Militärausrüstung, um die unterbrochene US-Hilfe wettzumachen. Barahona behauptet, persönlich von 50 000 Gewehren, 1 000 Machinengewehren, 1. Mill. Geschossen und mehreren Flugzeugen und Hubschraubern zu wissen, die die Israelis Guatemala geliefert haben.

Er sagt: "Das Ziel ist, die Leute glauben zu machen, daß die USA wegen des offensichtlichen Rückzugs von militärischer und technischer Hilfe nicht mehr die beherrschende Macht in Guatemala sind, was allerdings nicht der Fall ist." Barahona zitiert den ehemaligen guamaltekischen Verteidigungsminister, General Otto Spiegler, der öffetnlich sagte, daß Guatemala 'von den USA indirekte technische und militärische Hilfe erhält.' Ein anderer Teil der indirekten US-Hilfe besteht nach Barahona darin, daß mehrere hundert guamaltekische Offiziere in Chile und Argentinien fürs Militär und die Polizei ausgebildet werden.

Der Angriff auf die spanische Botschaft

Am 31. Januar 1980 begann eine Besetzung der Spanischen Botschaft in Guatemala City durch Bauern und Studenten. Laut Barahona antwortete der Präsident, als Innenminister Alvarez ihm mittelte, daß eine Gruppe von Bauern und Studenten die Botschaft besetzt hätten:'Holt sie da raus, wir können keinen Brennpunkt der Agitation zulassen.' Barahona sagt, daß in seiner Anwesenheit Alvarez und Außenminister Rafael Castillo Valdez den spanischen Botschafter in Guatemala, Maximo Cayal y Lopez, belügen ließen, der sie von der Botschaft aus zu erreichen versuchte. Mehrmals wurde Cayal erzählt, daß die beiden Minister nicht in ihren Büros seien.

Tatsächlich konferierten sie beide im Innenministerium, wie Barahona sagt in seiner Anwesenheit, und entschieden zusammen mit Präsident Lucas Garcia, daß die uniformierte Polizei die Botschaft angreifen sollte. 39 Menschen starben durch den Angriff, der die spanische Botschaft in Schutt und Asche legte. Alvarez schob den Bauern das Feuer in die Schuhe und erzählte der Presse, daß der spanische Konsul Jaime del Arbol, der in den Flammen starb, den Angriff gebilligt und gefordert habe. Laut Barahona erzählte Innenminister Alvarez ihm lachend, daß 'del Arbol es nicht leugnen kann, weil er tot ist.'

aus: Counter Spy, Januar 81, Counter Spy magazine, P.O. Box 647, Ben Franklin station, Washington D.C. 20044, USA

KÜNSTLERISCHE FREIHEIT UND GUTE TATEN IN BUDAPEST

Seit einem Jahr existiert in Budapest eine Privatinitiative, die sich gesellschaftlichen Angelegenheiten – dem Problem der Armen – widmet. Das Bestehen des Vereins ist keine Alltäglichkeit, es ist der erste seiner Art in der jüngeren ungarischen Geschichte.

Da in Ungarn Intellektuelle und Künstler traditionell eine viel engere Bindung untereinander haben, als es hierzulande üblich ist, verschafft der Verein, gegründet von Intellektuellen, durch seine Veranstaltungen auch für Künstler die unübliche Möglichkeit, ohne Zensur in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Liberation, 21.1.81

Budapest/Paris: Das gab's noch nie in Ungarn, wie jetzt, seit dem 11. Dezember: eine Kunstausstellung ohne vorausgegangene Zensur; Künstler, die ihre Ausstellung selbst organisiert haben. Alles Dinge, worum sich sonst der Staat „kümmert". Und dann steht noch eine unabhängige Organisation dahinter: die SZETA („Hilfsfonds für Arme"), die vor einem Jahr gegründet wurde, und die seither ohne staatliche Genehmigung überlebt.

Am Anfang handelte es sich um einen Verein von kritischen Soziologen, später gesellten sich Schriftsteller, Psychologen und „normale" Bürger hinzu, die sozial nicht untätig bleiben wollten. Der Erlös z.B. aus der öffentlichen Versteigerung der Bilder dieser Ausstellung soll an arme Familien gegeben werden, denen die SZETA unter die Arme greifen will. Arme Familien, die es nach offizieller Lesart in Ungarn gar nicht gibt.

Im letzten Jahr hat die SZETA einen Spenden-Aufruf verschickt, in dem darauf aufmerksam gemacht wurde, daß Tausende von Ungarn mit einem Einkommen leben müssen, das unter dem Existenzminimum liegt. Das gilt z.B. für die Rentner mit niederen Renten oder auch für die Saisonarbeiter, unter denen sich auch viele Zigeuner befinden. Trotz der Schwierigkeiten, die die Post bei der Überweisung macht, kamen zahlreiche Beträge zusammen, insgesamt eine ganz ansehnliche Summe.

Seit den polnischen Ereignissen herrscht rege Nachfrage nach den Veranstaltungen der SZETA. Konzerte werden organisiert, Dichter und Romanlesungen werden in Privatwohnungen der Privilegierten abgehalten. Die Schriftsteller haben dank dieser Veranstaltungen auf einmal die Möglichkeit, vor einem Publikum von manchmal hunderten von Leuten Texte vorzutragen, die sie in den offiziellen Verlagshäusern nie hätten veröffentlichen können. Und jetzt, wo die Zensur durchbrochen ist, entdecken die Künstler auf einmal massenhaft ihr „Herz" für die Armen. Berühmte und unbekannte, „sozialistische Realisten"

und „Experimentelle“, sie alle drängeln sich darum, teilzunehmen.

Einmal wurde ein Wohltätigkeitskonzert verboten. Die Organisatoren sahen sich des „Mißbrauchs der Versammlungsfreiheit“ angeschuldigt und mußten eine Geldbuße von 3000 Forint (durchschnittliches Monatsgehalt) bezahlen. Sie Summe wurde sofort durch eine Sammlung aufgebracht, und die Namen der wichtigsten Spender erscheinen in einer Petition gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit.

Für die Zukunft hofft die SZETA auf offzielle Anerkennung, aber unter der Bedingung, daß sie ihre Handlungsfreiheit behält, also selbst entscheiden kann, wie sie ihre soziale Aufgabe wahrnehmen will.

Spanien

VERWIRRUNG IN UND UM DIE CNT *

* (CNT = anarchosydikalistische Gewerkschaftsorganisation)

Zum Artikel "Der Fall Ska la" im ID 363 haben wir einen Artikel bekommen, de-r s-ich mit dem verschiedenen Organisationen beschäftigt, die sich heute CNT nennen. In dem ID-Bericht waren schon einige Ungereimtheiten und Merkwürdigkeiten enthalten: etwa daß die CNT ihr gesamtes früheres Generalsekretariat aus der Organisation ausgeschlossen hat und überdies verdächtigt, Spitzel zu sein. Der folgende Bericht geht diesen Widersprüchlichkeiten nach.

Die Führung dieser CNT versuchte allerdings seit einigen Jahren, alle Tendenzen, die nicht der Führung entsprachen, als "parallelas" und staatliche Spitzel zu bezeichnen. Alle Probleme, wie z.B. der Mitgliederschwund, wurden diesen "parallelas" und dem Fall "Skala" in die Schuhe geschoben, bei gleichzeitiger Unterdrückung jeglicher Selbstkritiken.

Wer sind die sogenannten "Paralelas".

In der Zeit vor und nach Francos Tod bildeten sich viele autonome Gruppen, die weder (Partei-) Avantgarde sein wollten noch überhaupt für notwendig hielten. Sie mischten in unzähligen Betrieben, Stadtteilkämpfen mit. Das einzige “Machtorgan” war die jeweilige Versammlung der Betroffenen, die Versammlung aller Arbeiter oder aller Nachbarn. In dieser Versammlung wurden alle Entscheidungen getroffen und durchgesetzt. Wenn auf kurze Zeit gewählte Vertrauenspersonen existierten, so nur um ganz bestimmte, von der Versammlung festgelegte Aufgaben zu erfüllen. Die erwähnten autonomen Gruppen unterstützten und förderten die Versammlung aller Arbeiter. Alle außer den Arbeitern waren mit dieser Situation unzufrieden. So wurde von den Parteien mit einschlägigen Interessen mit Erfolg in Richtung auf ein Vertretungssystem gedrängt ("die Arbeiter sollen **nicht** selbst entscheiden").

Die sozialistische und die kommunistische Partei gründeten ihre jeweiligen Transmissionsriehmen zum Volk, eine Gewerkschaftszentrale (die Kommunisten benannten die ihre sogar nach autonomen Organen: COMISIONES OBRERAS = Arbeiterkommissionen). Sehr viele der autonomen Genossen und Gruppen fühlten sich von der auch wieder wachsenden CNT - wegen ihrer Rolle im Bürgerkrieg und Revolution von 1936-39 und auch wegen der Notwendigkeit, sich mit Genossen in anderen Gegenden des spanischen Staates zusammenzuschließen - angezogen und kämpften als CNT-Militante weiter. Diese Genossen, die ihre Erfahrungen in den täglichen Kämpfen der letzten Jahre gesammelt haben, waren den traditionsbewußten “Alt”genossen von Anfang an ein Dorn im Auge; diese nannten sie "paralelas", weil sie angeblich zur offiziellen CNT-Struktur parallele Entscheidungsstrukturen geschaffen haben sollen. Die wirklichen paralelas waren in diesem Augenblick, wie sich später herausstellen sollte, eben diese “Alt”genossen mit ihren aus dem Exil und der FAI bestehenden Strukturen.

Der 5. CNT-Kongreß Ende Dezember 79 in Madrid wurde von allen CNT-Militanten herbeigesehnt, um viele akute Fragen und Probleme anzugehen (Kongresse sind bei dieser Gewerkschaft äußerst selten). Doch die Enttäuschung ließ nicht auf sich warten. Die “Historischen” sicherten sich ihren Sieg: vor dem Kongreß warfen sie zahlreiche Ortsgruppen und einzelne Genossen raus, von den übriggebliebenen Einzelgewerkschaften war bei den Abstimmungen durch auch hierzulande bekannte Tricks nur ein verschwindend kleiner Teil anwesend. Doch es ging weiter: nach dem Kongreß gab's einerseits Massenaustritte, andererseits fochten eine Unzahl der Einzelgewerkschaften den Kongreß an. Die alte Garde forderte bei eventuell bestehenden Unzufriedenheiten zum organischen Weg auf (so ähnlich wie DGB hierzulande: du sollst Kritik von drinnen, nicht von draussen üben; wenn du sie von drinnen übst, wirst du rausgeschmissen und wenn du dich dann beschwerst, sollst du deine Kritik von drinnen üben, . . .) und warf konsequenterweise dann auch immer mehr Organische raus. Die mit dem 5.Kongreß nicht Einverstandenen wollten aber nicht warten, bis die Organisation ihrer Träume und Kämpfe ganz zu Bruch ging. Immer mehr Genossen gingen auch die ewigen Streitereien auf den Geist (die Historischen überfielen mit Stöcken und Pistolen Lokale der organisch und nicht-organisch Unzufriedenen); die CNT-AIT hatte zu diesem Zeitpunkt in vielen Gebieten ihr vertrauen verspielt (siehe Mitgliederschwund). Die Anfechter des 5. Kongresses riefen alle schon Rausgeschmissenen, noch Rauszuschmeissenden und sonstigen Anfechter zum außerordentlichen Kongreß (man kann schon sagen ein Notkongreß) nach Valencia, den die Historischen allerdings nicht anerkannten.

Spätestens seit hier gibt es zwei Organisationen, die sich CNT nennen:

- die Historischen nennen sich CNT-AIT, werden von den Anderen Exil/FAI genannt, mit ihrem 5. Kongreß;
- die vom außerordentlichen Kongreß in Valencia nennt sich CNT oder auch in Katalonien CCT-CNT (CCT=Confederacion Catalne de Trabajo) und wird von den anderen Erneuerer, Parallele genannt

(die Schätzungen, daß in dieser Organisation 80% der Mitglieder der CNT-AIT **von vor dem Kongreß** sind, scheinen mir realistisch, obwohl es bei den beiden Organisationen keine offiziellen Mitgliederzahlen gibt).

Ein wesentlicher Unterschied ist folgender: zwar sind beide Organisationen gegen Wahlen, so auch gegen Betriebsratswahlen. Leider gibt es aber heute nicht mehr diese Versammlungen, die die Arbeiter selbst einberufen. So hat die CNT-AIT nach dem letzten Betriebsratswahlen-Boykott die Erfahrung machen müssen, daß ihre Militanten in den meisten Betrieben keine größeren Versammlungen zustande bekamen mit den sowieso-schon-Sympatisanten alleine und vom Rest isoliert waren, während die sozialistischen und kommunistischen Betriebsräte Versammlungen nur zur Absegnung ihrer Beschlüsse einberufen. Die jetzige CNT-AIT hat daraus nur “gelernt”, weiterzumachen wie bisher. Die CNT-Militanten des außerordentlichen Kongresses von Valencia hingegen haben jetzt in ihren Betrieben die Möglichkeit, ihr Vorgehen selbst zu bestimmen: sie können sich an der Wahl beteiligen, wenn sie sich verpflichten, als Betriebsrat keine Entscheidung ohne die Versammlung zu fällen, zu allen Fragen eine Vollversammlung einzuberufen und dort alles entscheiden zu lassen, von dort aus die Kämpfe zu führen, und zwar nicht durch Verhandlungen, sondern durch die direkte Aktion der Arbeiter. Bei der Gewerkschaft hinterlegen sie vor ihrer Kandidatur eine nicht datierte, unterschriebene Rücktrittserklärung, die auf Verlangen der Versammlung den Rücktritt erzwingen kann. Kurz: die CNT ist prinzipiell gegen die Betriebsratswahlen; die Militanten können sich wählen lassen aber **nur** um Versammlungen einberufen zu können, die dann entscheiden und handeln soll, sie sind durch die hinterlegte Rücktrittserklärung jederzeit abwählbar.

Georg, c/o Buchladen Bundschuh, Stoppenbergerstr. 13-15, 43 Essen

ID–BIBLIOGRAPHIE*

ID–BIBLIOGRAPHIE*

ID–BIBLIOGRAPHIE*



Spuren, die Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft stellt Ende Januar 81 ihr Erscheinen ein. Schade. Es gibt aber noch alte Nummern, die gegen Voraussendung von DM 3,– und Porto bestellt werden können, solange der Vorrat reicht:
Heft 2/1978: „Solidarität" – Hindernisse und Möglichkeiten
Heft 3/1978: "Tschechoslowakei" – vom schweren Weg zur Unabhängigkeit
Heft 4/1978: Dario Fo – neues Volkstheater
Heft 5/1978: Verlorene Illusionen – Neuer Aufbruch der Linken?
Heft 2/1979: Der Republik zum Dreißigsten
Heft 4/1979: Kunst, Politik und Avantgarde
Heft 5/1979: Kulturzustände in der DDR
Heft 6/1979: Verbaute Träume
Heft 1/1980: Eine Baustelle ist vorteilhafter als ganze Häuser
Heft 2/1980: Sowjetunion – vom eisernen Vorhang in unseren Köpfen
Heft 3/1980: Kino-Mythen
Heft 4/1980: Alternative Ökonomie: Einstieg für Aussteiger
Heft 5/1980: Herausforderung Schwarz-Afrika
Kontakt: Spuren-Verlagsgesellschaft, Palanter Str. 5b, 5000 Köln 41, Tel.: (bis 31.1.81: 0221–44 42 04)

Unter dem Pflaster liegt der Strand, Band 7
Zeitschrift für Kultur und Rüben, Hans Peter Dürr
ca. 190 S.
Band 7 dieser hervorragenden Zeitschrift bringt folgende Beiträge von Sebald, Mansfeld, Arntz, Moran, Fichte, Agassi u.a.:
Die „Bewußte" Kommune am heilenden Wasser, Kinder der Gegenkultur feiern Spiritualität in neuen Tempeln; Kunstspektakel, Anarchismus und politische Kunst heute; Wittgenstein und Rußland; Die Prinzessin und der Schweinehirt; Parapsychologische Forschung und wissenschaftliche Methodik – Dokumentation einer Kontroverse; Das Erbe der Ketzer; Snoopy philosophiert; Die Marxisten und die Ethonologie; Über die afrokubanischen Religionen in Miami; Gehirnwäsche.
Karin Kramer Verlag, Postfach 106, 1000 Berlin 44

Vielvölkerstaat Bundesrepublik, Kursbuch 62
192 S., 8,00 (Abo 6,00)
Aus dem Inhalt u.a.:
Das Ghetto als Metropole; Zum Wandel der kulturellen Identität: Türken und Kurden in Westberlin; Koreaner und Japaner, Italiener, Griechen und Exilkroaten in der BRD; Entwurf für ein neues Einwanderungsgesetz; Über die Erfahrung des Fremden; Islam – ein politisches Handelsgut? Zur Ökonomie der Arbeitsemigranten, ein wichtiger Beitrag.
Kursbuch Verlag, Postdamer Straße 98, 1000 Berlin 30

VOM FRIEDENSMUSEUM ZUR HITLER-KASERNE, ein Tatsachenbericht über das Wirken von Ernst Friedrich
237 S., 14,00 DM
Die Geschichte des Anarchisten Ernst Friedrich, der 1923 ein Anti--Kriegsmuseum eröffnete und des Widerstandskampfes der deutschen Antimilitaristen gegen den drohenden Hitler-Faschismus. Ein Einblick in die Auseinandersetzungen der Linken in der Weimarer Zeit und danach
Libertad Verlag, Gebr. schmück, Postfach 153, 1000 Berlin 44

Betr. Indien, Nepal, Sri Lanka, ein Reisebegleiter (ID 364/65)
„Bei dem Euch zugesandten Probeexemplar handelte es sich um ein aussortiertes Muster mit Bindefehlern. . . " und zum Gewicht: „Für die Fülle an Informationen (3 Länder, 3 Kulturkreise größer als Westeuropa) mußten wir uns verdammt Mühe geben, das Gewicht niedrig zu halten (330g). . ."
Also, wer's bestellen will, bekommt es beim Mandala-Verlag, Waldstr. 1, 5429 Klingelbach.

Rundgang durch die Frankfurter Alternativ-Scene, Gabor Altorjay, Kunstkopf, Kassette mit Begleitheft, 80 Minuten, 16,80 DM
Aus über 200 Projekten hat Gabor Altorjay einige Selbstdarstellungen aufgenommen: Karl Napps Chaos Theater, den linksradikalen Friseur Harald, Pflasterstrand, „toto lotto", Bauchtanzgruppe, Krabbelstubb, Schwulentheater „Maintöchter", Strandcafe, „Straßenjungs", Linksradikales Blasorchester, Schwantz Xerox Kunst Magazin, Freie Schule, Frank Wolff und sein Cello u.a. Sehr informativ, aber ein bißchen teuer, gelle?
Network Medien Cooperative, Verlag und Medien Service GmbH, Hallgartenstr. 69, 6000 Frankfurt 60

Aufstehn, Bots
noch eine Kassette mit der holländischen Gruppe
u.a. Was wollen wir; Ali Tümmeltürke; Aufstehn; Doktor; Nichtsnutz; Der Mann
Leider Studioaufnahme von ner Platte, live wäre besser gewesen.
Kulturladen, Rendeler Str. 9 - 11, 6000 Frankfurt 60

ID 358

Wiederverkäufer/Buchläden: schickt bei Remissionen NUR DIESE ECKE ein und verschenkt den Rest an einen der 59.996.990 Noch-Nicht-ID-Leser !!!!!!!!

POSTVERTRIEBSSTÜCK
GEBÜHR BEZAHLT
D 1870 C
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

NR. d. Abos bez. bis ID Nr. Expl.



samstag, 31.1.: Große ... EL SALVADOR in Frankfurt. 11 Uhr ab Uni-Campus, Bockenheimer Warte

DES REISENDEN POLITROKKERS TERMINKALENDER UND VORMERKBUCH

worin Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung, Demonstrationen, Prozesse, kulturelle Hochgenüsse und wichtige Treffen auf einen Blick nachzulesen sind — heute auch aus Cannstatt!

Sonntag,1.2.

Mainhausen/Seligenstadt: Großdemonstration gegen das Giftlager, Beginn 14 Uhr auf dem besetzten Platz, Kontakt zur Bürgerinitiative gegen Giftmüll: 06182 / 21544 oder 06247 / 7444

Frankfurt: Polizei-Filme über die Demonstrationen vom 17.Juni 1978, der CISNU-Demonstration u.a., 19 Uhr im Haus Gallus

Montag, 2.2.

Hamburg: BROKDORF-DEMONSTRATION; jeweils um 15 Uhr Kundgebungen vor den HEW-Zentralen Altona, Eimsbüttel und Bergedorf. 16.30 Demonstration ab Mohrweide (Dammtorbahnhof), 17.30 Uhr Kundgebung am Gerhart-Hauptmann-Platz, 18 Uhr SPD-Parteitag im DGB-Haus Besenbinderhof. Kontakt: AK politische Ökologie, Tel.: 040/ 43 98 631.

Hamburg: Stoltzenberg-Prozeß: 9.30 Uhr im Landgericht Sievekingplatz, Saal 139

Braunschweig: Kursbeginn „Lernen in gesellschaftlichen Zusammenhängen", für Mitarbeiter aus Kindergärten, Spiel- und Lernzentrum, Bruchtorwall 1 - 3, Tel.: 0531/ 44164.

Hannover: Amtsanmaßungs-Prozeß (siehe Kurze), Amtsgericht Hannover, Beginn 10.10 Uhr im Raum 331

Berlin: Prozeß gegen Amerikahausbesetzer, 9.40 Uhr im Kriminalgericht Moabit, Turnstr. 91, Saal 700

Wiesbaden: Großdemonstration gegen die Startbahn West (Beginn des Hearings im Landtag).Treffpunkt der Frankfurter: 16.45 Uhr auf dem Bahnsteig S-Bahnhof Hauptwache.

Dienstag, 3.2.

Frankfurt: Feiling-Prozeß, 9.30 Uhr im Gerichtsgebäude Heiligkreuzgasse, Saal 146 A

Mittwoch, 4.2.

Frankfurt: „Frauen zwischen Widerstand und Anpassung 1933 - 45" Sonderführung im Historischen Museum, Saalgasse 19, Beginn 18 Uhr

Berlin: Prozeß zu den Auseinandersetzungen vom 12. Dezember, 10.30 Uhr im Kriminalgericht Moabit, Saal 769

Nürnberg: Demonstration, Thema: Pressefreiheit (gegen die Kündigung eines „Nürnberger Nachrichten" - Redakteurs, der eine Protestnote gegen das Verhalten der Polizei während einer NPD-Demo unterzeichnet hat). Treffpunkt Lorenzkirche um 17.30 Uhr, Veranstalter: Arbeitskreis Pressefreiheit

Nürnberg: Innere Pressefreiheit — Veranstaltung der Journalisten-Union, um 20 Uhr im DGB-Haus

Donnerstag, 5.2.

Frankfurt: Feiling-Prozeß, 9.30 Uhr in der Heiligkreuzgasse, Saal 146 A

Cannstatt: Lieder aus Portugal: Sergio Godinho, Fausto und 5 Musiker auf BRD-Tournee, 19.30 Uhr im Kursaal

Berlin: Prozeß gegen die Amerikahaus-Besetzer, 9.40 Uhr im Kriminalgericht Moabit, Saal 700

Freitag, 6.2.

Berlin: Wohnungs-Beschaffungs-Treffen im besetzten Haus Groninger Str. 50; dieser Termin kehrt jeden Freitag wieder, bis alle Wohnungen beschafft sind.

Berlin: Prozeß wegen Anti-Strauß-Demo (Schwerer Landfriedensbruch) um 9 Uhr im Kriminalgericht Moabit. Saal 672

Samstag,7.2.

Frankfurt: Lieder aus Portugal mit Sergio Godinho, Fausto und fünf Musikern, 20 Uhr im Hörsaal 5 der Universität(Gräfstr.).



Sonntag, 8.2.

Darmstadt: Vorbereitungstreffen für eine satirische KDV-Vereidigung; Beginn 14 Uhr im Jugendhaus „Die Hütte", Kiesstr. 16. Kontakt: Sozialer Friedensdienst, Tel.: 06151/46819

Berlin: Die giftgrüne Woche beginnt diesmal um 11 Uhr mit einem Frühstück aus Müsli und Musik. Man begebe sich ins Ökodorf, Kurfürstenstr. 14

Eine Menge interessanter Seminare bietet das „Collegium Humanum" in Vlotho an. Beispiele: Neue politische Formen in der ökologischen Bewegung (20. - 22.2.); Haben Völker in der Zukunft noch eine Daseinsberechtigung? (20. - 22.3.); Praktische Übungen in Wollverarbeitung, Brotbacken, Käseherstellung (2. - 5.2.). Kontakt: Collegium Humanum, Brettthorststr. 204, 4973 Vlotho-Waldorf, 05733/ 2680.